

BERICHT

des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft
über seine Tätigkeiten während der Sitzungsperiode

2022-2023

INHALT

DIE ABGEORDNETEN	3	BESUCHER, GÄSTE UND VERANSTALTUNGEN	50
DIE BERATENDEN MANDATARE	6	BESUCHERGRUPPEN	50
DIE FRAKTIONEN	7	GÄSTE	50
DIE PARLAMENTSORGANE	8	VERANSTALTUNGEN	52
DER PARLAMENTSPRÄSIDENT	8	POLITISCHE BILDUNG IM PARLAMENT	56
DAS PRÄSIDIUM	9	PARLAMENT INTERNATIONAL, GRENZ- ÜBERSCHREITEND UND INTERREGIONAL	60
DAS ERWEITERTE PRÄSIDIUM	10	Gesetzgeberische Tätigkeit	60
DIE AUSSCHÜSSE	11	Subsidiaritätskontrolle	60
DIE PARLAMENTSVERWALTUNG	11	Vertretung des Parlaments in Gremien	60
Verwaltungsstruktur	11	Vernetzung des Parlaments	69
Der Haushalt des Parlaments	12	Begleitung der Außenbeziehungen der Regierung	69
Bibliothek und Archiv	13	PERMANENTER BÜRGERDIALOG IN OSTBELGIEN	70
Studiendienst	14	Sachstand	70
DER OMBUDSDIENST	15	50 JAHRE PARLAMENT – 50 JAHRE AUTONOMIE	73
AUFGABEN DES PARLAMENTS	16	ANLAGE I - REGIERUNGSKONTROLLE	74
ZUSTÄNDIGKEITSBEREICHE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	16	Mündliche Fragen	74
ARBEIT IN DEN AUSSCHÜSSEN	18	Schriftliche Fragen	86
Ausschuss I	18	Interpellationen	89
Ausschuss II	22		
Ausschuss III	27		
Ausschuss IV	33		
Ausschuss V	38		
ARBEIT IM PLENUM	39		
BEZIEHUNGEN ZUR REGIERUNG	44		
Mündliche Fragen	46		
Schriftliche Fragen	47		
Interpellationen	48		
Begründete Anträge	49		
Entwicklung der Kontrollinstrumente	49		



DIE ABGEORDNETEN

Die personelle Besetzung des Parlaments blieb in der Sitzungsperiode 2022-2023 unverändert. Dennoch kam es zu Änderungen in der Besetzung von Mandaten und in der Fraktionszusammenstellung.

Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) gab am 30. Januar 2023 sein Amt als Parlamentspräsident auf, führt sein Mandat als Abgeordneter jedoch weiter. Seine Nachfolge trat am selben Tag Fraktionskollege Charles Servaty an. Den Fraktionsvorsitz, den Charles Servaty bis dahin innehatte, übernahm Kirsten Neycken-Bartholemy.

Am Ende der Sitzungsperiode erklärte Jolyn Huppertz, dass sie zu Beginn der neuen Sitzungsperiode die CSP-Fraktion verlassen wird.



Charles Servaty übernimmt das Amt des Parlamentspräsidenten



Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

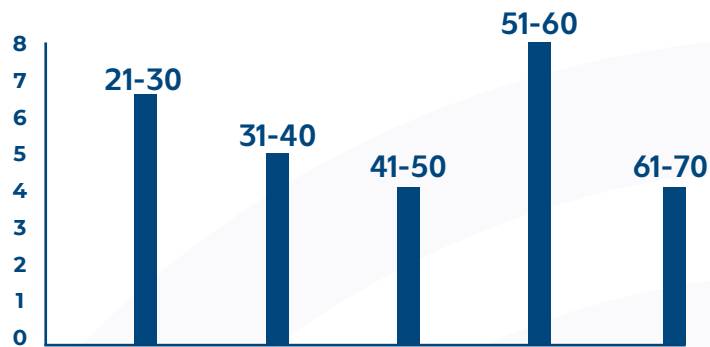
(in alphabetischer Reihenfolge, Stand 31. August 2023)

Vorname	Name	Fraktion	Funktion
Michael	Balter	VIVANT	3. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
Freddy	Cremer	ProDG	6. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
Patricia	Creutz-Vilvoye	CSP	1. Vizepräsidentin und Fraktionsvorsitzende
Kathy	Elsen	ProDG	Abgeordnete
Gregor	Freches	PFF	Gemeinschaftssenator
Lisa	Göbbels	ProDG	Abgeordnete
José	Grommes	ProDG	1. Sekretär und Ausschussvorsitzender
Raymond	Heiners	ProDG	Abgeordneter
Sandra	Houben-Meessen	CSP	Abgeordnete
Jolyn	Huppertz	CSP	2. Sekretärin und Ausschussvorsitzende
Evelyn	Jadin	PFF	5. Sekretärin und Fraktionsvorsitzende
Andreas	Jerusalem	ECOLO	Abgeordneter
Colin	Kraft	CSP	Abgeordneter
Karl-Heinz	Lambertz	SP	Abgeordneter
Alain	Mertes	VIVANT	Abgeordneter
Freddy	Mockel	ECOLO	4. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
Robert	Nelles	CSP	Abgeordneter
Kirsten	Neycken-Bartholemy	SP	Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende
Stephanie	Pauels	CSP	Abgeordnete
Shayne	Piront	PFF	Abgeordnete
Liesa	Scholzen	ProDG	2. Vizepräsidentin und Ausschussvorsitzende
Charles	Servaty	SP	Parlamentspräsident und Ausschussvorsitzender
Patrick	Spies	SP	Abgeordneter
Diana	Stiel	VIVANT	Abgeordnete
Inga	Voss-Werding	ECOLO	Abgeordnete

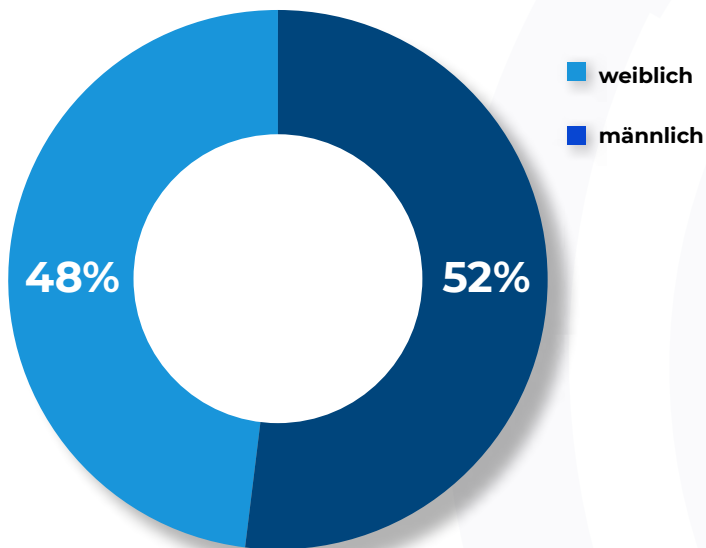


Altersprofil der Abgeordneten des Parlaments

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten in der Sitzungsperiode 2022-2023 liegt bei 44,8 Jahren.



Aufteilung nach Geschlecht



13 Männer und 12 Frauen bilden das direkt gewählte Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

DIE BERATENDEN MANDATARE

Die beratenden Mandatäre können an den Plenarsitzungen und an den Ausschusssitzungen teilnehmen. Sie verfügen allerdings über kein Initiativrecht oder Kontrollrecht.

Beratende Mandatäre sind¹:

- die im Wahlkreis Verviers gewählten Mitglieder der Abgeordnetenversammlung, die den Verfassungseid ausschließlich oder an erster Stelle in Deutsch geleistet haben;
- die Mitglieder des Wallonischen Parlaments, die den Verfassungseid ausschließlich oder an erster Stelle in Deutsch geleistet haben;
- die im Wahldistrikt Eupen gewählten Provinzialratsmitglieder;
- das im deutschsprachigen Wahlkreis gewählte Mitglied des Europäischen Parlaments, das seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat.

Zu Beginn der Sitzungsperiode 2022-2023 verlor Katrin Jadin (PFF) ihr Abgeordnetenmandat in der Kammer durch ihre Ernennung als Richterin des Verfassungsgerichtshofs. Ihr Rücktritt erfolgte am 22. September 2022.

Die Anzahl der beratenden Mandatäre reduzierte sich folglich auf sieben.

Im Sommer 2022 trat Yves Derwahl (PFF) von seinem Amt als Provinzabgeordneter zurück und wurde am 29. September 2022 durch Daniel Müller ersetzt.

Beratende Mandatäre in der Sitzungsperiode

Pascal Arimont	CSP	Europäisches Parlament
Anne Kelleter	ECOLO	Wallonisches Parlament
Christine Mael	PFF	Wallonisches Parlament
Daniel Müller	PFF	Provinzialrat Lüttich
Alfred Ossemann	SP	Provinzialrat Lüttich
Jacques Schrobiltgen	CSP	Provinzialrat Lüttich
Odette Threinen	ECOLO	Provinzialrat Lüttich

¹ Gesetz vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Art. 8 §4.

DIE FRAKTIONEN

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zählt nach den Wahlen von 2019 insgesamt sechs Fraktionen. Alle Fraktionen haben mindestens 3 Mitglieder und sind deshalb als „anerkannte Fraktionen“ eingestuft.

Die Fraktionen bezeichnen einen Fraktionsvorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, der bei Abwesenheit des Vorsitzenden dessen Befugnisse ausübt.

Jede Fraktion kann ein Fraktionssekretariat einrichten und dazu Mitarbeiter anstellen. Unter diesen Mitarbeitern kann jede Fraktion einen oder mehrere Fraktionssekretäre bezeichnen, die nach entsprechender Anerkennung des Präsidiums gemäß Artikel 8 den geheimen Sitzungen der Parlamentsorgane beiwohnen dürfen. (Geschäftsordnung des Parlaments, Artikel 19)



6 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 47 | F +32 (0)87/31 84 48
info@csp.pdg.be | <http://www.csp-dg.be/>
Fraktionsvorsitzende: Patricia Creutz-Vilvoye
patricia.creutz-vilvoye@pdg.be



3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 73 | F +32 (0)87/31 84 74
info@vivant.pdg.be | <http://www.vivant-ostbelgien.org/>
Fraktionsvorsitzender: Michael Balter
michael.balter@pdg.be



Die freie Bürgerliste für Ostbelgien

6 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 55 | F +32 (0)87/31 84 56
info@prodg.pdg.be | <http://www.prodg.be/>
Fraktionsvorsitzender: Freddy Cremer
freddy.cremer@pdg.be



3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 77 | F +32 (0)87/31 84 78
info@ecolo.pdg.be | <http://www.ecolodg.be/>
Fraktionsvorsitzender: Freddy Mockel
freddy.mockel@pdg.be



4 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 61 | F +32 (0)87/31 84 62
info@sp.pdg.be | <http://www.sp-dg.be/>
Fraktionsvorsitzende: Kirsten Neycken-Bartholemy
kirsten.neycken-bartholemy@pdg.be



3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 67 | F +32 (0)87/31 84 68
info@pff.pdg.be | <http://www.pff.be/>
Fraktionsvorsitzende: Evelyn Jadin
evelyn.jadin@pdg.be

DIE PARLAMENTSORGANE

DER PARLAMENTSPRÄSIDENT

Der Präsident des Parlaments leitet die Aktivitäten des Parlaments. Im Gegensatz zu den Mandaten der übrigen Abgeordneten ist das Mandat des Parlamentspräsidenten ein Vollzeitmandat. Seine Aufgaben sind vielfältig und werden in der Geschäftsordnung geregelt.



Parlamentspräsident Charles Servaty

„Artikel 32 – Aufgaben des Präsidenten

Der Präsident leitet die Arbeiten des Parlaments und seiner Organe. Insbesondere:

- leitet er die Sitzung bei Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- eröffnet, schließt oder unterbricht er die Sitzungen der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- gewährleistet er die Ordnung und erteilt das Wort während der Aussprachen in den Sitzungen der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- formuliert er die Punkte, über die in den Sitzungen der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien ein Beschluss gefasst werden muss, und verkündet er das Abstimmungsergebnis,
- unterzeichnet er jeden Beschluss der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- gewährleistet er die Ausführung der Beschlüsse der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- überwacht er die Einhaltung der Geschäftsordnung und der Beschlüsse der Plenarversammlungen, erweiterten Präsidien und Präsidien,
- nimmt er alle Vorschläge, Entwürfe, Abänderungsvorschläge, Berichte, Fragen, Interpellationen und Anträge entgegen und prüft deren Zulässigkeit, insofern dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Parlamentsorgans fällt,
- bringt er der Plenarversammlung alle eingegangenen Mitteilungen, Briefe und sonstigen Dokumente zur Kenntnis, mit Ausnahme der anonymen und beleidigenden Schreiben,
- leitet er alle Dokumente und Informationen an die Parlamentsorgane weiter, insofern diese in deren Zuständigkeitsbereich fallen,
- vertritt er das Parlament nach außen.“

Die sichtbarste Aufgabe des Parlamentspräsidenten ist die Leitung von Sitzungen. So leitet er die Plenarsitzung, in der er den geregelten Ablauf sichert, den Abgeordneten und Regierungsmitgliedern das Wort erteilt und gemeinsam mit dem 1. Sekretär des Präsidiums die Abstimmungen durchführt. Der Parlamentspräsident ist ebenfalls Vorsitzender des Präsidiums, des erweiterten Präsidiums, des Ausschusses I und des Ausschusses V. Zur Vor- und Nachbereitung der Arbeiten der Parlamentsgremien plant er in Absprache mit der Regierung und öffentlichen Einrichtungen die vorzunehmenden Schritte und lässt sich über die Entwicklungen in Fachbereichen und über Sachstände informieren. Darüber hinaus konsultiert er Sachverständige und fördert die Meinungsbildung.

Der Parlamentspräsident ist auch Vorsitzender der Jury zum Preis des Parlaments.

Der Parlamentspräsident vertritt das Parlament nach außen. Die auswärtigen Beziehungen des Parlaments, die in einem weiteren Kapitel näher umschrieben werden, umfassen die Teilnahme an innerbelgischen und internationalen Netzwerken. Im Austausch mit Amtskollegen werden Herausforderungen erörtert und gemeinsame Standpunkte erarbeitet.

Als protokollarisch höchster Vertreter der Deutschsprachigen Gemeinschaft nimmt er diesbezügliche Aufgaben wahr. Er repräsentiert die Deutschsprachige Gemein-

schaft und das Parlament bei offiziellen Feiern, Staatsakten und Gedenkveranstaltungen im In- und Ausland.

Durch seine hauptberufliche Tätigkeit ist er ebenfalls erster Ansprechpartner für Besucher und Gruppen, denen er in Vorträgen die Arbeitsweise des Parlaments erläutert.

Der Parlamentspräsident hat die Polizeigewalt im Parlament inne (siehe Artikel 9 der Geschäftsordnung):

„Art. 9 – Polizeigewalt im Parlament und Ordnungsmaßnahmen

§1 – Die Polizeigewalt im Parlament wird vom Präsidenten oder in dessen Auftrag vom Vorsitzenden des jeweiligen Parlamentsorgans ausgeübt, der die notwendigen Anweisungen zur Beachtung derselben erteilt.“

Seit dem 30. Januar 2023 ist Charles Servaty (SP) Parlamentspräsident. Er übernahm das Amt von Fraktionskollege Karl-Heinz Lambertz.

Der Parlamentspräsident informiert das Präsidium in regelmäßigen Abständen über seine Tätigkeiten.

DAS PRÄSIDIUM

Das Präsidium regelt die administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments und seiner Organe. Es ernennt das Personal der Verwaltung und gewährleistet durch strategische Entscheidungen das gute Funktionieren des parlamentarischen Geschehens. Das Präsidium wird einmal pro Legislaturperiode von der Plenarversammlung gewählt.

Das Präsidium wird gemäß dem System der verhältnismäßigen Vertretung der Fraktionen gebildet, wobei jedoch gewährleistet werden muss, dass jede anerkannte Fraktion des Parlaments vertreten ist.

Darüber hinaus gilt,

- dass die Mitglieder von Rechts wegen zunächst aus den Reihen der Vorsitzenden der Fraktionen gemäß Artikel 23 §4 und den Reihen der Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse gemäß Artikel 36 §4 Absatz 4 gestellt werden,
- dass der 1. Vizepräsident von der stärksten Oppositionsfraktion gestellt wird, wenn der Präsident einer

der an der Mehrheit beteiligten Fraktionen angehört, und

- dass der Präsident nicht gleichzeitig das Amt eines Fraktionsvorsitzenden bekleiden darf².

Das Präsidium des Parlaments wird für die Dauer der Legislaturperiode gewählt. In der Legislaturperiode 2019-2024 umfasst es 9 Personen: den Präsidenten, 2 Vizepräsidenten und 6 Sekretäre.

Die Sitzungen des Präsidiums werden aus praktischen Gründen in der Regel mit den Sitzungen des erweiterten Präsidiums zusammengelegt.

Zusammensetzung des Präsidiums, Stand 31.08.2023:

- **Charles Servaty**, Parlamentspräsident und Ausschussvorsitzender
- **Patricia Creutz-Vilvoye**, 1. Vizepräsidentin und Fraktionsvorsitzende
- **Liesa Scholzen**, 2. Vizepräsidentin und Ausschussvorsitzende
- **José Grommes**, 1. Sekretär und Ausschussvorsitzender
- **Jolyn Huppertz**, 2. Sekretärin und Ausschussvorsitzende
- **Michael Balter**, 3. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
- **Freddy Mockel**, 4. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
- **Evelyn Jadin**, 5. Sekretärin und Fraktionsvorsitzende
- **Freddy Cremer**, 6. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
- Der Greffier, **Stephan Thomas**, nimmt von Amts wegen an den Sitzungen teil.

Das Präsidium regelt alle administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments, seiner Organe und der Parlamentsverwaltung. Es ernennt das Personal des Parlaments, mit Ausnahme des Greffiers, und legt das Organigramm der Parlamentsverwaltung fest.

² Art. 22 der Geschäftsordnung.

DAS ERWEITERTE PRÄSIDIUM

Das erweiterte Präsidium setzt sich zusammen aus den Präsidiumsmitgliedern sowie den Vorsitzenden der Fraktionen und Ausschüsse, die nicht dem Präsidium angehören.

Das erweiterte Präsidium entscheidet über die Arbeitsplanung des Parlaments. Es legt den Terminkalender der parlamentarischen Arbeiten fest und entscheidet über die Tagesordnungen. Darüber hinaus werden auch Studien- und Informationsreisen im erweiterten Präsidium besprochen und genehmigt.

An den Sitzungen des erweiterten Präsidiums kann auch die Regierung teilnehmen.

Zusammensetzung des erweiterten Präsidiums, Stand 01.09.2023:

- **Charles Servaty**, Parlamentspräsident und Ausschussvorsitzender
 - **Patricia Creutz-Vilvoye**, 1. Vizepräsidentin und Fraktionsvorsitzende
 - **Liesa Scholzen**, 2. Vizepräsidentin und Ausschussvorsitzende
 - **José Grommes**, 1. Sekretär und Ausschussvorsitzender
 - **Jolyn Huppertz**, 2. Sekretärin und Ausschussvorsitzende
 - **Michael Balter**, 3. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
 - **Freddy Mockel**, 4. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
 - **Evelyn Jadin**, 5. Sekretärin und Fraktionsvorsitzende
 - **Freddy Cremer**, 6. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
 - **Kirsten Neycken-Bartholemy**, Fraktionsvorsitzende
-
- **Stephan Thomas**, Greffier



v.l.n.r.: K. Neycken-Bartholemy, E. Jadin, J. Grommes, P. Creutz-Vilvoye, C. Servaty, S. Thomas, L. Scholzen, F. Mockel, F. Cremer, M. Balter.
Es fehlt J. Huppertz.

DIE AUSSCHÜSSE

Vier Ausschüsse gestalten auch in der Legislaturperiode 2019-2024 die Arbeit des Parlaments in wöchentlich stattfindenden Sitzungen. In der Sitzungsperiode 2021-2022 kam es zu Umverteilungen in den Zuständigkeitsbereichen der Ausschüsse und zu Änderungen in ihrer Benennung:

- **Ausschuss I** für allgemeine Politik, lokale Behörden, Raumordnung, Wohnungswesen, Energie, nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Zusammenarbeit;
- **Ausschuss II** für Kultur, Beschäftigung, Wirtschaftsförderung und ländliche Entwicklung;
- **Ausschuss III** für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung;
- **Ausschuss IV** für Gesundheit und Soziales.

Der fünfte Ausschuss „zur Kontrolle der öffentlichen Mitteilungen und der Wahlausgaben sowie betreffend die Erklärungspflichten in Bezug auf Mandate und Patrimonien“ tagt bei Bedarf.

Die Besetzung der Ausschüsse wurde von der Plenarsitzung am 17. Juni 2019 gemäß dem System der verhältnismäßigen Vertretung festgelegt: ProDG erhält drei Sitze, die CSP zwei Sitze, die SP einen Sitz, VIVANT einen Sitz, ECOLO einen Sitz und die PFF ebenfalls einen Sitz in jedem Ausschuss.

Die Verteilung der Vorsitze zwischen den Fraktionen erfolgt verhältnismäßig und gemäß Artikel 36 §4 der Geschäftsordnung. Das Parlament hat folgende Mandatsverteilung vorgenommen: ProDG zwei Vorsitze, die CSP einen Vorsitz und einen stellvertretenden Vorsitz, die SP einen Vorsitz sowie VIVANT, ECOLO und die PFF je einen stellvertretenden Vorsitz. Der Verteilungsmodus wurde im Rahmen der Anpassung der PDG-Geschäftsordnung am 17. Mai 2021 angepasst. Allerdings tritt diese Anpassung erst nach den nächsten Wahlen zum Parlament im Jahr 2024 in Kraft.

Die derzeitige Mandatsverteilung sieht wie folgt aus:

- Ausschuss I: Vorsitzender: Charles Servaty (SP), stellvertretender Vorsitzender: Robert Nelles (CSP);
- Ausschuss II: Vorsitzender: José Grommes (ProDG), stellvertretender Vorsitzender: Gregor Freches (PFF);
- Ausschuss III: Vorsitzende: Liesa Scholzen (ProDG), stellvertretender Vorsitzender: Andreas Jerusalem (ECOLO);

³ VÄ = Vollzeitäquivalente Arbeitskräfte

- Ausschuss IV: Vorsitzende: Jolyn Huppertz (CSP), stellvertretende Vorsitzende: Diana Stiel (VIVANT).

DIE PARLAMENTSVERWALTUNG

Verwaltungsstruktur

Die Verwaltung ist in fünf Dienste aufgeteilt:

Dienst 1: Ausschüsse

Dienst 2: Expertise und Publikationen

Dienst 3: Finanz- und Personalwesen

Dienst 4: Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation

Dienst 5: Infrastruktur

Die Verwaltung steht unter der Leitung des Greffiers.

Stand 01.07.2023

Mitarbeiter pro Stufe (VÄ ³)	Anzahl
Stufe 1	17,7
Stufe 2+	6,9
Stufe 2	7,3
Stufe 3	7,03
Ohne Stufe	2,05
TOTAL	40,98

Mitarbeiter pro Kategorie	Anzahl
Beamter	36
Vertraglich	10
TOTAL	46

Mitarbeiter pro Geschlecht	Anzahl
Männlich	14
Weiblich	32
TOTAL	46

Der Referent des Parlamentspräsidenten und der Referent des Gemeinschaftssenators, Mitarbeiter in der Stufe I und II+, werden außerhalb des Stellenplans eingestellt und ihr Beschäftigungsverhältnis ist an die Mandatsdauer ihres Dienstherrn gebunden.

Der Haushalt des Parlaments

Das Präsidium des Parlaments verabschiedet jährlich einen Haushaltsplan. Mit den dort eingetragenen Mitteln werden die Ausgaben zur Gewährleistung des Parlamentsbetriebs bestritten. Die Haushaltsausführung und die Rechnungslegung des Parlaments werden vom Rechnungshof geprüft.

A. Einnahmen:

Die Haupteinnahmequelle des Parlaments ist die Dotation der Gemeinschaft, die in eine Kapitaldotations (zur Rückzahlung der Anleihe für den Um- und Ausbau des Parlamentsgebäudes und zur Finanzierung von Investitionen) und in eine Dotation für die laufenden Ausgaben aufgeteilt ist.

Übersicht der Einnahmen in den Jahren 2021-2023

OB	Programm	EWK	Bezeichnung	2021*	2022**	2023***
10	00 Verwaltung allgemein	06.01	Sonstige Einnahmen	8.851	21.729	7.000
		16.11	Verkauf von Gütern und Dienstleistungen	2.323	3.095	3.000
		26.10	Zinserträge	16	174	0
		38.30	Erstattungen durch Versicherungen	0	5.633	0
		46.10	Dotation der Gemeinschaft	6.475.000	6.578.000	7.553.000
		66.11	Kapitaldotation der Gemeinschaft	1.177.284	1.227.284	1.228.000
		76.32	Verkauf Immobilien	0	0	0
		96.70	Leasingverträge	0	0	75.000
TOTAL				7.663.480	7.835.915	8.791.000

* endgültige Abrechnung 2021, ** vorläufige Abrechnung 2022, *** Haushaltsplan 2023

B. Ausgaben:

Die Ausgaben des Parlaments umfassen vor allen Dingen die Gehaltskosten der Mitarbeiter, die Entschädigungen und Pensionsbeiträge der Parlamentarier, Ausgaben technischer Art (Energie- und Unterhaltskosten für die Infrastruktur, Anschaffung von Büro- und IT-Material usw.), Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit und die Veranstaltungen des Parlaments, die Kosten für den Bürgerdialog, für die Funktionszuwendungen an die Fraktionen und den Ombudsdienst der Gemeinschaft sowie für die Tilgung des Darlehens für den Um- und Ausbau des Parlamentsgebäudes.

Übersicht der Ausgaben in den Jahren 2021-2023

OB	Programm	EWK	Bezeichnung	2021*	2022**	2023***
10	00 Verwaltung allgemein	11.11	Gehälter	2.320.806	2.538.458	3.001.00
		11.12	Sonstige Gehaltskosten	3.439	9.414	9.000
		11.20	Soziallasten	361.954	310.265	410.000
		11.31	Sozialfonds	39.600	29.738	33.000
		11.40	Geldwerte Vorteile	42.629	38.695	50.000
		12.11	Allgemeine laufende Ausgaben	1.749.720	1.849.210	2.099.000
		12.21	Unkosten zugunsten anderer Verwaltungen	46.443	22.686	0
		21.60	Zinsen	359.585	329.986	300.000
		33.00	Zuwendungen Fraktionen + Ombudsdienst	1.542.847	1.509.714	1.634.000
		33.01	Ombudsdienst	0	117.789	113.000
		71.32	Investition Gebäude und Gelände	0	0	18.000
		74.22	Vermögensankauf	61.833	152.966	255.00
		91.10	Kapitalrückzahlungen von Anleihen	817.699	847.302	878.000
		91.70	Tilgung Leasing	0	0	0
20	Bürgerdialog	12.11	Allgemeine laufende Ausgaben	66.198	80.152	98.000
TOTAL				7.412.753	7.836.375	8.898.000

* endgültige Abrechnung 2021, ** vorläufige Abrechnung 2022, *** Haushaltsplan 2023



C. Haushaltsergebnis:

Im Jahr 2021 lagen die Einnahmen bei 7,66 Millionen Euro, wohingegen die Ausgaben sich auf 7,41 Millionen Euro beliefen. Somit verzeichnet das Jahr 2021 ein positives Haushaltsergebnis.

Das provisorische Haushaltsergebnis für das Jahr 2022 ist ausgeglichen: Den Einnahmen in Höhe von rund 7,83 Millionen Euro stehen Ausgaben in Höhe von 7,83 Millionen Euro gegenüber.

Für das Jahr 2023 belaufen sich die geschätzten Einnahmen auf 8,79 Millionen Euro und die Ausgaben auf 8,89 Millionen Euro.

BIBLIOTHEK UND ARCHIV

Die Parlamentsbibliothek ist eine Dokumentationsstelle für Literatur zu den Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zu Fragen der Autonomie und des Föderalismus und zu den Themenschwerpunkten des Parlaments.

Sie dient vorrangig der Informations- und Literaturversorgung der Parlamentarier sowie der Mitarbeiter der Parlamentsverwaltung und der Fraktionen. Darüber hinaus steht sie auch allen interessierten Bürgern als Präsenzbibliothek offen.

Die Archiv- und die Bibliotheksordnung sowie weiterführende Informationen und den Zugang zum Online-Katalog der Bibliothek bietet die Webseite <http://bibliothek.pdg.be>



STUDIENDIENST

Seit dem 1. Februar 2022 hat das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen Studiendienst. Dieser wird von einer Referentin betreut.

Das Parlament trifft Entscheidungen in vielen Lebensbereichen der ostbelgischen Bürger.

Durch die institutionelle Entwicklung Belgiens werden die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft immer vielfältiger und komplexer. In den letzten 50 Jahren ist die Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft stetig gewachsen und der Verantwortungsbereich der politischen Entscheidungsgremien hat sich weiterentwickelt.

Um im Rahmen dieser Zuständigkeiten die bestmöglichen Entscheidungen für die Bürger treffen zu können, sollte den Abgeordneten die Möglichkeit geboten werden, sich fundiert und sachlich informieren zu können. Die Entscheidungsfindung in einem Parlament erfordert oft ein tiefes Verständnis der rechtlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge.

Die Arbeit des Studiendienstes trägt dazu bei, dass politische Entscheidungen auf Grundlage von ausreichend Informationen und Fakten getroffen werden und somit fundiert und nachhaltig sind.

Der Studiendienst unterstützt die Parlamentsgremien und die Parlamentsverwaltung in ihren Aufgaben und in ihrer Entscheidungsfindung, indem er relevante Informationen, Analysen und Gutachten zu politischen und gesellschaftlichen Themen erstellt und zur Verfügung stellt.

Er ermöglicht so allen parlamentarischen Organen, evidenzbasierte Entscheidungen zu treffen.

In der Umsetzung seiner Aufgaben arbeitet der Studiendienst eng mit den Diensten der Parlamentsverwaltung zusammen. Die Themen, die der Studiendienst behandelt, betreffen konkrete Sachbereiche, die politische Bildung, die Entwicklung der institutionellen Struktur Belgiens oder auch die Europäische Union.

Neben der konkreten Unterstützung der parlamentarischen Organe in ihrer alltäglichen Arbeit und in ihrer Entscheidungsfindung ist der Studiendienst des Parlaments auch damit beauftragt, ein Netzwerk mit anderen Parlamenten und deren Verwaltung, Studien- und Forschungseinrichtungen sowie öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aufzubauen und zu pflegen.



DER OMBUDSDIENST

„Ombud“ kommt vom alt-skandinavischen Wort „ombodh“ oder „umbodh“ und bedeutet so viel wie „Fürsprecher“. Anfang des 19. Jahrhunderts führte der schwedische König die Funktion der Ombudsperson ein. Das Amt der Ombudsperson der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde per Dekret vom 26. Mai 2009 geschaffen. Seit 2017 übt Marlene Hardt, Juristin, dieses Amt aus. Ihr Mandat wurde im Januar 2023 um weitere sechs Jahre verlängert.

Die Ombudsperson ist eine unabhängige Vertrauensperson, die Beschwerden von Menschen gegenüber einer Verwaltung nachgeht. Gelten als Verwaltung: die Verwaltungsbehörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die hiesigen Gemeinden und ÖSHZ, die Einrichtungen mit einem Auftrag im öffentlichen Interesse sowie die von den vorgenannten Einrichtungen oder Verwaltungen geschaffenen Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht. Seit September 2022 ist die Ombudsperson auch zuständig für Beschwerden über das Parlament und die Regierung.

Die Dienstleistungen des Ombudsdienstes sind kostenlos. Sie können von jedermann in Anspruch genommen werden. Die Ombudsperson prüft, ob die Entscheidung oder das Vorgehen der Verwaltung rechtmäßig, zweckmäßig, angemessen und korrekt ist. Im Rahmen ihrer Zuständigkeit kann die Ombudsperson bei allen Dienststellen schriftliche oder mündliche Auskünfte einholen, Besichtigungen vornehmen und die Herausgabe aller erforderlichen Akten verlangen, sofern diese nicht der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen. Sie bemüht sich um eine gerechte und von allen Beteiligten akzeptierte Lösung.

Neben der Vermittlung zwischen Behörden und Bürgern erfüllt die Ombudsperson noch weitere Aufgaben: die Unterstützung der Bürger in Sachen Sprachengesetzgebung, Nachforschungen im Auftrag des Präsidiums, die Prüfung behördlicher Webseiten in Sachen Barrierefreiheit, die Prüfung vertraulicher Hinweise zu Behörden, die Weiterleitungen an andere Dienste sowie das Aussprechen von Empfehlungen.

Die Ombudsperson ist lediglich dem Parlament verantwortlich, gegenüber dem sie in Form eines Jahresberichts³ jährlich Rechenschaft ablegt.

Im Jahr 2022 erreichten den Ombudsdienst 413 Anfragen, sei es persönlich, per Brief, per E-Mail, per Webformular oder per Telefon. 187 Anfragen betrafen Verwaltungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dies stellt einen Anteil von 45 % aller Anfragen dar. 44 % beziehen sich auf Behörden oder Unternehmen außerhalb der Zuständigkeiten des Ombudsdienstes, 10 % stehen in Zusammenhang mit der Sprachengesetzgebung und 1 % mit barrierefreien Webseiten. Vertrauliche Hinweise waren 2022 keine zu verzeichnen. Das Präsidium des Parlaments erteilte auch keinen Auftrag in puncto Nachforschung.

Von den 187 Anfragen bezüglich Behörden und Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurden 163 als Beschwerden eingestuft. Zur Prüfung angenommen wurden davon 64. Der verbleibende Anteil betraf Informationsanfragen, Rechtsauskünfte, Hilfestellungen oder Feststellungen.

Die Ausgaben des Ombudsdienstes beliefen sich für das Jahr 2022 auf rund 118.000 Euro. Für 2023 ist ein Budget von 113.000 Euro vorgesehen. Die Ombudsperson wird von einer halbtags beschäftigten Referentin unterstützt. Außerdem stellt das Parlament dem Ombudsdienst zwei Büros zur Verfügung. Der Ombudsdienst nimmt zudem verschiedene Dienstleistungen des Parlaments in Anspruch, wie den Empfang, die Buchhaltung, die Bibliothek, die Druckerei und die Raumpflege.

³ Parlamentsdok., PDG, 2022-2023, Nr. 79/7, Jahresbericht 2022 der Ombudsfrau der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

AUFGABEN DES PARLAMENTS

ZUSTÄNDIGKEITSBEREICHE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Im Zuge der Staatsreformen sind die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiter ausgedehnt worden. Dabei wurden vor allem Befugnisse in Sachen Gesundheits- und Sozialpolitik vom Föderalstaat an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen. Außerdem übertrug die Wallonische Region der Deutschsprachigen Gemeinschaft Befugnisse in Sachen Gemeinden, Beschäftigung, Tourismus, Wohnungswesen, Raumordnung und Energie.

Auszug aus der Belgischen Verfassung:

Art. 130 – §1 – Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft regelt durch Dekret:

1. die kulturellen Angelegenheiten;
2. die personenbezogenen Angelegenheiten;
3. das Unterrichtswesen in den in Artikel 127 §1 Absatz 1 Nummer 2 bestimmten Grenzen;
4. die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften sowie die internationale Zusammenarbeit, einschließlich des Abschlusses von Verträgen, in den unter den Nummern 1, 2 und 3 erwähnten Angelegenheiten;
5. den Gebrauch der Sprachen für den Unterricht in den von den öffentlichen Behörden geschaffenen, bezuschussten oder anerkannten Einrichtungen.

Das Gesetz legt die unter den Nummern 1 und 2 erwähnten kulturellen und personenbezogenen Angelegenheiten fest sowie die unter Nummer 4 erwähnten Formen der Zusammenarbeit und die Art und Weise, wie die Verträge abgeschlossen werden.

§2 – Diese Dekrete haben Gesetzeskraft im deutschen Sprachgebiet.

Als kulturelle Angelegenheiten zählen:

- der Schutz und die Veranschaulichung der Sprache,
- die Förderung der Ausbildung von Forschern,
- die schönen Künste,
- das Kulturerbe, Museen und sonstige wissenschaftlich-kulturelle Einrichtungen,
- Bibliotheken, Diskotheken und ähnliche Dienste,
- Rundfunk und Fernsehen sowie die Unterstützung der Schriftpresse,

- die inhaltlichen und technischen Aspekte der audiovisuellen und auditiven Mediendienste,
- die Jugendpolitik,
- die ständige Weiterbildung und die kulturelle Animation,
- die Leibeserziehung, der Sport und das Leben im Freien,
- die Freizeitgestaltung,
- die vorschulische Ausbildung in den Verwahrschulen,
- die nachschulische und nebenschulische Ausbildung,
- die Kunstausbildung,
- die intellektuelle, moralische und soziale Ausbildung,
- die Förderung des sozialen Aufstiegs,
- die berufliche Umschulung und Fortbildung,
- Systeme dualer Ausbildung, in denen eine praktische Ausbildung am Arbeitsplatz im Wechsel durch eine Ausbildung in einer Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung ergänzt wird.

Das Unterrichtswesen umfasst insbesondere:

- die Organisation des Unterrichts (alle Stufen und Netze),
- die Festlegung der Unterrichtsinhalte und die Ausgabe von Diplomen,
- die Pädagogik,
- das Dienstrecht des Personals,
- die Finanzierung des Unterrichtswesens,
- die Schulinfrastruktur und den Schülertransport,
- den Sprachengebrauch im Unterricht,
- die wissenschaftliche Forschung.

Personenbezogene Angelegenheiten sind:

die Gesundheitspolitik, nämlich

- die Pflegeleistung innerhalb und außerhalb von Pflegeanstalten, einschließlich der Finanzierung von Bau-, Renovierungs- und Unterhaltsarbeiten der Krankenhäuser sowie der Finanzierung des schweren medizinischen Geräts,
- die geistige Gesundheitspflege in anderen Pflegeanstalten als Krankenhäusern,
- die Pflegeleistung in Altenheimen, einschließlich einzelner Geriatriedienste,
- die Pflegeleistung in vereinzelt spezialisierten Rehabilitations- und Behandlungsdiensten,
- die Langzeitrehabilitation (*long term care*),
- die Organisation der primären Gesundheitspflege und die Unterstützung der Berufe im Bereich der primären Gesundheitspflege,
- die Zulassung und das Kontingent der Gesundheitspflegeberufe,
- die Gesundheitserziehung und die Tätigkeiten und Dienstleistungen im Bereich der Präventivmedizin,



der Personenbeistand, darunter

- die Familienpolitik, einschließlich aller Formen von Hilfe und Unterstützung für Familien und Kinder,
- die Auszahlung von Familienleistungen (Kindergeld, Geburtsprämien und Adoptionsprämien),
- die Sozialhilfepolitik, einschließlich der grundlegenden Rechtsvorschriften über die öffentlichen Sozialhilfeszentren,
- die Aufnahme- und Integrationspolitik gegenüber Einwanderern,
- die Behindertenpolitik, einschließlich der beruflichen Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Behinderten und die Mobilitätshilfsmittel,
- die Seniorenpolitik,
- der Jugendschutz, einschließlich des sozialen Schutzes und des gerichtlichen Schutzes und der Maßnahmen für straffällige Jugendliche,
- die Sozialhilfe für Gefangene im Hinblick auf ihre soziale Wiedereingliederung, der erste juristische Beistand,
- die Organisation, die Arbeitsweise und die Aufgaben der Justizhäuser und des Dienstes, der für die Durchführung und die Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung zuständig ist und
- die Filmkontrolle im Hinblick auf den Zutritt Minderjähriger zu Kinosälen.

Als auswärtige Beziehungen gelten:

- die Aushandlung, der Abschluss und die Billigung von innerbelgischen und internationalen Kooperationsabkommen und Verträgen in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
- die Umsetzung von EU- und Völkerrecht.

Durch die sechste Staatsreform erhielt die Deutschsprachige Gemeinschaft auch die konstitutive Autonomie, dank derer die Deutschsprachige Gemeinschaft selbst über bestimmte Aspekte der Organisation und Funktionsweise von Parlament und Regierung (z. B. die Anzahl Minister und Parlamentarier) sowie über gewisse Punkte der Gemeinschaftswahlen (z. B. die Wahlkreise und die Regelung der Übertragung der Listenstimmen bei der Sitzverteilung) entscheiden kann.

Regionale Zuständigkeiten

Auszug aus der Belgischen Verfassung:

Art. 139 – *Auf Vorschlag ihrer jeweiligen Regierung können das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft und das Parlament der Wallonischen Re-*

gion in gegenseitigem Einvernehmen und jedes durch Dekret beschließen, dass das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im deutschen Sprachgebiet Befugnisse der Wallonischen Region ganz oder teilweise ausüben.

Diese Befugnisse werden je nach Fall im Wege von Dekreten, Erlassen oder Verordnungen ausgeübt.

Die Übertragung der Ausübung von regionalen Zuständigkeiten, so wie sie in Artikel 139 der Verfassung vorgesehen ist, wird per Dekret vollzogen. Das Parlament übt deshalb auch gesetzgeberische Zuständigkeiten in folgenden Bereichen aus:

- Denkmal- und Landschaftsschutz (Dekret vom 17. Januar 1994 und Dekret vom 15. Dezember 2015) sowie Ausgrabungen (Dekret vom 10. Mai 1999)
- Beschäftigungspolitik (Dekret vom 10. Mai 1999 und Dekret vom 15. Dezember 2015)
- Regelung, Organisation und Finanzierung der kommunalen und intrakommunalen Einrichtungen des deutschen Sprachgebiets sowie der Kirchenfabriken und Einrichtungen zur Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte, der Bestattungen und Grabstätten (Dekret vom 1. Juni 2004, 2009 und 2014)
- Tourismus (Dekret vom 31. März 2014)
- Raumordnung (Dekret vom 29. April 2019)
- Wohnungswesen (Dekret vom 29. April 2019)
- Teile der Energiepolitik (Dekret vom 29. April 2019)

Verwaltungsbeschlüsse und Formulierung politischer Meinungen

Neben der rein legislativen Arbeit verabschiedet das Parlament auch andere Beschlüsse, die im Wesentlichen auf dieselbe Art und Weise wie Dekrete vorbereitet, besprochen und verabschiedet werden. Dabei handelt es sich zum einen um interne Beschlüsse zur Organisation der parlamentarischen Arbeit und zur Regelung des Statuts der Abgeordneten und der Verwaltungsmitarbeiter. Zum anderen verabschiedet das Parlament Resolutionen und Stellungnahmen, die politische Aussagen, Aufforderungen, Empfehlungen, Absichten oder Ähnliches enthalten und nicht rechtsverbindlich sind.

Schließlich gibt das Parlament Gutachten zu föderalen Gesetzesinitiativen ab, die sich auf das Autonomiestatut der Deutschsprachigen Gemeinschaft und auf die auf das deutsche Sprachgebiet anwendbare Sprachengesetzgebung beziehen.

ARBEIT IN DEN AUSSCHÜSSEN

Dekrete, Resolutionen, Gutachten – die im Plenum beschlossen werden – werden in den Ausschüssen vorbereitet. Erläuterungen von Regierung und Verwaltung, Anhörungen von Sachverständigen und Betroffenen sowie die Stellungnahmen der Fraktionen bilden die Grundlagen für die Debatten im Ausschuss. Die Ausschussdiskussionen werden in einem Bericht zusammengefasst und veröffentlicht.

Mit der im Januar 2015 in Kraft getretenen Parlamentsreform sind die Ausschüsse auch ein zentraler Ort der Regierungskontrolle: Mündliche Fragen, Interpellationen und Themendebatten werden hier einmal monatlich in öffentlicher Sitzung behandelt.

Über ihre Gesetzgebungs- und Kontrollaufgaben hinaus nehmen die Ausschüsse im Rahmen ihres jeweiligen Fachgebiets gesellschaftspolitische Themen in den Blick, die die zukünftige Gestaltung wichtiger Bereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft betreffen. Dabei arbeiten sie nicht nur mit Institutionen und zivilgesellschaftlichen Kräften zusammen, sondern öffnen sich auch verstärkt dem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, der seit 2019 institutionalisiert wurde.

AUSSCHUSS I

Ausschuss für allgemeine Politik, lokale Behörden, Raumordnung, Wohnungswesen, Energie, nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Zusammenarbeit

Mitglieder

Vorsitzender: Charles SERVATY (SP)		
Vizevorsitzender: Robert NELLES (CSP)		
Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder	Beratende Mandatare
Für ProDG: Freddy CREMER Raymond HEINERS Liesa SCHOLZEN	Für ProDG: Kathy ELSEN Lisa GÖBBELS José GROMMES	
Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Robert NELLES	Für die CSP: Jolyn HUPPERTZ Colin KRAFT	Für die CSP: Pascal ARIMONT
Für die SP: Charles SERVATY	Für die SP: Karl-Heinz LAMBERTZ	Für die SP: Alfred OSSEMANN
Für VIVANT: Michael BALTER	Für VIVANT: Alain MERTES	
Für ECOLO: Freddy MOCKEL	Für ECOLO: Inga VOSS-WERDING	Für ECOLO: Anne KELLETER
Für die PFF: Evelyn JADIN	Für die PFF: Shayne PIRONT	Für die PFF: Christine MAUEL



Rückblick

ALLGEMEINES

Zweimal änderte sich in der vergangenen Sitzungsperiode die Zusammensetzung des Ausschusses: Zuerst wurde Gregor Freches durch Evelyn Jadin ersetzt. Später wurde Charles Servaty als neuer Präsident des Parlaments auch Vorsitzender des Ausschusses I und ersetzte somit Karl-Heinz Lambertz.

HAUSHALT

Gewohnheitsgemäß nahmen die Haushaltsberatungen, bei denen Ausschuss I jeweils federführend ist, einen wichtigen Platz in der Ausschussarbeit ein, sowohl im Herbst bei der Festlegung des Ursprungshaushalts 2023, der zweiten Haushaltsabänderung 2022 und bei der dritten Haushaltsabänderung und der endgültigen Abrechnung des Haushalts 2021 als auch im Frühjahr bei der ersten Haushaltsanpassung für das Jahr 2023.

RAUMORDNUNG

Wie bereits in den beiden vorherigen Sitzungsperioden blieb die Raumordnung ein wichtiges Thema in Ausschuss I: Nachdem bereits im März 2022 ein Dekretentwurf zur Abänderung des wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung (GRE) und des Infrastrukturdekrets hinterlegt und im Ausschuss diskutiert worden war, nahm der Ausschuss im Herbst 2022 eine zweite Lesung des Dekretentwurfs vor, die in zahlreichen Abänderungsvorschlägen mündete, bevor der Text im Plenum verabschiedet wurde. In diesem Rahmen ließ sich der Ausschuss auch über den Stand der Vorbereitungen zu „Ostbelgien leben 2040“ informieren.

WOHNUNGSWESEN

Ähnlich wie bereits im Bereich der Raumordnung hinterlegte die Regierung im Herbst eine Orientierungsnote zum Dekret Wohnungswesen, die sich vorrangig mit dem öffentlichen und öffentlich geförderten Wohnungsbau befasst. Im Rahmen der Beratungen wurden zuerst die Akteure des öffentlichen Wohnungswesens und später auch des privaten Wohnmarkts angehört. An den Beratungen zur Orientierungsnote nahmen auch mehrere Vertreterinnen des Bürgerrats im Zusammenhang mit der dritten Bürgerversammlung „Wohnraum für alle“ teil. Die im entsprechenden Bericht formulierten Schlussfolgerungen des Ausschusses sollen

der Regierung als Orientierung für die Abänderung des Wohnungsdekrets dienen, die für den Herbst 2023 angekündigt ist.

BÜRGERDIALOG

Im Bereich des Bürgerdialogs erfolgte in Ausschuss I der Abschluss zu den ihn betreffenden Empfehlungen der zweiten Bürgerversammlung zum Thema „Inklusion“. Zur dritten Bürgerversammlung „Wohnraum für alle“ fand am 10. Mai 2023 ein informelles Zwischentreffen mit dem Ausschussvorsitzenden, dem zuständigen Minister und Vertretern des Bürgerrats statt. Als federführender Ausschuss wird Ausschuss I im Herbst 2023 seine Schlussfolgerungen zur Umsetzung bzw. weiteren Bearbeitung der Empfehlungen vorlegen. Auch mit verschiedenen Empfehlungen der vierten Bürgerversammlung „Digitale Teilhabe in Ostbelgien!“ beschäftigte sich der Ausschuss und formulierte seine Stellungnahme.

RESOLUTIONEN

Abgeschlossen wurde die Beratung zweier Resolutionstexte, die bereits in der vergangenen Sitzungsperiode im Ausschuss I vorgestellt worden waren: Dabei handelte es sich zum einen um eine Resolution über Steuerbegünstigungen beim Eigentumserwerb, in deren Ausarbeitung auch die Erkenntnisse aus den Anhörungen zur Orientierungsnote Wohnungswesen einfließen. Zum anderen verabschiedete der Ausschuss eine Resolution zur Senkung der Energiekosten, zur Bekämpfung der Energiearmut und zur Stärkung der Kaufkraft für die belgischen Haushalte.

Die Beratungen zu einer weiteren Resolution zum Ausbau des Eupener Bahnhofs und zur Verlängerung der Linie 49 Ostende – Eupen sowie der Linie Kortrijk – Welkenraedt werden voraussichtlich im Herbst 2023 abgeschlossen werden. Nachdem sowohl Vertreter der Interessengemeinschaft TreinTramBus als auch der Stadt Eupen zu diesem Thema angehört worden waren, wurde ein entsprechender Abänderungsvorschlag angekündigt.

VERANTWORTUNG DER POLITIK IM NETZ

Fortgeführt hat der Ausschuss seine Arbeiten an dem Themenkomplex „Verantwortung der Politik im Netz“. Auf Grundlage der Beratungen im Ausschuss wurden erste Texte für Dekretvorschläge erarbeitet, die es dem Parlament künftig ermöglichen sollen, von ihnen entsandte Mandatäre unter bestimmten Bedingungen

wieder abzuverufen. Auch hat sich der Ausschuss mit einem möglichen Verhaltenskodex für Abgeordnete auseinandergesetzt. Die Diskussion zu diesen Dokumenten wird in der kommenden Sitzungsperiode fortgesetzt werden.

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES THEMA

Auch das gesellschaftspolitische Thema „Demokratieverständnis und -entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – 50 Jahre Autonomie“ wird den Ausschuss in der kommenden Sitzungsperiode weiterhin beschäftigen.

Darüber hinaus befasste sich der Ausschuss mit den Themenbereichen Staatsreform und Autonomieentwicklung: Hier konnte er bereits von der wertvollen Zusammenarbeit des neu eingerichteten Studiendienstes des Parlaments profitieren.

WEITERE THEMEN

Zu den jährlich wiederkehrenden Themen gehörte neben den Beratungen zum Programmdekret die Vorstellung verschiedener Berichte, die in die Zuständigkeit von Ausschuss I fallen.

Weitere Themen des Ausschusses lassen sich an der Auflistung der Tätigkeiten hierunter ablesen.

Tätigkeiten von Ausschuss I für allgemeine Politik, lokale Behörden, Raumordnung, Wohnungswesen, Energie, nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Zusammenarbeit in der Sitzungsperiode 2022-2023

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur dritten Anpassung des Dekrets vom 10. Dezember 2020 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2021 - Dokument 5-3-HH2021 (2022-2023)

Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2021 – Dokument 6-HH2021 (2022-2023)

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 16. Dezember 2021 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 - Dokument 5-2-HH2022 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023 – Dokument 4-HH2023 (2022-2023)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2022 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023 – Dokument 5-1-HH2023 (2022-2023)

Infrastrukturplan und Registrierungskatalog der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 7 (2022-2023)

Finanzsimulation der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Sensitivitätsanalyse – Dokument 7 (2022-2023)

Entwicklung „Norm Hoher Finanzrat“ – Dokument 7 (2022-2023)

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Dekretentwurf zur Abänderung des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung und des Dekrets vom 18. März 2022 zur Infrastruktur – Dokument 187 (2021-2022)

Programmdekretvorschlag 2022 – Dokument 233 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 30. November 2022 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Region, der Wallonischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaftskommission, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Einführung eines Mechanismus zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen – Dokument 252 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Zustimmung zum Zusatzprotokoll zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstver-



waltung über das Recht auf Mitwirkung an den Angelegenheiten der kommunalen Gebietskörperschaften, geschehen zu Utrecht am 16. November 2009 – Dokument 255 (2022-2023)

GUTACHTEN

auf der Grundlage des Artikels 78 des Gesetzes über institutionelle Reformen der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Vorschlag eines Gutachtens zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft in Bezug auf die Beendigung des parlamentarischen Mandats durch Rücktritt – Dokument 239 (2022-2023)

Vorschlag eines begründeten Gutachtens zum Gesetzesvorentwurf zur Regelung des Sprachgebrauchs bezüglich des Überprüfungsmechanismus festgelegt im Zusammenarbeitsabkommen vom 30. November 2022 zur Einführung eines Mechanismus zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen – Dokument 276 (2022-2023)

RESOLUTIONEN

Resolutionsvorschlag an die föderale Abgeordnetenkammer, die Föderalregierung, das Parlament der Wallonischen Region, die Regierung der Wallonischen Region und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Steuerbegünstigungen bei Eigentumserwerb – Dokument 199 (2022-2023)

Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung, die Regierung der Wallonischen Region und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Senkung der Energiekosten, zur Bekämpfung der Energiearmut und zur Stärkung der Kaufkraft für die belgischen Haushalte – Dokument 202 (2022-2023)

Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung, die Regierung der Wallonischen Region und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Ausbau des Eupener Bahnhofs und zur Verlängerung der Linie 49 Ostende – Eupen sowie der Linie Kortrijk – Welkenraedt – Dokument 249 (2022-2023)

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES THEMA

Demokratieverständnis und -entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – 50 Jahre Autonomie

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 15. Mai 2021 zum Thema „Inklusion macht Schule“ – Dokument 155 (2020-2021)

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 19. Februar 2022 zum Thema „Wohnraum für alle!“ – Dokument 186 (2021-2022)

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 19. November 2022 zum Thema „Digitale Teilhabe in Ostbelgien! Wie kann die Politik gewährleisten, dass alle Ostbelgier Zugang zur digitalen Welt haben und sich in ihr zurechtfinden?“ – Dokument 240 (2022-2023)

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 3. Juni 2023 zum Thema „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostbelgien“ – Dokument 277 (2022-2023)

AUSSENBEZIEHUNGEN UND ZUSAMMENARBEIT

Bericht der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Zusammenarbeit mit Flandern in Ausführung des Zusammenarbeitsabkommens vom 28. März 2017 zwischen Flandern und der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Auswertung des Arbeitsprogramms der Jahre 2019-2021, verlängert bis Ende 2022, und Arbeitsprogramm der Jahre 2023-2025 – Dokument 238 (2022-2023)

Evaluiierungsbericht über die Zusammenarbeit zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Jahre 2018-2022 und Kooperationsprogramm für das Jahr 2023 – Dokument 261 (2022-2023)

Interparlamentarischer Klimadialog

Informationen aus dem Benelux-Parlament

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Orientierungsnote zum Dekret Wohnungswesen – Dokument 232 (2022-2023)

Informationen zum Stand der Vorbereitungen „Ostbelgien leben 2040“ unter besonderer Berücksichtigung der Phase III der Raumordnung

Ausübung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets – Jahresbericht 2021 – Dokument 94 (2021-2022)

Verantwortung der Politik im Netz

Berichtspflichten der Regierung

Jahresbericht 2022 der Ombudsfrau der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 79 (2022-2023)

Informationen zu Worriken 4.0

Staatsreform und Autonomieentwicklung

Evaluation der Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie und der Folgen der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

AUSSCHUSS II

Ausschuss für Kultur, Beschäftigung, Wirtschaftsförderung und ländliche Entwicklung

Mitglieder

Vorsitzende: José GROMMES (ProDG)		
Vizevorsitzender: Gregor FRECHES (PFF)		
Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder	Beratende Mandatare
Für ProDG: Freddy CREMER Lisa GÖBBELS José GROMMES	Für ProDG: Kathy ELSEN Raymond HEINERS Liesa SCHOLZEN	
Für die CSP: Colin KRAFT Robert NELLES	Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Stephanie PAUELS	
Für die SP: Patrick SPIES	Für die SP: Karl-Heinz LAMBERTZ	
Für VIVANT: Diana STIEL	Für VIVANT: Michael BALTER	
Für ECOLO: Freddy MOCKEL	Für ECOLO: Andreas JERUSALEM	Für ECOLO: Odette Threinen
Für die PFF: Gregor FRECHES	Für die PFF: Evelyn JADIN	Für die PFF: Daniel Müller



Rückblick

Im Herbst 2022 widmete der Ausschuss sich den klassischen Beratungen zur Anpassung des Haushalts 2022 und zur Festlegung des Haushalts 2023. Zu diesem Zweck hörte er auch das Arbeitsamt, das Medienzentrum und den BRF an, die ihre Haushaltspläne für das kommende Jahr sowie ihren Tätigkeitsbericht des verstrichenen Jahres vorstellten.

Zeitgleich befasste sich der Ausschuss mit einem Beschlussvorschlag zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft, den er genehmigte. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Übernahme der Offenen Jugendarbeit durch das Jugendbüro in sieben der neun deutschsprachigen Gemeinden.

Wie in jedem Jahr stellte auch der Programmdekretvorschlag im Herbst einen Schwerpunkt dar. Der Ausschuss widmete sich den vorgeschlagenen Änderungen in den Bereichen kulturelle Angelegenheiten, Denkmalschutz, Beschäftigung und Tourismus.

Zum Thema Jugend befürwortete der Ausschuss Ende 2022 den Beschlussvorschlag zur Genehmigung des Aktionsplans zum 3. Jugendstrategieplan, der für die Periode 2023-2027 gilt. In diesem Kontext informierte die Regierung den Ausschuss auch über die Evaluierung des 2. Jugendstrategieplans.

Zudem stellte das Jugendparlament am 19. März seine Empfehlungen zum Thema „Jugend und Arbeit“ vor.

Daraufhin befasste der Ausschuss sich mit den Empfehlungen betreffend die Schaffung einer einheitlichen Schülerkarte und einer zentralisierten Webseite mit Informationen für Jugendliche, die Verbesserung der Sichtbarkeit von Praktika- und Stellenangeboten, die Erweiterung des Stipendiensystems für Mangelberufe sowie die Steigerung der Attraktivität von Stellenanzeigen und der Sichtbarkeit von Vorteilen.

Am letzten Sitzungstag der Sitzungsperiode hörte der Ausschuss Vertreter des Jugendbüros zum Thema Streetwork an. Im Austausch mit der Geschäftsführerin, dem Middle Manager und einem Streetworker erhielten die Ausschussmitglieder Informationen zum Aufbau des Dienstes und über die alltägliche Arbeit der Streetworker. Im Bereich Kultur hat der Ausschuss sich zu Beginn des Jahres 2023 in vier Sitzungen intensiv mit dem Dekretentwurf zur Förderung der außerschulischen kulturellen Bildung auseinandergesetzt. Der Dekretentwurf sollte eine neue Rechtsgrundlage für die Förderung von kreativen Ateliers und Fachateliers sowie für die Bezuschussung von kreativen Ferienateliers für Kinder, Jugendliche und Erwachsene schaffen. Der Ausschuss machte insgesamt fünf Abänderungsvorschläge und empfahl die Annahme des Entwurfs in seiner abgeänderten Form.

Kurz darauf, im März 2023, besuchte der Ausschuss auch die Schulmediothek der Pater-Damian-Sekundarschule und das Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Im Austausch mit Vertretern dieser Einrichtungen und bei einer Führung durch die Räumlichkeiten konnten die Ausschussmitglieder einen Eindruck des Angebots der Einrichtungen an digitalen und analogen Medien erhalten.



Besuch des Medienzentrums in Eupen

Überdies hörte der Ausschuss Vertreter des Musikverbands Föderkam Ostbelgien an, die die Aufgaben, Struktur und aktuellen Entwicklungen des Verbands vorstellten.

Er setzte sich außerdem mit dem Dekretentwurf zur Förderung des Journalismus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auseinander, der die Förderung einer vielfältigen Medienlandschaft und eines hochwertigen Journalismus zum Ziel hat.

Am 27. September 2022 schloss der Ausschuss das gesellschaftspolitische Thema „Kirchen und Kapellen vielfältig nutzen?“ mit der Abschlussveranstaltung „Den Kirchturm neu denken?“ ab. Während der Veranstaltung hielten drei Redner Vorträge und es fand eine Diskussionsrunde mit dem Publikum statt. Im Nachgang der Veranstaltung entschied der Ausschuss, seine Arbeit zu dem Thema in einem Band der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft schriftlich festzuhalten.

Auch in dieser Sitzungsperiode kam das Thema Beschäftigung nicht zu kurz und der Ausschuss führte mehrere Anhörungen durch. Diese beinhalteten eine Vorstellung des Fachkräftebarometers durch den Wirtschafts- und Sozialrat, eine Vorstellung der Statistiken zur Beschäftigung von Personen mit Unterstützungsbedarf und der Integration von Langzeitkranken auf dem Arbeitsmarkt durch das Arbeitsamt sowie eine Vorstellung des REK-III-Projekts „Auf das echte Leben vorbereiten“ und der Reform der beruflichen Orientierung. Außerdem wurde im Ausschuss die Reform des Systems der lokalen Beschäftigungsagenturen vorgestellt.

Des Weiteren befasste sich der Ausschuss mit zwei Dekreten zum Thema Beschäftigung: zum einen mit dem Dekretentwurf über die Kontrolle und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Bereich der Beschäftigungspolitik, der die Rechtsgrundlagen bezüglich der Inspektion im Beschäftigungsbereich aktualisiert und vervollständigt und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Beschäftigungsbereich regelt, zum anderen mit dem Dekretentwurf über die bedarfsgelentete Arbeitsvermittlung, der zum Ziel hat, das bisherige System der Arbeitsvermittlung grundlegend zu reformieren. Die Arbeitsvermittlung soll künftig effizienter und bedarfsorientierter gestaltet werden und die Zusammenarbeit zwischen Arbeitsamt, Dienststelle für selbstbestimmtes Leben und den öffentlichen Sozialhilfezentren soll verbessert werden. Zudem

wird durch den Dekretentwurf ein neues Praktikumsstatut geschaffen, wodurch die Zielgruppe für Praktika erweitert wird.

Im Zuständigkeitsbereich Sport hörte der Ausschuss am Ende der Sitzungsperiode Vertreter des Leitverbands des Ostbelgischen Sports sowie Vertreter der Verbände Fußball, Radsport und Turnen an. Diese stellten ihm das im Januar 2022 gegründete Förderzentrum vor und dessen Organisation in Sportabteilungen. Darüber hinaus hörte er die Organisation Special Olympics Belgium an. Der Ausschuss setzte sich auch in dieser Sitzungsperiode mit den Empfehlungen des Bürgerdialogs auseinander. Als federführender Ausschuss beschäftigte er sich mit allen 22 Empfehlungen der Bürgerversammlung zum Thema „Digitale Teilhabe in Ostbelgien! Wie kann die Politik gewährleisten, dass alle Ostbelgier Zugang zur digitalen Welt haben und sich in ihr zurechtfinden?“. Zu diesem Zweck holte er die schriftliche Stellungnahme der anderen Ausschüsse sowie mehrerer Organisationen ein. In der zweiten öffentlichen Sitzung mit der Bürgerversammlung im Februar 2022 gab der Ausschuss erste Stellungnahme zu den Empfehlungen ab. Im Juni 2022 überreichte die fünfte Bürgerversammlung ihre Empfehlungen zum Thema „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostbelgien“. Im September 2023 wird der Ausschuss sich mit den Empfehlungen in den Bereichen „Integration durch Sprachförderung“, „Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“, „Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt“, „Unterstützung von Helfenden im Bereich Integration“ und „Integration durch Zusammenleben in Vielfalt“ befassen und dem federführenden Ausschuss IV seine schriftliche Stellungnahme übermitteln.

Zuletzt wurde der Ausschuss auch dazu aufgefordert, eine schriftliche Stellungnahme zur Umsetzung der Empfehlungen des Corona-Sonderausschusses an Ausschuss IV abzugeben. Aus diesem Grund befasste er sich mit der Stellungnahme der Regierung bezüglich der Empfehlungen zu den Themen Jugendarbeit, Beschäftigung, Tourismus und Wirtschaft sowie Kultur und Freizeit.

Tätigkeiten von Ausschuss II für Kultur, Beschäftigung, Wirtschaftsförderung und ländliche Entwicklung in der Sitzungsperiode 2022-2023

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 16. Dezember 2021 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 – Dokument 5-2-HH2022 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023 – Dokument 4-HH2023 (2022-2023)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2022 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023 – Dokument 5-1-HH2023 (2022-2023)

Haushalt 2022/2023 und Tätigkeitsbericht 2021 des Arbeitsamts

Haushalt 2022/2023 und Tätigkeitsbericht 2021 des BRF

Haushalt 2022/2023 und Tätigkeitsbericht 2021 des Medienzentrums

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Programmdekretvorschlag 2022 – Dokument 233 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Förderung der außerschulischen kulturellen Bildung – Dokument 242 (2022-2023)

Dekretentwurf über die Kontrolle und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Bereich der Beschäftigungspolitik – Dokument 245 (2022-2023)

Dekretentwurf über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung – Dokument 259 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Förderung des Journalismus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 267 (2022-2023)

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

Beschlussvorschlag zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft (2023-2027) – Dokument 234 (2022-2023)

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES THEMA

Kirchen und Kapellen vielfältig nutzen?

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 19. November 2022 zum Thema „Digitale Teilhabe in Ostbelgien! Wie kann die Politik gewährleisten, dass alle Ostbelgier Zugang zur digitalen Welt haben und sich in ihr zurechtfinden?“ – Dokument 240 (2022-2023)

- Öffentliche Sitzung zur Vorstellung der Empfehlungen durch die Bürgerversammlung
- Öffentliche Sitzung zur Vorstellung der Stellungnahme der Ausschüsse

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 3. Juni 2023 zum Thema „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostbelgien“ – Dokument 277 (2022-2023)

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Beschlussvorschlag zur Genehmigung des Aktionsplans zum 3. Jugendstrategieplan – Dokument 237 (2022-2023)

Evaluation des zweiten Jugendstrategieplans – Dokument 241 (2022-2023)

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlamentes an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretele Berichterstattungsaufträge – November 2022 – Dokument 36 (2022-2023)

Anhörung des Wirtschafts- und Sozialrats (WSR) zur Vorstellung des Fachkräftebarometers 2022

Anhörung des Arbeitsamts: Statistiken zur Beschäftigung von Personen mit Unterstützungsbedarf sowie Integration von Langzeitkranken auf dem Arbeitsmarkt

Bericht der Regierung zum Stand der Dinge in Sachen Glasfaserausbau

Vorstellung der Reform des Systems der lokalen Beschäftigungsagenturen (LBA)

Anhörung Special Olympics Belgium

Besuch der Schulmediodothek der Pater-Damian-Sekundarschule und des Medienzentrums

Anhörung des Musikverbands Föderkam Ostbelgien – Dokument 260 (2022-2023)

Vorstellung des REK-III-Projekts „Auf das echte Leben vorbereiten“ und der Reform der beruflichen Orientierung

Behandlung der Empfehlungen des Jugendparlamentes 2023 zum Thema „Jugend und Arbeit“

Anhörung des Medienrats zu den Tätigkeiten 2020-2022 sowie Ausblick – Dokument 274 (2022-2023)

Vorstellung der laufenden LEADER-Projekte bis 2023 durch Vertreter der LAGs Zwischen Weser und Göhl sowie 100 Dörfer – 1 Zukunft

Evaluation der Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie und der Folgen der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Anhörung zum Förderzentrum des Leitverbands des Ostbelgischen Sports (LOS) – Dokument 280 (2022-2023)

Anhörung des Jugendbüros zum Thema Streetwork

AUSSCHUSS III

Ausschuss für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung

Mitglieder

Vorsitzende: Liesa SCHOLZEN (ProDG)	
Vizevorsitzender: Andreas JERUSALEM (ECOLO)	
Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder
Für ProDG: Kathy ELSEN Lisa GÖBBELS Liesa SCHOLZEN	Für ProDG: Freddy CREMER José GROMMES Raymond HEINERS
Für die CSP: Colin KRAFT Stephanie PAUELS	Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Jolyn HUPPERTZ
Für die SP: Kirsten NEYCKEN-BARTHOLEMY	Für die SP: Patrick SPIES
Für VIVANT: Alain MERTES	Für VIVANT: Michael BALTER
Für ECOLO: Andreas JERUSALEM	Für ECOLO: Inga VOSS-WERDING
Für die PFF: Shayne PIRONT	Für die PFF: Gregor FRECHES

Rückblick

HAUSHALT

In Ausschuss III war der Herbst wie immer von den Beratungen zur zweiten Haushaltsanpassung 2022 und zur Festlegung des Haushalts 2023 dominiert. In sechs Sitzungen wurden die wichtigsten Vorhaben und Neuerungen aus den Bereichen Pädagogik, Ausbildung, Unterrichtsorganisation, Unterrichtspersonal, Kinderbetreuung und Infrastruktur vorgestellt, außerdem präsentierten Kaleido Ostbelgien, die Autonome Hochschule, das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand (IAWM) sowie der Dienst mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik (zuständig für Reinigung, Unterhalt und Verpflegung insbesondere der Gemeinschaftsschulen) ihren Haushalt und ihren Tätigkeitsbericht. Insgesamt sind von den 885 Millionen Euro⁴, die im Ausgabenhaushalt 2023 der Deutschsprachigen Gemeinschaft verbucht sind, ganze 226 Millionen⁵ für Projekte in den Bereichen Bildung und Schulinfrastruktur reserviert. Weitere rund 10 Millionen Euro

fließen in die Kinderbetreuung, die ja ebenfalls zu den Zuständigkeiten des Ausschusses gehört.

Im Frühling beschäftigte der Ausschuss sich mit der ersten Anpassung des Haushalts 2023, der wiederum von den zuständigen Fachbereichen des Ministeriums vorgestellt wurde.

DEKRETE

Der Ausschuss ist mit dem Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung und der AGORA VoG in die neue Sitzungsperiode gestartet. Dieser sichert die theaterpädagogische Arbeit von AGORA für die Jahre 2022 bis 2026 ab.

Einige im Dezember mit dem Programmdekretvorschlag 2022 verabschiedete Maßnahmen fielen in den Zuständigkeitsbereich von Ausschuss III. In der Erwachsenenbildung wurde eine Zusatzpauschale für größere Einrichtungen eingeführt, damit sie ihre im Vergleich zu

³ Parlamentsdok., PDG, 2022-2023, Nr. 4-HH2023/1, S. 4.

⁴ Parlamentsdok., PDG, 2021-2022, Nr. 4-HH2022/1, S. 9ff.

den kleineren Einrichtungen höheren Funktions- und Personalkosten decken können. Im Unterrichtswesen wurde u. a. festgelegt, dass zur Einschreibung von erstankommenden Schülern weiterhin kein aufwendiges Formular ausgefüllt werden muss, sondern dass eine Excel-Tabelle genügt.

Im Januar 2023 wurde das Dekret zur Zustimmung zum Vertrag über die automatische Anerkennung von Hochschulqualifikationen zwischen den baltischen Staaten und den Benelux-Staaten behandelt. Der Vertrag legt fest, dass das Niveau eines Hochschulabschlusses, der in einem der Vertragsländer erlangt wurde, in den anderen Vertragsländern automatisch anerkannt wird.

Des Weiteren hat der Ausschuss sich mit einem Dekretentwurf beschäftigt, bei dem es um die Stärkung des Wohlbefindens des Unterrichtspersonals geht. So wurden neue Urlaubsformen eingeführt, damit wegen Krankheit abwesenden Lehrkräften der Wiedereinstieg in ihren Beruf erleichtert wird. Außerdem wurden Möglichkeiten der Arbeitszeitreduzierung für Leitungspersonal eingeführt, das am Ende der Karriere steht.

Sehr eingehend beschäftigt hat der Ausschuss sich mit dem Thema der beruflichen Orientierung. Dazu wurde zunächst ein überarbeiteter und näher an die Praxis orientierter Rahmenplan verabschiedet, in dem die mit dem Maßnahmendekretentwurf eingeführten Schülerportfolios, Hospitationen oder verpflichtende Schülerpraktika verankert wurden. Ziel des Rahmenplans ist es, die Jugendlichen mit der Berufswahlkompetenz auszustatten.

Ebenfalls in diesen Bereich fällt der im Ausschuss behandelte Sonderdekretentwurf zur Abänderung des Sonderdekrets zur Gründung von Kaleido Ostbelgien. Weil das Arbeitsamt zum Referenzzentrum für alle Aktivitäten zur Berufswahlvorbereitung bei den Schülern werden soll, musste Kaleido Ostbelgien von diesem Aufgabenbereich entbunden werden.

Zuletzt knüpft auch der Dekretentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2023 an den Rahmenplan „Berufliche Orientierung“ an. Wie schon angedeutet, wurde festgelegt, dass in der Oberstufe der Primarschule Berufserkundungen durchgeführt werden sol-

len, damit die Schüler einen praktischen Einblick in die Arbeitswelt erhalten. In der Sekundarschule werden je nach Stufe Hospitationen, Berufserkundungen und Praktika durchgeführt, die die Schüler teilweise selbst und nach eigenem Interesse organisieren sollen.

Eine andere wichtige Maßnahme aus diesem Dekretentwurf ist die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für Hausaufgaben. Diese sollen künftig vorrangig in der Schule erledigt werden und daher in Schulaufgaben umbenannt werden. Zudem werden für die Primarschule zeitliche Obergrenzen definiert. In der Unterstufe dürfen bis zu 15 Minuten Aufgaben erteilt werden, in der Mittelstufe bis zu 20 Minuten und in der Oberstufe bis zu 30 Minuten. Der Lehrer ist dann angehalten, hinsichtlich Umfang und Schwierigkeitsgrad zu differenzieren, damit jeder Schüler die Aufgaben in der vorgegebenen Zeit eigenständig schaffen kann.

Im Sekundarschulwesen soll ein Schritt Richtung kostenloser Schulbesuch getan werden. Pro Schüler und Schuljahr werden 100 Euro zur Verfügung gestellt, damit den Eltern Kosten für Kopien, das Tagebuch oder die Diplomerstellung nicht mehr in Rechnung gestellt werden müssen.

Schließlich wurde mit dem Maßnahmendekret die Einführung des Bachelorstudiengangs in Sozialer Arbeit an der AHS beschlossen. Dabei wird definiert, welche Zulassungsbedingungen die Studienbewerber erfüllen müssen und welche Kompetenzen für einen erfolgreichen Abschluss erreicht werden müssen. Auch das erforderliche Stellenkapital für die AHS wird festgelegt und es werden drei neue Dozentenämter eingeführt.

Neben der Bildungspolitik war auch die Kinderbetreuung Thema im Ausschuss. So wurde ein Dekretentwurf zur Schaffung eines Zentrums für Kinderbetreuung verabschiedet, das einerseits den Tagesmütterdienst, Kinderkrippen oder Standorte der außerschulischen Betreuung betreiben soll und andererseits auch Aufgaben für die gesamte Kinderbetreuung übernehmen soll wie Netzwerkarbeit, die Organisation von Fort- und Weiterbildungen, die Beratung von anderen Dienstleistern oder die Abgabe von Stellungnahmen zur Anerkennung von selbstständigen Tagesmüttern und -vätern.

Schließlich hat der Ausschuss sich über den Dekretentwurf zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen gebeugt. Mit diesem zinslosen Darlehen in Höhe von monatlich 350 Euro hofft man, dem Fachkräftemangel entgegenwirken zu können. Zur potenziellen Zielgruppe des zinslosen Darlehens gehören die Studierenden der Autonomen Hochschule, die Lehrlinge, die einen Ausbildungsvertrag über das IAWM abgeschlossen haben, sowie die Schüler des siebten berufsbildenden Sekundarschuljahrs. Per Abänderungsvorschlag wurde das Darlehenssystem zudem auf die Medizin- und Zahnmedizinstudenten mit Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgeweitet. Das Darlehen muss nicht zurückgezahlt werden, wenn man innerhalb von zehn Jahren nach erfolgreichem Abschluss des Studiums oder der Ausbildung mindestens fünf Jahre lang mindestens halbezeitig in der Deutschsprachigen Gemeinschaft arbeitet.

BÜRGERDIALOG

Auch mit dem Bürgerdialog hat der Ausschuss sich wieder auseinandergesetzt. Im Oktober fand unter der Federführung von Ausschuss III die Abschlusssitzung zu „Inklusion macht Schule“ statt. Die Ausschüsse stellten ihre Schlussfolgerungen zu den einzelnen Empfehlungen der Bürgerversammlung vor, anschließend hatten die Vertreter des Bürgerrats Gelegenheit, ihre Bemerkungen zu machen und Fragen zu stellen.

Am 19. November 2023 hat die vierte Bürgerversammlung Empfehlungen zum Thema „Digitale Teilhabe in Ostbelgien! Wie kann die Politik gewährleisten, dass alle Ostbelgier Zugang zur digitalen Welt haben und sich in ihr zurechtfinden?“ verabschiedet. Ausschuss III hat eine schriftliche Stellungnahme an den federführenden Ausschuss II zur Fokusgruppe 1 – Digitalisierung als Pflichtfach in der Schulbildung und als Recht in der Erwachsenenbildung abgegeben.

Am 3. Juni 2023 hat die fünfte Bürgerversammlung Empfehlungen zum Thema „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostbelgien“ verabschiedet. Ausschuss III wurde wiederum aufgerufen, eine schriftliche Stellungnahme abzugeben, diesmal zu Empfehlungen in den Bereichen „Integration durch

Sprachförderung“, „Integration in der Schule“, „Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“, „Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt“ und „Unterstützung von Helfenden im Bereich Integration“. Diese Stellungnahme wird der Ausschuss zu Beginn der kommenden Sitzungsperiode ausarbeiten.

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES THEMA

Der Ausschuss hat sein gesellschaftspolitisches Thema aus der letzten Legislaturperiode, „Bildungsgerechtigkeit – eine globale Herausforderung“, mit einer Veröffentlichung in der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu einem Abschluss gebracht. Teil dieser Veröffentlichung ist übrigens eine Studie zu Hausaufgaben und bezahlter Nachhilfe, die der Regierung den Weg dafür geebnet hat, einen rechtlichen Rahmen für Hausaufgaben zu schaffen.

Ferner hat der Ausschuss am neuen gesellschaftspolitischen Thema „Frühkindliche Bildung“ weitergearbeitet. Dazu hat zunächst Professor Michel Vandenbrouck von der Universität Gent die theoretischen Grundlagen der frühkindlichen Bildung und des flämischen Projekts MeMoQ (Messung und Monitoring der Qualität in der Kinderbetreuung für Säuglinge und Kleinkinder) vorgestellt, außerdem hat Dr. Diederik Vancoppenolle von der flämischen Agentur Opgroeien den aus dem Projekt MeMoQ entstandenen pädagogischen Rahmenplan für die Kleinkindbetreuung, das Monitoringinstrument für die Qualität der Kinderbetreuung, das wissenschaftliche Messinstrument zur Kartierung der Qualität und das Selbstevaluierungsinstrument für die Betreuungseinrichtungen in Flandern vorgestellt.

Außerdem wurde Professor Bernhard Kalicki vom Deutschen Jugendinstitut e. V. zur Entwicklung der Kinderbetreuung in Deutschland und zu den Auswirkungen auf die gestiegene Erwerbsbeteiligung von Müttern angehört. Er hat u. a. aufgezeigt, wie die Strukturqualität (Gruppengrößen, Betreuungsschlüssel, Erzieherausbildung) und die Orientierungsqualität (Auffassungen über Bildung und Erziehung) auf die Prozessqualität (die Bildung, Betreuung und Erziehung) wirken. Die Prozessqualität wiederum hat einen starken Effekt auf den kindlichen Bildungs- und Entwicklungsstand (Sprache, Kognition, sozio-emotionale, motorische Entwicklung, Alltagsfertigkeiten, Gesundheit).

WELTLEHRERTAG

Wie schon in den Jahren 2016 bis 2018 hat der Ausschuss 2022 noch mal gemeinsam mit der Autonomen Hochschule eine Veranstaltung anlässlich des jährlich am 5. Oktober begangenen Weltlehrertags organisiert. Thema war „Feedbackkultur im Unterricht: voneinander lernen“. Dazu gab es Referate von Dozenten der Autonomen Hochschule, in denen der Stellenwert von Feedback und Reflexion bei der Erstausbildung beleuchtet wurde. Außerdem berichtete der Leiter der Johann-Peter-Hebel-Grundschule Tiengen, wie Feedback und Feedforward in der Praxis an seiner Schule gelebt wird. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch einen Austausch mit dem Publikum.

ANHÖRUNGEN, PRÄSENTATIONEN UND BESUCHE

Im Ausschuss sind daneben wie immer einige Projekte und Berichte vorgestellt worden. Dazu gehören die Ergebnisse der Testung der Französischkenntnisse (DELF), die das Institut Supérieur des Langues Vivantes der Universität Lüttich jedes Jahr bei allen Schülern des sechsten Primarschuljahrs (Niveau A2), des sechsten bzw. siebten Sekundarschuljahrs (Niveau B1 bzw. B2) und des dritten Lehrjahrs (Niveau B1) durchführt.

Im September wurden die Ergebnisse des Schuljahrs 2020-2021 vorgestellt, die allgemeine Bestehensquote lag bei 78,26 %. Im Juni konnten schon die Ergebnisse des Schuljahrs 2021-2022 vorgestellt werden, es konnte eine Verbesserung der allgemeinen Bestehensquote auf 83,36 % vermeldet werden.

Im Herbst hat der Ausschuss der Kinderkrippe Hergenrath einen Besuch abgestattet, die im Mai 2019 neu eröffnet wurde. Nach der Vorstellung der pädagogischen Grundlagen erfolgte ein Rundgang durch das moderne und lichtdurchflutete Gebäude, bei dem die Ausschussmitglieder einen Blick auf die Betreuungs- und Schlafräume, die Spielecken, die Wickelstellen, die professionelle Küche und weitere Räumlichkeiten werfen konnten.

Ebenfalls vorgestellt wurden das neue Schulverwaltungsprogramm Skolengo sowie das Konzept für die IT-Ausstattung im Unterrichtswesen. Die Vertreter der externen Evaluation haben ihre Aufgaben und den Tätigkeitsbericht der Jahre 2016-2021 vorgestellt, das Ministerium hat den gesetzlichen Rahmen für die Kosten des Schulbesuchs erläutert und Auskunft darüber gegeben, was von den Primar- und Sekundarschulen weiterhin in Rechnung gestellt werden darf und was nicht. Das ZAWM stellte das Projekt BIDA – Berufliche



Besuch der Kinderkrippe Hergenrath

Integration durch Ausbildungsbegleitung in der dualen Ausbildung – vor, bei dem es darum geht, Lehrvertragsbrüchen vorzubeugen. Dann wurde das Programm KomAn zur Validierung von nicht-formal und informell erworbenen Kompetenzen vorgestellt und der Rat für Erwachsenenbildung stellte seinen Tätigkeitsbericht des Jahres 2022 vor. Schließlich wurde der Ausschuss dazu aufgefordert, eine schriftliche Stellungnahme zur Umsetzung der Empfehlungen des Corona-Sonderausschusses an Ausschuss IV abzugeben.

Tätigkeiten von Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung in der Sitzungsperiode 2022-2023

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 16. Dezember 2021 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 – Dokument 5-2-HH2022 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023 – Dokument 4-HH2023 (2022-2023)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2022 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023 – Dokument 5-1-HH2023 (2022-2023)

Haushaltsplan 2022/2023 und Tätigkeitsbericht 2021/2022 des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen – Kaleido Ostbelgien

Haushaltsplan 2022/2023 und Tätigkeitsbericht 2021/2022 des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung „Service und Logistik“

Haushaltsplan 2022/2023 und Tätigkeitsbericht 2021/2022 der Autonomen Hochschule Ostbelgien

Haushaltsplan 2022/2023 und Tätigkeitsbericht 2021/2022 des IAWM

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Beschlussvorschlag zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der AGORA VoG für den Zeitraum 2022-2026 – Dokument 224 (2021-2022)

Programmdekretvorschlag 2022 – Dokument 233 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Zustimmung zum Vertrag über die automatische Anerkennung von Hochschulqualifikationen, geschehen zu Brüssel am 14. September 2021 – Dokument 246 (2022-2023)

Dekretentwurf über Maßnahmen zur Stärkung des Wohlbefindens des Personals im Unterrichtswesen – Dokument 256 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen – Dokument 264 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen – Dokument 266 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung – Dokument 269 (2022-2023)

Dekretentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2023 – Dokument 273 (2022-2023)

Sonderdekretentwurf zur Abänderung des Sonderdekrets vom 20. Januar 2014 zur Gründung eines Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen – Dokument 275 (2022-2023)

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES THEMA

Band 18 der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bildungsgerechtigkeit – eine globale Herausforderung, Eupen, 2023

Anhörung des Deutschen Jugendinstituts e.V. zu Fragen der frühkindlichen Bildung und der Kindertagesbetreuung

Anhörung von Experten der Universität Gent und von Opgroeien zur Stärkung der pädagogischen Funktion der Kleinkindbetreuung in Flandern

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 15. Mai 2021 zum Thema „Inklusion macht Schule. Welche Veränderungen brauchen wir im Bildungsbereich, damit Inklusion ein Gewinn für alle wird?“ – Dokument 155 (2020-2021)

- Abschlussitzung und Schlussfolgerungen des Ausschusses

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 19. November 2022 zum Thema „Digitale Teilhabe in Ostbelgien! Wie kann die Politik gewährleisten, dass alle Ostbelgier Zugang zur digitalen Welt haben und sich in ihr zurechtfinden?“ – Dokument 240 (2022-2023)

- Stellungnahme zu Fokus 1 an Ausschuss II

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 3. Juni 2023 zum Thema „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostbelgien“ – Dokument 277 (2022-2023)

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Vorstellung der DELF-Ergebnisse des Schuljahrs 2020-2021 – Dokument 226 (2022-2023)

Besuch der Kinderkrippe Hergenrath

Anhörung zum IT-Konzept für das Unterrichtswesen – Dokument 230 (2022-2023)

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlamentes an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Berichterstattungsaufträge – November 2022 – Dokument 36 (2022-2023)

Vorstellung des Projekts „Berufliche Integration durch

Ausbildungsbegleitung in der dualen Ausbildung“ – Dokument 243 (2022-2023)

Vorstellung des Jahresberichts 2016-2021 der Externen Evaluation in Ostbelgien: Impulse für die Weiterentwicklung von Schule der externen Evaluation – Dokument 257 (2022-2023)

Anhörung zu den Schulbesuchskosten

Stellungnahme an Ausschuss II zu den Empfehlungen 1 und 4 des Jugendparlaments 2023 an die Politik zum Thema „Jugend und Arbeit“

Vorstellung der DELF-Ergebnisse des Schuljahrs 2021-2022 – Dokument 226 (2022-2023)

Vorstellung des Programms „KomAn“ – Validierung von nicht-formal und informell erworbenen Kompetenzen in Ostbelgien – Dokument 282 (2022-2023)

Anhörung des Rates für Erwachsenenbildung zum Tätigkeitsbericht 2022 – Dokument 281 (2022-2023)

Beschluss zur Einsetzung eines Sonderausschusses zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie und der Folgen der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 90 (2021-2022)

AUSSCHUSS IV

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Mitglieder

Vorsitzende: Jolyn HUPPERTZ (CSP)		
Vizevorsitzender: Diana STIEL (VIVANT)		
Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder	Beratende Mandatare
Für ProDG: Freddy CREMER José GROMMES Liesa SCHOLZEN	Für ProDG: Kathy ELSEN Lisa GÖBBELS Raymond HEINERS	
Für die CSP: Sandra HOUBEN-MEESSEN Jolyn HUPPERTZ	Für die CSP: Colin KRAFT Robert NELLES	Für die CSP: Jacques SCHROBILTGEN
Für die SP: Karl-Heinz LAMBERTZ	Für die SP: Charles SERVATY	
Für VIVANT: Diana STIEL	Für VIVANT: Michael BALTER	
Für ECOLO: Inga VOSS-WERDING	Für ECOLO: Freddy MOCKEL	
Für die PFF: Gregor FRECHES	Für die PFF: Shayne PIRONT	

Rückblick

Im Herbst 2022 hat sich der Ausschuss mit den klassischen Beratungen zur Anpassung des Haushalts 2022 und Festlegung des Haushalts 2023 befasst. Daneben hat er sich mit mehreren Dekretentwürfen und -vorschlägen auseinandergesetzt.

So hat der Ausschuss den Dekretentwurf zur Schaffung eines Beirats für Menschen mit Unterstützungsbedarf bearbeitet und verabschiedet. Im Rahmen dieser Beratungen hörte er eine Delegation der von der Regierung einberufenen Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern des „Kleinen Forums“, des Kommunalen Behindertenbeirats Kelmis sowie den zur Erarbeitung des Konzepts des Beirats hinzugezogenen Moderator an.

Der Ausschuss hat sich zudem über einen weiteren Dekretentwurf zur Schaffung eines Beirats gebeugt. Der Dekretentwurf zielt auf die Schaffung eines einzigen Beirats für Gesundheit ab, der sowohl die Bereiche Gesundheitsförderung als auch Gesundheitsversorgung umfasst. Zu diesem Zweck hörte der Ausschuss den bereits bestehenden Beirat für Gesundheitsförderung sowie den Krankenhausbeirat an.

Im März 2023 befasste sich der Ausschuss außerdem mit der nationalen Zusammenarbeit im Bereich der Familienleistungen. Zuvor hatten die Deutschsprachige Gemeinschaft zusammen mit drei weiteren Gebietskörperschaften die VoG Orint gegründet, ein Interregionales Organ zur Koordination der Zusammenarbeit. Nachdem die Flämische Gemeinschaft sich am 1. Januar 2022 aus der VoG zurückgezogen hatte, beriet der Ausschuss zwei Dekretentwürfe, die die weitere Zusammenarbeit festlegen.

Einige Artikel des Programmdekretvorschlags 2022 betrafen die Zuständigkeiten von Ausschuss IV. U. a. beriet der Ausschuss über Anpassungen in den Bereichen personenbezogenen Angelegenheiten sowie Infrastruktur von Wohn- und Pflegezentren für Senioren.

Mit dem Thema Wohn- und Pflegezentren für Senioren befasste der Ausschuss sich eingehender. Im ersten Halbjahr 2023 besuchte er mehrere Wohn- und Pflegezentren, um sich ein Bild der unterschiedlichen Unterbringungsmöglichkeiten und Pflegekonzepte zu machen.

Des Weiteren hat der Ausschuss alle Wohn- und Pflegezentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu einer Anhörung eingeladen, um das Dekret vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege zu evaluieren. Zu diesem Zweck hatte er zuvor einen Fragebogen ausgearbeitet, der den Wohn- und Pflegezentren zugeschickt wurde. Die Anhörung wird voraussichtlich zu Beginn der nächsten Sitzungsperiode stattfinden.

Ähnlich hatte der Ausschuss im Januar 2023 die öffentlichen Sozialhilfzentren (ÖSHZ) zu einer Anhörung eingeladen, um Einblicke in die aktuellen Entwicklungen und anstehenden Herausforderungen seit der letzten Anhörung im Jahr 2020 zu erhalten. Die Erläuterungen bezogen sich auf allgemeine Fragen, Beihilfen und Armutsbekämpfung, Beschäftigung und sozial-berufliche Integration, Migration und Flüchtlingsaufnahme, Schuldnerberatung sowie die Auswirkungen der Coronapandemie.

In dieser Sitzungsperiode beschäftigte die Coronapandemie den Ausschuss auch weiterhin. U. a. befürwortete er einen Vorschlag zur Aufhebung der in einem Dekret festgelegten Bestimmungen und Verweise zur Test- und Isolationspflicht bei COVID-19-Infizierten in der allgemeinen Bevölkerung und der damit zusammenhängenden Sanktionen.

Die Coronapandemie hat auch deutlich gemacht, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft den Aufgaben zur Bekämpfung der Ausbreitung von ansteckenden Krankheiten, so wie sie im Dekret vom 1. Mai 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention definiert sind, bei epidemischen oder pandemischen Situationen besser gerecht werden könnte. Deshalb befürwortete der Ausschuss im Herbst 2022 einen Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2022 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention, der die Einsetzung einer Hygieneinspektion mit zu bestellenden Hygieneinspektoren im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft festlegt.

Außerdem wurde der Ausschuss damit beauftragt, die Umsetzung der Empfehlungen des Corona-Sonderausschusses zu evaluieren. Dazu hat er bisher die Stellungnahmen der anderen Ausschüsse eingeholt und den Austausch mit der Regierung über die ihn betreffenden Empfehlungen begonnen. Die Arbeiten werden in der kommenden Sitzungsperiode fortgesetzt.

Der Ausschuss nahm auch die Beratungen über einen Resolutionsvorschlag an das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, den Rat der Europäischen Union, die föderale Abgeordnetenkammer, den Senat, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Aufarbeitung und Evaluierung der Legitimitätsfrage der Maßnahmen zur Coronapandemie und zum Umgang mit etwaigen künftigen Pandemien auf.

Er hat sich außerdem mit einem weiteren Resolutionsvorschlag zur Verbesserung der Diagnose, Behandlung und Erforschung von Endometriose sowie zur Förderung eines stärkeren Bewusstseins für diese Erkrankung auf gemeinschaftlicher und föderaler Ebene befasst. Der Ausschuss lehnte den Resolutionsvorschlag mit der Begründung ab, dass Endometriose zwar ein bedeutendes Thema sei, man jedoch das gesamte Thema breiter fassen sollte, mit dem Fokus auf weitere medizinische Themen, von denen auch große Bevölkerungsgruppen betroffen seien.

Nachdem der Ausschuss in der vorherigen Sitzungsperiode mehrere Anhörungen zu seinem gesellschaftspolitischen Thema „Multiple Problemsituationen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen und ihre Auswirkungen auf die Ausbildung sowie die soziale und berufliche Integration“ abgehalten hat, beschloss er im Juni 2023, das Thema abzuschließen.

In dieser Sitzungsperiode hat sich der Ausschuss zudem erneut mit Empfehlungen des Bürgerdialogs befasst. Im November 2022 stellte die vierte Bürgerversammlung ihre Empfehlungen zum Thema „Digitale Teilhabe in Ostbelgien! Wie kann die Politik gewährleisten, dass alle Ostbelgier Zugang zur digitalen Welt haben und sich in ihr zurechtfinden?“ vor. Daraufhin bereitete er seine Stellungnahme zu den ihm zur Beratung zugewiesenen Empfehlungen vor. Zudem wurde dem Ausschuss die Federführung bei der Bearbeitung der Empfehlungen der fünften Bürgerversammlung zum Thema

„Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostbelgien“, die im Juni 2023 überreicht wurden, zugewiesen. Die weiteren Beratungen werden ab September 2023 stattfinden.

Im Januar 2023 stellte das Interföderale Zentrum für Chancengleichheit Unia im Rahmen einer Sitzung aller Ausschüsse unter Federführung von Ausschuss IV seinen Jahresbericht 2020 „Möglichkeiten schaffen“ vor.

Im Februar 2023 hörte der Ausschuss die Konzertierte Plattform der Krankenkassen an. Die ostbelgischen Krankenkassen erläuterten ihre Bedenken zum Dekret über das Pflegegeld für Senioren, das in der vorherigen Sitzungsperiode verabschiedet worden war, und sprachen sich für die Überarbeitung des Dekrets aus.

Tätigkeiten von Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales in der Sitzungsperiode 2022-2023

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 16. Dezember 2021 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 – Dokument 5-2-HH2022 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023 – Dokument 4-HH2023 (2022-2023)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2022 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023 – Dokument 5-1-HH2023 (2022-2023)

Haushaltsplan der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben für das Jahr 2023

Jahresberichte des Entschuldungsfonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft 2020 und 2021 – Dokumente 39 (2021-2022) Nrn. 3 und 4

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Dekretentwurf zur Schaffung eines Beirats für Menschen mit Unterstützungsbedarf – Dokument 225 (2021-2022)

Dekretentwurf zur Schaffung eines Beirats für Gesundheit – Dokument 228 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention – Dokument 229 (2022-2023)

Programmdekretvorschlag 2022 – Dokument 233 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 24. Dezember 2021 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften im Bereich der Familienleistungen – Dokument 253 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 29. August 2022 zwischen der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich des Interregionalen Organs für die Familienleistungen – Dokument 254 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 10. März 2023 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission in Bezug auf die gemeinsame Verarbeitung von Daten durch Sciensano und die von den zuständigen föderierten Teilgebieten oder von den zuständigen Agenturen bestimmten Kontaktzentren, Gesundheitsinspektionsdienste und mobilen Teams im Rahmen einer Kontaktermittlung bei (vermutlich) mit dem Coronavirus COVID-19 infizierten Personen

auf der Grundlage einer Datenbank bei Sciensano – Dokument 258 (2022-2023)

Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention - Dokument 270 (2022-2023)

Dekretentwurf über die Jugendhilfe und den Jugendschutz - Dokument 284 (2022-2023)

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

Beschlussvorschlag zur Genehmigung [des dritten Nachtrags zum Beschluss vom 25. Januar 2021 zur Genehmigung] des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der VoG Soziale Integration und Alltagshilfe (S.I.A.) (2021-2024) – Dokument 114 (2022-2023)

RESOLUTIONEN

Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Verbesserung der Diagnose, Behandlung und Erforschung von Endometriose sowie zur Förderung eines stärkeren Bewusstseins für diese Erkrankung – Dokument 236 (2022-2023)

Resolutionsvorschlag an das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, den Rat der Europäischen Union, die föderale Abgeordnetenversammlung, den Senat, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Aufarbeitung und Evaluierung der Legitimitätsfrage der Maßnahmen zur Coronapandemie und zum Umgang mit etwaigen zukünftigen Pandemien – Dokument 265 (2022-2023)

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES THEMA

Multiple Problemsituationen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen und ihre Auswirkungen auf die soziale und berufliche Integration

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 15. Mai 2021 zum Thema „Inklusion macht Schule“ – Dokument 155 (2020-2021)

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 19. November 2022 zum Thema „Digitale Teilhabe in Ostbelgien! Wie kann die Politik gewährleisten, dass alle Ostbelgier Zugang zur digitalen Welt haben und sich in ihr zurechtfinden?“ – Dokument 240 (2022-2023)

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 3. Juni 2023 zum Thema „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostbelgien“ – Dokument 277 (2022-2023)

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Anhörung des Kleinen Forums (ABH, HOB, UVIB) zur Umsetzung des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets

Anhörung des „Kleinen Forums“, des Kommunalen Behindertenbeirats Kelmis sowie des in die Erarbeitung des Dokuments einbezogenen Moderators zum Dekretentwurf zur Schaffung eines Beirats für Menschen mit Unterstützungsbedarf – Dokument 225 (2021-2022)

Anhörung des Beirats für Gesundheitsförderung und des Krankenhausbeirats zum Dekretentwurf zur Schaffung eines Beirats für Gesundheit – Dokument 228 (2022-2023)

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlamentes an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekreterale Berichterstattungsaufträge – November 2022 – Dokument 36 (2022-2023)

Anhörung der öffentlichen Sozialhilfezentren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu aktuellen Entwicklungen und anstehenden Herausforderungen – Dokument 268 (2022-2023)

Vorstellung des Jahresberichts 2021 des Interföderalen Zentrums für Chancengleichheit UNIA „Möglichkeiten schaffen“ – Dokument 42 (2022-2023) Nr. 4

Anhörung der Konzertierungsplattform der Krankenkassen zum Dekret vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld – Dokument 263 (2022-2023)

Anhörung der Vereinigung IAMBIC (International Academy Maintaining the Best Interest of the Child)

Besuch des AWO Seniorenzentrums Süssendell in Stolberg-Mausbach

Besuch des Seniorendorfhauses Schönberg

Besuch der Seniorenresidenz „Leoni“ Kelmis

Evaluation der Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie und der Folgen der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft



Am 29. März 2023 besuchte der Ausschuss IV das Demenzdorf in Stolberg

AUSSCHUSS V

Ausschuss zur Kontrolle der öffentlichen Mitteilungen und der Wahlausgaben sowie betreffend die Erklärungsspflichten in Bezug auf Mandate und Patrimonien

Mitglieder

Vorsitzender: Charles SERVATY (SP)	
Vizevorsitzende: Freddy CREMER (ProDG)	
Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder
Für ProDG: Freddy CREMER Raymond HEINERS Liesa SCHOLZEN	Für ProDG: Kathy ELSEN Lisa GÖBBELS José GROMMES
Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Colin KRAFT	Für die CSP: Robert NELLES Stephanie PAUELS
Für die SP: Charles SERVATY	Für die SP: Karl-Heinz LAMBERTZ
Für VIVANT: Michael BALTER	Für VIVANT: Alain MERTES
Für ECOLO: Freddy MOCKEL	Für ECOLO: Andreas JERUSALEM
Für die PFF: Shayne PIRONT	Für die PFF: Gregor FRECHES

Rückblick

Der Ausschuss hat in der Sitzungsperiode 2022-2023 nicht getagt.





Abstimmung während einer Plenarsitzung

ARBEIT IM PLENUM

Die gesetzgeberische Tätigkeit ist die Kernaufgabe des Parlaments, die sich im Wesentlichen in der Verabschiedung von sogenannten „Dekreten“ niederschlägt. Dekrete sind Gemeinschaftsgesetze, die ihre Wirkung auf dem Territorium der Deutschsprachigen Gemeinschaft entfalten. Das Parlament legt damit im Rahmen der Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft Regeln fest.

Die Dekretvorlagen, die in den Parlamentsgremien diskutiert werden, sind entweder Dekretentwürfe oder Dekretvorschläge.

Dekretentwürfe werden von der Regierung hinterlegt und enthalten neben dem eigentlichen Text eine Begründung sowie Staatsratsgutachten und andere notwendige Gutachten.

Dekretvorschläge können von einem oder mehreren Abgeordneten eingereicht werden. Auch Dekretvorschläge enthalten eine Begründung. Sie können dem Staatsrat ebenfalls zur Begutachtung vorgelegt werden.

Der Präsident verweist die Dekretentwürfe und Dekretvorschläge an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung und informiert die Plenarversammlung darüber. Die Frage, an welchen Ausschuss ein Dekretentwurf bzw. ein Dekretvorschlag verwiesen werden soll, kann er auch der Plenarversammlung zur Beschlussfassung unterbreiten.

Auf Vorschlag des erweiterten Präsidiums oder des Präsidenten kann die Plenarversammlung ebenfalls beschließen, einen Dekretentwurf oder einen Dekretvorschlag ohne Verweisung an einen Ausschuss direkt in der Plenarversammlung zu behandeln und zu verabschieden, wenn eine Dringlichkeit vorliegt oder eine vorherige Beratung im Ausschuss aufgrund der begrenzten Tragweite des Textes nicht gerechtfertigt ist.

In der Sitzungsperiode 2022-2023 haben insgesamt 15 Plenarsitzungen stattgefunden.

(19.09.2022, 26.09.2022, 17.10.2022, 21.11.2022, 12.12.2022, 13.12.2022, 14.12.2022, 15.12.2022, 30.01.2023, 27.02.2023, 27.03.2023, 24.04.2023, 22.05.2023, 19.06.2023, 26.06.2023)

Dekrete

Die vom Parlament verabschiedeten Dekrete haben Gesetzgebungscharakter auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft. In der Sitzungsperiode 2022-2023 verabschiedete das Parlament insgesamt 34 Dekrete, davon 17 Regeldekrete, 5 Haushaltsdekrete und 12 Dekrete zur Zustimmung zu internationalen Abkommen und zur Billigung innerbelgischer Vereinbarungen.

REGELDEKRETE:

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
21.11.2022	187	Dekret zur Abänderung des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung und des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur
21.11.2022	225	Dekret zur Schaffung eines Beirats für Menschen mit Beeinträchtigung
14.12.2022	229	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention
15.12.2022	233	Programmdekret 2022
27.02.2023	228	Dekret zur Schaffung eines Beirats für Gesundheit
27.02.2023	242	Dekret zur Förderung der außerschulischen kulturellen Bildung
27.03.2023	245	Dekret über die Kontrolle und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Bereich der Beschäftigungspolitik
24.04.2023	256	Dekret über Maßnahmen zur Stärkung des Wohlbefindens des Personals im Unterrichtswesen
22.05.2023	259	Dekret über die bedarfsgelieferte Arbeitsvermittlung
22.05.2023	264	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen
22.05.2023	267	Dekret zur Förderung des Journalismus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
22.05.2023	269	Dekret zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung
22.05.2023	270	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention
26.06.2023	266	Dekret zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen
26.06.2023	273	Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen, in der Ausbildung, in der Erwachsenenbildung und zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung 2023
26.06.2023	275	Sonderdekret zur Abänderung des Sonderdekrets vom 20. Januar 2014 zur Gründung eines Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen
26.06.2023	279	Sonderdekret zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft

HAUSHALTSDEKRETE:

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
15.12.2022	5-3-HH2021	Dekret zur dritten Anpassung des Dekrets vom 10. Dezember 2020 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2021
15.12.2022	6-HH2021	Dekret zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2021
15.12.2022	5-2-HH2022	Dekret zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 16. Dezember 2021 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022

15.12.2022	4-HH2023	Dekret zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023
19.06.2023	5-1-HH2023	Dekret zur ersten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2022 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023

ZUSTIMMUNGS- UND BILLIGUNGSDEKRETE:

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
12.12.2022	235	Dekret zur Zustimmung zu dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Singapur andererseits, geschehen zu Brüssel am 19. Oktober 2018
14.12.2022	244	Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen der Regierung des Königreichs Belgien, der Regierung der Flämischen Gemeinschaft, der Regierung der Französischen Gemeinschaft, der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Regierung der Flämischen Region, der Regierung der Wallonischen Region, der Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt und der Regierung der Französischen Republik über die Leichenbeförderung über Land, geschehen zu Paris am 9. März 2020
30.01.2023	247	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 19. Dezember 2022 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Flämischen Region, der Wallonischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Nutzung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit
27.02.2023	246	Dekret zur Zustimmung zum Vertrag über die automatische Anerkennung von Hochschulqualifikationen, geschehen zu Brüssel am 14. September 2021
27.02.2023	250	Dekret zur Zustimmung zum Übereinkommen Nr. 190 über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt, angenommen durch die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation zu ihrer hundertachten Tagung zu Genf am 21. Juni 2019
27.02.2023	251	Dekret zur Zustimmung zum Übereinkommen Nr. 131 über die Festsetzung von Mindestlöhnen, besonders unter Berücksichtigung der Entwicklungsländer, angenommen durch die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation zu ihrer vierundfünfzigsten Tagung zu Genf am 22. Juni 1970
27.03.2023	253	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 24. Dezember 2021 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften im Bereich der Familienleistungen
27.03.2023	254	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 29. August 2022 zwischen der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich des Interregionalen Organs für die Familienleistungen
27.03.2023	258	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 10. März 2023 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission in Bezug auf die gemeinsame Verarbeitung von Daten durch Sciensano und die von den zuständigen föderierten Teilgebieten oder von den zuständigen Agenturen bestimmten Kontaktzentren, Gesundheitsinspektionsdienste und mobilen Teams im Rahmen einer Kontaktermittlung bei (vermutlich) mit dem Coronavirus COVID-19 infizierten Personen auf der Grundlage einer Datenbank bei Sciensano
24.04.2023	252	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 30. November 2022 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Region, der Wallonischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaftskommission, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Einführung eines Mechanismus zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen
24.04.2023	255	Dekret zur Zustimmung zum Zusatzprotokoll zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung über das Recht auf Mitwirkung an den Angelegenheiten der kommunalen Gebietskörperschaften, geschehen zu Utrecht am 16. November 2009
24.04.2023	262	Dekret zur Zustimmung zum Übereinkommen Nr. 188 über die Arbeit im Fischereisektor, angenommen durch die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation zu ihrer sechsundneunzigsten Tagung zu Genf am 14. Juni 2007

Beschlüsse

Zusätzlich zu den Dekreten trifft das Parlament weitere Beschlüsse ohne Gesetzescharakter. Es handelt sich dabei meist um die Bezeichnung von Mandatsträgern, um Zustimmungen zu Geschäftsführungsverträgen der Regierung mit verschiedenen Einrichtungen oder um die Organisation der internen Arbeitsweise.

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
19.09.2022	227	Beschluss zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 5. Juli 2022 zwischen der Föderalbehörde, den Regionen und den Gemeinschaften bezüglich der Zusammensetzung der belgischen Delegation in der Interparlamentarischen Versammlung Benelux
17.10.2022	224	Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der AGORA VoG (2022-2026)
17.10.2022	231	Beschluss zur Ermächtigung des Ausschusses I für allgemeine Politik, lokale Behörden, Raumordnung, Wohnungswesen, Energie, nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Zusammenarbeit, im Namen des Parlaments eine Resolution zur COP27-Klimakonferenz in Sharm El-Sheikh im November 2022 zu verabschieden
30.01.2023	11	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 17. Juni 2019 zur Wahl des Präsidiums des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Legislaturperiode 2019-2024
30.01.2023	12	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 17. Juni 2019 zur Wahl des Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Legislaturperiode 2019-2024
30.01.2023	15	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 17. Juni 2019 zur Bezeichnung der Vertreter des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Interregionalen Parlamentarier-Rat der Großregion für die Legislaturperiode 2019-2024
30.01.2023	27	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 14. Oktober 2019 zur Bezeichnung der Mitglieder des Verwaltungsrats des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft
30.01.2023	234	Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft (2023-2027)
30.01.2023	237	Beschluss zur Genehmigung des Aktionsplans zum 3. Jugendstrategieplan
30.01.2023	248	Beschluss des Parlaments zur Erneuerung des Mandats von Frau Marlene Hardt als Ombudsperson der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Zeitraum vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2029
22.05.2023	114	Beschluss zur Genehmigung des dritten Nachtrags zum Beschluss vom 25. Januar 2021 zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der VoG Soziale Integration und Alltagshilfe (S.I.A.) (2021-2024)
22.05.2023	271	Beschluss zur Abänderung des Parlamentsbeschlusses vom 25. Mai 2009 über das Statut der Personalmitglieder der Parlamentsverwaltung im Hinblick auf die Aufwertung von Abschlüssen der dualen Ausbildung bei der Anwerbung und Beschäftigung von Personalmitgliedern
22.05.2023	272	Beschluss zur Abänderung des Parlamentsbeschlusses vom 25. Juni 1985 zur Pensionsregelung der Parlamentsmitglieder der Deutschsprachigen Gemeinschaft
19.06.2023	278	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 30. Mai 2016 zur Neufassung der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Resolutionen

Neben Dekreten und Beschlüssen verabschiedet das Plenum auch Resolutionen. Eine Resolution ist ein Aufruf an bestimmte Instanzen (Regierung, Föderalregierung, Europäische Kommission usw.) in bestimmten Bereichen, in denen das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht selbst handeln kann, für die aber ein berechtigtes Interesse besteht, aktiv zu werden.

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
22.05.2023	199	Resolution an die föderale Abgeordnetenversammlung, die Föderalregierung, das Parlament der Wallonischen Region, die Regierung der Wallonischen Region und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Steuerbegünstigungen bei Eigentumserwerb
19.06.2023	202	Resolution an die Föderalregierung, die Regierung der Wallonischen Region und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Senkung der Energiekosten, zur Bekämpfung der Energiearmut und zur Stärkung der Kaufkraft für die belgischen Haushalte

Gutachten

Föderale Gesetzesinitiativen zum Autonomiestatut der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zum Sprachgebrauch in Verwaltungsangelegenheiten im deutschen Sprachgebiet müssen dem PDG zur Begutachtung vorgelegt werden.

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
12.12.2022	239	Begründetes Gutachten zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft in Bezug auf die Beendigung des parlamentarischen Mandats durch Rücktritt
26.06.2023	276	Begründetes Gutachten zum Gesetzesvorentwurf zur Regelung des Sprachgebrauchs bezüglich des Überprüfungsmechanismus festgelegt im Zusammenarbeitsabkommen vom 30. November 2022 zur Einführung eines Mechanismus zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen

Themendebatten

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist auch ein Meinungsforum für politische Debatten. In den Ausschüssen und in der Plenarsitzung ist es grundsätzlich und unter Voraussetzung bestimmter Bedingungen möglich, über die Dekret- und Beschlussvorlagen hinaus, weitere Angelegenheiten zu behandeln oder Themendebatten zu führen.

In der Sitzungsperiode 2022-2023 hat keine Themendebatte stattgefunden.

Petitionen

Grundsätzlich kann sich jeder Bürger, einzeln oder zu mehreren, an das Parlament wenden, um eine Bitte oder eine Beschwerde vorzubringen. Petitionen sind in schriftlicher Form einzureichen und werden an den Parlamentspräsidenten gerichtet.

Das Präsidium und die Plenarversammlung werden über eingetroffene Petitionen informiert. Die Petition wird im zuständigen Fachausschuss behandelt und der oder die Unterzeichner werden dort angehört. Der Unterzeichner wird über die Schlussfolgerungen und weitere Schritte informiert.

In der Sitzungsperiode 2022-2023 wurde keine Petition eingereicht.

BEZIEHUNGEN ZUR REGIERUNG

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht auch in der Legislaturperiode 2019-2024 aus vier Mitgliedern.

Der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören folgende Mitglieder an:

- **Oliver Paasch**, Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen
- **Antonios Antoniadis**, Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
- **Isabelle Weykmans**, Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
- **Lydia Klinkenberg**, Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

In einer parlamentarischen Demokratie spielen die Regierung (Exekutive) und das Parlament als Volksvertretung (Legislative) eine wichtige Rolle. Beide Einrichtungen erfüllen ihre Aufgaben, wobei sie keine Gegner sind, sondern Hand in Hand arbeiten.

Eine wichtige Aufgabe des Parlaments ist die Regierungskontrolle, bei der die Arbeit der Regierung kritisch hinterfragt wird. Hierzu sind verschiedene Instrumente vorgesehen, die in der Geschäftsordnung näher erläutert werden.

Die Mehrzahl der Kontrollinstrumente wird im Rahmen von öffentlichen Ausschusssitzungen angewandt. Die Behandlung zu Beginn der Plenarsitzung ist weiterhin möglich, bildet jedoch die Ausnahme.



Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft



Mündliche Fragen

Bei den mündlichen Fragen unterscheidet man zwischen den Fragen, den dringenden Fragen sowie den aktuellen Fragen in der Plenarversammlung.

Der Abgeordnete stellt einem Regierungsmitglied eine mündliche Frage, um kurze Auskunft über einen präzisen Sachverhalt oder über konkrete Aspekte der Regierungspolitik zu erfragen. Die herkömmliche mündliche Frage muss zwei Arbeitstage vor der Sitzung hinterlegt werden.

Seit der Reform der parlamentarischen Arbeitsweise im Jahr 2016 werden mündliche Fragen in der Regel in den Regierungskontrolلسitzungen der Ausschüsse gestellt.

Im Vergleich zur Frist für mündliche Fragen können dringende mündliche Fragen noch am Tag der Sitzung bis 10 Uhr morgens eingereicht werden. Die Dringlichkeit muss ausreichend begründet sein. Dringende mündliche Fragen können sowohl in der Ausschusssitzung als auch in der Plenarsitzung gestellt werden.

Seit Februar 2020 besteht zu Beginn der Plenarsitzung die Möglichkeit, aktuelle Fragen zu stellen. Diese müssen schriftlich vor 10 Uhr am Tag der Plenarsitzung eingereicht werden. Dabei kann sich der Fragesteller darauf beschränken, das Thema der aktuellen Frage kurz zu umschreiben.

In der Sitzungsperiode 2022-2023 wurden insgesamt 329 mündliche Fragen gestellt.



Einblick in die Regierungskontrolle im Ausschuss III



Schriftliche Fragen

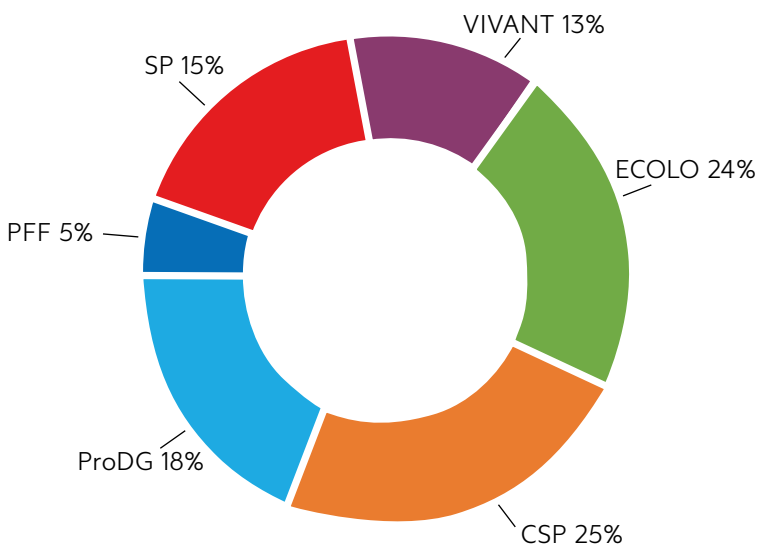
In schriftlichen Fragen fordert der Abgeordnete ein Regierungsmitglied auf, ausführlich Auskunft über einen präzisen Sachverhalt oder konkrete Aspekte der Regierungspolitik zu geben. Das Regierungsmitglied hat in der Regel 21 Arbeitstage Zeit, um seine Antwort ebenfalls schriftlich einzureichen. **In der Sitzungsperiode 2022-2023 wurden 92 schriftliche Fragen gestellt.**



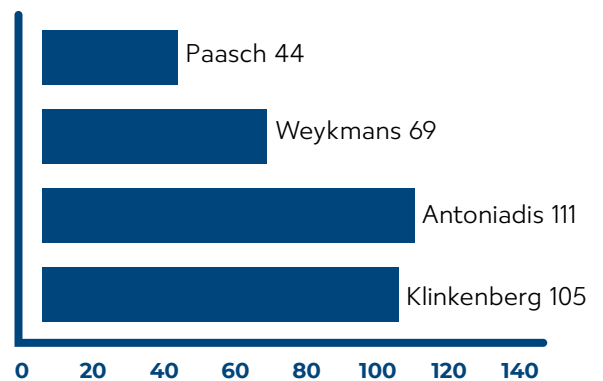
Mündliche Fragen

Fraktion Fragesteller	Fraktion befragter Minister	pro Fraktion	Insgesamt
CSP	Paasch (ProDG)	9	82
	Weykmans (PFF)	2	
	Antoniadis (SP)	30	
	Klinkenberg (ProDG)	41	
ECOLO	Paasch (ProDG)	10	80
	Weykmans (PFF)	15	
	Antoniadis (SP)	29	
	Klinkenberg (ProDG)	26	
PRO DG	Paasch (ProDG)	15	60
	Weykmans (PFF)	10	
	Antoniadis (SP)	16	
	Klinkenberg (ProDG)	19	
PFF	Paasch (ProDG)	1	16
	Weykmans (PFF)	11	
	Antoniadis (SP)	3	
	Klinkenberg (ProDG)	1	
SP	Paasch (ProDG)	6	49
	Weykmans (PFF)	21	
	Antoniadis (SP)	12	
	Klinkenberg (ProDG)	10	
VIVANT	Paasch (ProDG)	3	42
	Weykmans (PFF)	10	
	Antoniadis (SP)	21	
	Klinkenberg (ProDG)	8	
		Total	329

Aufteilung nach Fraktionen



Aufteilung nach befragtem Minister

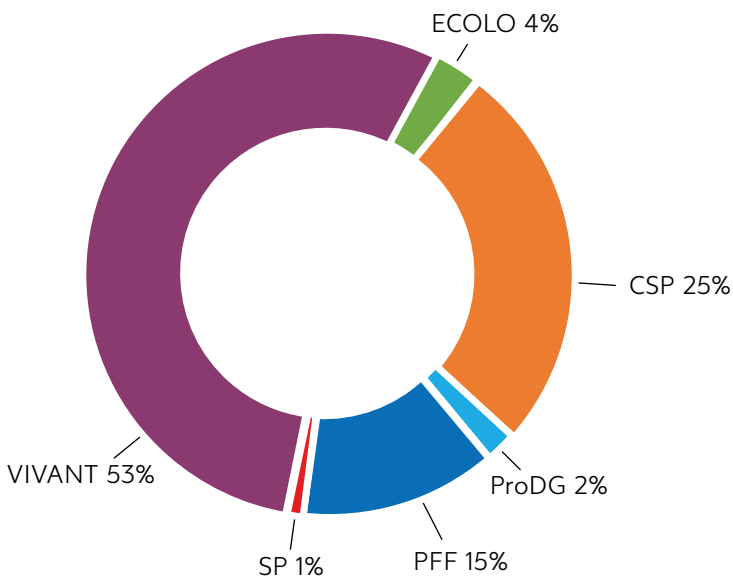




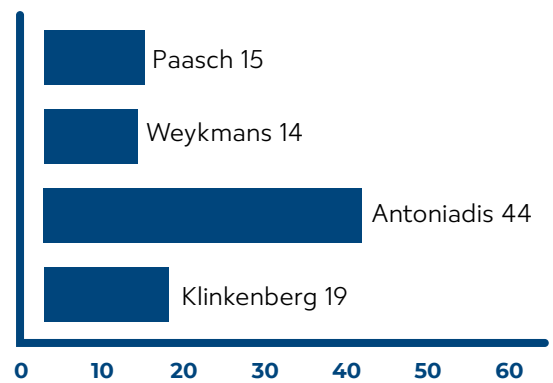
Schriftliche Fragen

Fraktion Fragesteller	Fraktion befragter Minister	pro Fraktion	Insgesamt
CSP	Paasch (ProDG)	6	23
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	15	
	Klinkenberg (ProDG)	2	
ECOLO	Paasch (ProDG)	1	3
	Weykmans (PFF)	1	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	1	
PRO DG	Paasch (ProDG)	0	2
	Weykmans (PFF)	1	
	Antoniadis (SP)	1	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
PFF	Paasch (ProDG)	1	14
	Weykmans (PFF)	3	
	Antoniadis (SP)	4	
	Klinkenberg (ProDG)	6	
SP	Paasch (ProDG)	0	1
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	1	
VIVANT	Paasch (ProDG)	7	49
	Weykmans (PFF)	9	
	Antoniadis (SP)	24	
	Klinkenberg (ProDG)	9	
		Total	92

Aufteilung nach Fraktionen



Aufteilung nach befragtem Minister



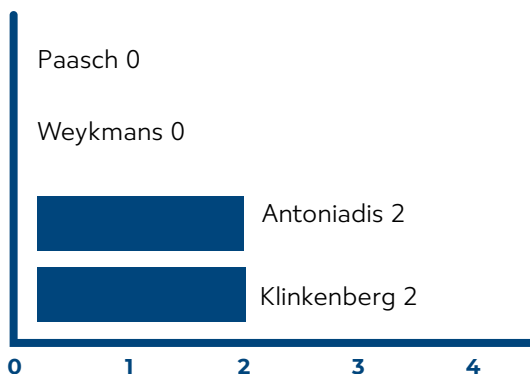
Interpellationen

Durch eine Interpellation fordert ein Abgeordneter ein Regierungsmitglied dazu auf, sich bezüglich einer politischen Handlung oder Unterlassung, eines präzisen Sachverhalts oder konkreter Aspekte der Regierungspolitik zu rechtfertigen. Das Regierungsmitglied hat mindestens fünf Arbeitstage Zeit, um seine Antwort vorzubereiten.

Interpellationen werden in der Regel im zuständigen Ausschuss eingereicht, können aber auch in der Plenarsitzung behandelt werden, wenn mindestens sieben Abgeordnete dies beantragen.

2022-2023 wurden 4 Interpellationen behandelt.

Zuordnung nach Minister



Fraktion Interpellant	Interpellierter Minister	pro Fraktion	Insgesamt
CSP	Paasch (ProDG)	0	
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	1	
	Klinkenberg (ProDG)	0	1
ECOLO	Paasch (ProDG)	0	
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	1	1
PRO DG	Paasch (ProDG)	0	
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	0	0
PFF	Paasch (ProDG)	0	
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	0	0
SP	Paasch (ProDG)	0	
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	0	0
VIVANT	Paasch (ProDG)	0	
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	1	
	Klinkenberg (ProDG)	1	2
		Total	4



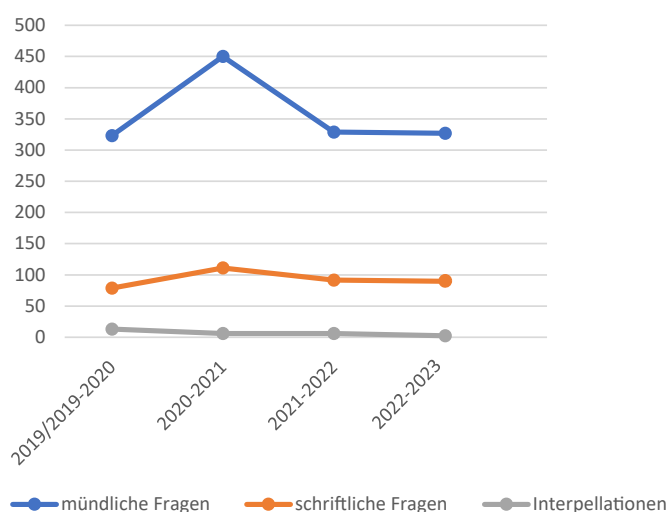
Begründete Anträge

Nachdem ein Regierungsmitglied eine Stellungnahme zu einer Interpellation, einer mündlichen Frage oder einer Debatte in der Plenarsitzung abgegeben hat, hat jeder Abgeordnete das Recht, darauf in Form eines begründeten Antrags zu reagieren.

Mit einem begründeten Antrag billigt oder missbilligt er die Amtsführung der Regierung oder eines ihrer Mitglieder und formuliert Empfehlungen jeglicher Art an die Adresse der Regierung. 2022-2023 sind keine begründeten Anträge behandelt worden.

Entwicklung der Kontrollinstrumente

In den letzten Jahren hat sich die Nutzung der Kontrollinstrumente verändert. Der Vergleich zur vorherigen Legislaturperiode 2014-2019 zeigt deutlich, dass vor allen Dingen die Anzahl der mündlichen Fragen stark gestiegen ist.



Sitzungsperiode	mündliche Fragen	schriftliche Fragen	Interpellationen
2019/2019-2020	323	79	13
2020-2021	450	111	6
2021-2022	330	92	8
2022-2023	329	92	4

Durch die Reform der parlamentarischen Arbeitsweise, die in der neuen Geschäftsordnung des Parlaments verankert ist, ist das Instrument der Fragen stark genutzt worden.

BESUCHER, GÄSTE UND VERANSTALTUNGEN

BESUCHERGRUPPEN

Von Sitzungsperiodenbeginn im September 2022 bis Mitte September 2023 haben circa 2.900 Personen das Parlament besucht. Besonders zahlreich waren die Schüler und Studenten (49 Gruppen und insgesamt circa 1.500 Teilnehmer).

Mehr als ein Drittel dieser Schüler (circa 660) kamen aus Bildungseinrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und haben an verschiedenen, von der Verwaltung angebotenen Programmen zur politischen Bildung teilgenommen.

Von insgesamt 96 Gruppen stammten 75 aus Belgien. Dies stellt eine große Veränderung im Vergleich zu den letzten Jahren dar, in denen die Gruppen hauptsächlich aus Deutschland und den Niederlanden kamen.

GÄSTE

Die Botschafter der europäischen Staaten in Belgien besuchten am 22. November 2022 das Parlament. Themen des Austauschs waren aktuelle europäische Entwicklungen und der Bürgerdialog in Ostbelgien.

Am 23. November 2022 war Jean Rottner, Präsident der Region Grand Est in Frankreich, zu Gast. Rottner, der 2022 ebenfalls den Vorsitz des Gipfels der Großregion innehatte, besuchte die einzelnen Vertreter in den Gremien der Großregion, um den Kontakt zwischen den Partnern zu verstärken. Noch am selben Tag war auch die Präsidentin des saarländischen Landtags in Eupen zu Gast. Heike Becker zeigte sich sehr interessiert an der engen Kooperation in der Großregion und an bilateralen Projekten und gemeinsamen Standpunkten der beiden Parlamente.

Am 9. März 2023 besuchte eine Delegation aus Estland das Parlament. Anlässlich der Einsetzung von Honorarkonsul Wilfried Niessen, dessen Büro in Verviers eröffnet wurde, informierte sich die Delegation über das Statut der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Arbeitsweise des Parlaments.

Am 5. Mai 2023 machte die Deutsch-Belgische Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestags auf ihrer Heimreise von Brüssel auch einen Abstecher ins Parlament. Der Besuch der Parlamentariergruppe unter Vorsitz von Patrick Schnieder ist bereits zur Tradition geworden.



Heike Becker zu Besuch im Parlament



Besuch der Deutsch-Belgischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestags

In der Plenarsitzung vom 26. Juni 2023 stellte Annemie Turtelboom den Jahresbericht 2021 und weitere Berichte des Europäischen Rechnungshofes vor. Die belgische Vertreterin in dem europäischen Gremium ging dabei insbesondere auf die Sonderberichte zum Interreg-Programm und zur Bürgerbeteiligung ein.

Im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens fand am 17. und 18. Juli 2023 das jährliche Treffen der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der deutschsprachigen Länder statt. Thema der Gespräche war die „Politische Bildung in den Parlamenten als Instrument zur Bekämpfung von Desinformation und Fake News“.



Annemie Turtelboom im Plenarsaal

VERANSTALTUNGEN

Die Veranstaltungen in der Sitzungsperiode 2022-2023, die aufgrund der Aufhebung der Corona-Restriktionen wieder an Fahrt aufnahmen, waren zum Teil bereits dem 50-jährigen Jubiläum des Parlaments gewidmet.

Vortragsabend „Den Kirchturm neu denken“ und Ausstellung „Land und Leute – Die Kirche in unserem Dorf“

Auf Initiative des Ausschusses für Kultur, Beschäftigung, Wirtschaftsförderung und ländliche Entwicklung lud das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft am Dienstag, 27. September 2022 zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung rund um das Thema „Erhaltung und Nutzung von Kirchen und Kapellen im ländlichen Raum“ in das Kloster Heidberg ein.

Für die Veranstaltung konnten drei Redner gewonnen werden:

- Jean-François Husson, Dozent an der ULiège und Koordinator des CRAIG (Centre de Recherche en Action publique, Intégration et Gouvernance) warf einen wissenschaftlichen Blick auf die Entwicklungen in Belgien in Sachen (Um-)Nutzung von Kirchengebäuden;
- Jonas Danckers, Mitarbeiter des Flämischen Expertisezentrums für religiöse Kunst und Kultur (PARCUM), berichtete von der Flämischen Politik im Bereich der Kirchengebäude;
- Éric de Beukelaer, Generalvikar des Bistums Lüttich, ging auf die Entwicklung des Projekts 2020 zur Zukunft der Kirchengebäude im Bistum Lüttich ein.

Nach Vorträgen der drei Redner fand eine Diskussionsrunde mit dem Publikum statt.

Eine zum Thema passende Ausstellung der Wüstenrot Stiftung unter dem Titel „Land und Leute – Die Kirche in unserem Dorf“ war bis zum 11. Oktober 2022 in den Räumlichkeiten des Parlaments zu sehen.



Veranstaltung zum Thema „Feedbackkultur im Unterricht: voneinander lernen“

Am Mittwoch, 26. Oktober 2022 organisierte das Parlament in Zusammenarbeit mit der Autonomen Hochschule Ostbelgien eine Veranstaltung im Rahmen des Weltlehrertags. Im Fokus stand das Thema Feedbackkultur im Unterricht. Neben Impulsreferaten von Annick Gördens und Cathérine Mattar (AHS) zur Bedeutung von Wertschätzung und Feedback im schulischen Kontext gaben Dominique Chavet und Thomas Ortman (AHS) einen Einblick in Feedback und Wertschätzung in der berufspraktischen Ausbildung des Lehramtsstudiums an der Autonomen Hochschule Ostbelgien. Auch ein Beispiel aus der Praxis von Frank Intlekofer, Leiter der JPH-Grundschule Tiengen, wurde vorgestellt. Anschließend folgte eine moderierte Diskussion mit den Referenten sowie dem Publikum.



Referentin Cathérine Mattar

Festakt zum Tag der DG in Kelmis am 17. November 2022

Der diesjährige Festakt zum Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft fand in der Patronage in Kelmis statt. Das Parlament greift mit der Organisation des Festakts reihum in den Gemeinden Ostbelgiens eine Initiative aus den Vorjahren wieder auf. Im Rahmenprogramm präsentierte sich die Offene Jugendarbeit in der Gemeinde.

Der Ukraine-Krieg und seine Folgen

Das Parlament lud am 20. November 2022 alle Interessierten zu einer Vortragsmatinee zum Ukraine-Krieg ein. Der Autor Winfried Böttcher stellte bei dieser Gelegenheit sein Buch „Der Ukraine-Krieg und seine Folgen“ vor und analysierte die 22 Jahre Herrschaft Vladimir Putins und die Gründe, die zum Krieg in der Ukraine geführt haben. Er stellte die Frage, ob eine diplomatische Lösung noch möglich und ob der Krieg der Übergang zu einer neuen Weltordnung ist.

Besuch der Sternsinger im Parlament

Anlässlich der 39. Sternsingeraktion in Ostbelgien besuchte eine Sternsingerdelegation aus allen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft das Parlament. Das diesjährige Motto der Sternsingeraktion lautete „Kinder stärken, Kinder schützen – in Indonesien und weltweit“.



Die ostbelgischen Sternsinger im Parlament

Empfang der Alten Weiber – Karneval 2023

Nach einer coronabedingten Zwangspause fand im Februar 2023 wieder der Empfang der Alten Weiber statt, diesmal in neuem Format im Kolpinghaus in Eupen. Zahllose Karnevalisten besuchten den Empfang und es herrschte närrisches Treiben.

Verleihung der Preise des Parlaments am 26. März 2023

Parlamentspräsident Charles Servaty begrüßte Preisträger, Laudatoren, Abgeordnete und Gäste der Veranstaltung zu einer festlichen Stunde. Er erinnerte an die Zielsetzung des Preises, nämlich die Deutschsprachige Gemeinschaft auf wissenschaftlicher Ebene und durch das Engagement, das sich in allen Publikationen widerspiegelt, zu stärken. Gerade vor dem Hintergrund bevorstehender Staatsreformen und im Zeichen des 50-jährigen Bestehens einer parlamentarischen Einrichtung seien die ausgezeichneten Werke von hoher Relevanz für die ostbelgische Entwicklung. Ausgezeichnet wurden:

- im Bereich Geschichte: Simen Van Meensel und Anja Pitz – Eastbelgica für „1945 Musical und Drehbuch“ (die Laudatio hielt Prof. Dr. Drs. h.c. i.R. Armin Heinen, Historisches Institut der RWTH Aachen),
- im Bereich Architektur, Raum- und Landschaftsplanung: Wim Van den Bergh, Luciano Motta, Nathalie Bodarwé und Marianka Lesser – „Adaptation“, zweimestriges Masterprojekt am Lehrstuhl für Wohnbau, Fakultät Architektur der RWTH Aachen (die Laudatio hielt Lisa De Visscher, Dozentin ULiège, Chefredakteurin A+ Architecture in Belgium),
- im Bereich Staatswissenschaften: Bernhard Bergmans – „Die Identität der deutschsprachigen Belgier“, Logos Verlag 2020 (die Laudatio hielt Dr. Elisabeth Alber, Research Group Leader 'Participation and Innovations', Eurac Research Institut für Vergleichende Föderalismusforschung Bozen).

Für die musikalische Untermalung der Feierstunde sorgte Cécile Straet an der akustischen Gitarre.

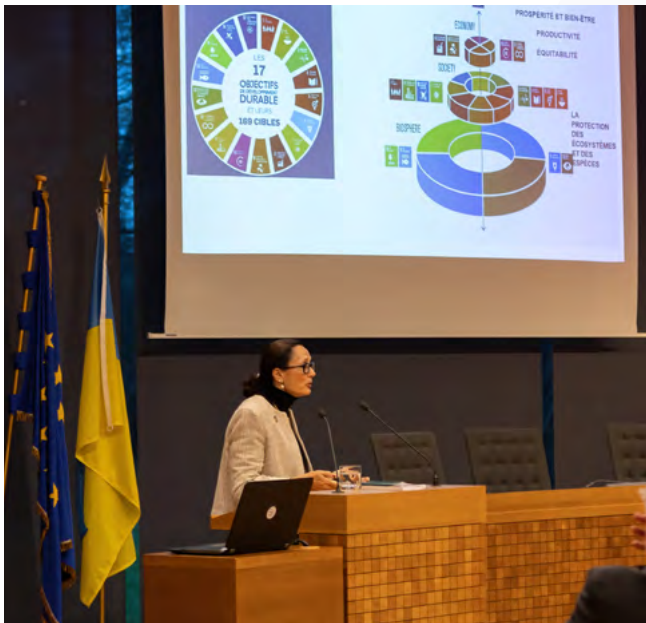


Die Preisträger sowie die Laudatoren bei der Verleihung des Preis des Parlaments

Earth for all

Am 6. April 2023 referierte Sandrine Dixon-Declève, Ko-Präsidentin des Club of Rome zu ihrem Buch „Earth for all – Ein Survivalguide für unseren Planeten“. Dieser neue Bericht, erschienen 50 Jahre nach dem ersten Berichts des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“, liefert eine politische Gebrauchsanweisung für fünf wesentliche Handlungsfelder, in denen mit vergleichbar kleinen Weichenstellungen große Veränderungen erreicht werden können:

- gegen die Armut im globalen Süden,
- gegen grassierende Ungleichheit,
- für eine regenerative und naturverträgliche Landwirtschaft,
- für eine umfassende Energiewende,
- und für die Gleichstellung der Frauen.



Sandrine Dixon-Declève präsentierte ihr Buch Earth for all am 6. April 2023.

Ortschaf(f)t Ostbelgien

Die Runde Ortschaf(f)t Ostbelgien, bei der die Abgeordneten des Parlaments im Rahmen des Jubiläums alle Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft besuchten, begann bereits in der letzten Sitzungsperiode und wurde in der aktuellen fortgeführt. Das Parlament war am

12.05.2022 im Select Kelmis,

02.06.2022 im O Schulmarjanne Crombach,

14.09.22 im Jaspesch Mürringen,

20.10.2022 im Dorfsaal Oudler,

07.12.2022 im Dorfhaus Eyatten,

09.02.2023 im Herzebösch Elsenborn,

01.03.2023 im Jugendheim Kettenis,

30.03.2023 im Schützenheim Astenet,

18.04.2023 im Dorfhaus Möderscheid

zu Besuch. Ziel war ein direkter und offener Austausch mit der Bevölkerung.



Ortschaf(f)t Ostbelgien in Astenet

POLITISCHE BILDUNG IM PARLAMENT

Neben zahlreichen Grundschul-, Sekundarschul- und Lehrlingsklassen besuchten im Schuljahr 2022-2023 auch zahlreiche Studierende aus dem In- und Ausland das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Circa 1.500 Schüler und Studierende nahmen die unterschiedlichen Angebote (auf vier Sprachen: Deutsch, Französisch, Niederländisch und Englisch) wahr. Während bei den auswärtigen Teilnehmenden der Fokus auf ein Kennenlernen von Ostbelgien und des Parlaments gelegt wird, geht es bei den Angeboten, die sich an die ostbelgischen Teilnehmenden richten, u. A. um die Sensibilisierung für politische Prozesse, aber auch darum, sich mit unserer heutigen Gesellschaft und demokratischen Werten auseinanderzusetzen. Alle Angebote werden jeweils dem Alter und Interessenbereich angepasst.

Seit September 2022 beinhaltet das Programm zur politischen Bildung im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwei neue Angebote für die Unter- bzw. die Oberstufe der Grundschule.

Das Angebot „Im Dschungel wird gewählt“ richtet sich bereits an die Kleinsten. In Form einer Bildergeschichte wird erklärt, was Demokratie bedeutet.

Das Angebot „Eine neue Straße für Felddorf“ stellt die Schüler der Oberstufe der Grundschule vor ein fiktives Problem: Aufgrund einer viel befahrenen Straße soll eine Umgehungsstraße gebaut werden. In vier Parteien aufgeteilt sollen die Schüler diskutieren, argumentieren und zu einem Konsens kommen.

Neben den zahlreichen Gruppen, die das Parlament besuchten, wurden im Rahmen der politischen Bildung verschiedene Aktivitäten durch das Parlament organisiert.

#JugendImDialog – Schülerdebatte

Im Rahmen des europäischen Jahres der Jugend organisierte das Parlament in Zusammenarbeit mit Europe Direct Zentrum Ostbelgien, den Städten Guben (DE) und Gubin (POL) und dem Ministerium für Europa des Landes Brandenburg einen trinationalen Schüleraustausch.

Die Vorbereitung der Debatte fand in Form eines Workshops „Interkulturelle Kompetenz in Diskussionen“ statt, bei dem die Teilnehmenden unter Anleitung eines Rhetorikexperten sowohl über interkulturelle Unterschiede diskutierten als auch an rhetorischen Fähigkeiten arbeiteten.

Rund 50 Schüler aus Polen (Zespół Szkół Ogólnokształcących w Gubinie), Deutschland (Pestalozzi-Gymnasium, Guben) und Ostbelgien (Robert-Schuman-Institut Eupen) kamen am Montag, 7. November 2022 in den Räumlichkeiten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft zusammen. Ausgetauscht wurde über die vorab gemeinsam ausgewählten Themen :

- (mentale) Gesundheit,
- soziale Medien, Fake News und Hatespeech,
- Jugend und Politik.

Im Anschluss an den Austausch in Arbeitsgruppen wurden die erarbeiteten Themen mit Vertretern der Politik besprochen.

Anwesend waren Karl-Heinz Lambertz (Präsident des Parlaments), Isabelle Weykmans (Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien), Andreas Jerusalem (Mitglied des Parlaments), Pascal Arimont (Mitglied des Europäischen Parlaments), sowie per Videokonferenz zugeschaltet Katrin Lange (Ministerin der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg, Deutschland), Helmut Scholz (Mitglied des Europäischen Parlaments, Deutschland) und Carsten Jacob (Leiter des Europe-Direct-Zentrums Guben, Deutschland).

Abgerundet wurde der Austausch am Dienstag, 8. November 2022 durch einen gemeinsamen Besuch aller Teilnehmenden im Parlamentarium und im Europaparlament in Brüssel, wo die Jugendlichen durch die Europaabgeordneten Helmut Scholz und Pascal Arimont empfangen wurden.

Vortragsreihe

Im Bereich der Erwachsenenbildung hat der Besucher-





Trinationale Schülerdebatte im PDG

dienst des Parlaments eine Vortragsreihe bei der Volkshochschule der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Akademie 50+) angeboten. Bei den fünf Terminen (Kelmis, St. Vith, Bütgenbach und zwei Mal in Eupen) konnte mit circa 100 Teilnehmenden über 50 Jahre Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgetauscht werden. Neben der gemeinsamen Betrachtung der Entwicklung der letzten 50 Jahre hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, den anwesenden Politikern ihre Fragen zu stellen, woraus ein reger Austausch entstand.

Dialogklassen

Das jährlich stattfindende Projekt Dialogklassen fand in diesem Schuljahr 2022-2023 in Ostbelgien statt.

Eine Schulklasse des Athenäums Karel Buls Laken und eine Schulklasse des Bischöflichen Instituts St. Vith haben sich im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu einem Austausch getroffen. Diskutiert wurde über das Schulsystem, die Partizipation der jungen Menschen, das Sicherheitsgefühl in Belgien, die Mobilität und das Erlernen der Landessprachen. Das Ergebnis der Gruppenarbeiten wurde anschließend Vertretern des Rates der flämischen Gemeinschaftskommission (die Abgeordneten Pepijn Kennis, Els Rochette und Lotte Stoops sowie die Greffière Patricia Coppens), sowie des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Parlamentspräsident Charles Servaty, dem Abgeordneten Freddy Cremer und dem Greffier Stephan Thomas) im Rahmen eines Austauschs vorgestellt. Im folgenden Jahr finden die Dialogklassen, ein Gemeinschaftsprojekt der beiden Parlamente, wieder in Brüssel statt.

Zug der Demokratie

„Was kann man machen, um Energie zu sparen, um dem Klima zu helfen?“ Diese Fragestellung beschäftigte etwa 70



Die Schüler der diesjährigen Dialogklassen

Schüler der Städtischen Grundschule Eupen Oberstadt und der Mosaikschule Büllingen im März 2023.

In einer intensiven Vorarbeit in der Schule hatten sich die Viertklässler viele Gedanken gemacht, die sie bei ihrem Besuch im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit den anwesenden Politikern besprechen wollten. Zum einen wurde festgehalten, was die Schüler selbst zum Thema tun können, und zum anderen, bei welchen Punkten die Politik gefragt ist. Die Politiker konnten bei dieser Gelegenheit die Belange der Schüler hören und darauf reagieren. Das Format, das bereits zum zweiten Mal mit viel Enthusiasmus aufgenommen wurde, wird auch im Schuljahr 2023-2024 wiederholt.

Jugendparlament



Zug der Demokratie

In Zusammenarbeit mit dem Rat der deutschsprachigen Jugend und dem Institut für Demokratiepädagogik organisierte das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft das Jugendparlament.

Über die Webseite jugendparlament.be konnten sich Jugendliche im Alter zwischen 16 und 25 Jahren, die entweder in Ostbelgien wohnen oder hier eine Bildungseinrichtung besuchen, einschreiben.

Zur Auswahl standen neun Themen, wovon den Jugendlichen im Rahmen eines Vorbereitungstags am Samstag, 4. März 2023 drei Themen (die Auswahl wurde durch die Jugendlichen getroffen) inhaltlich durch Fachexperten näher vorgestellt wurden. Schlussendlich fiel die Auswahl der Jugendlichen auf das Thema Jugend und Arbeit. Am Wochenende vom 17. März bis 19. März 2023 kamen 21 Jugendliche zusammen, um das Thema zu bearbeiten, darüber auszutauschen und Handlungsempfehlungen zu formulieren. Die Teilnehmenden wurden im Kloster Heideberg untergebracht und die tägliche Arbeit fand in den

Räumen des Parlaments statt.

Zum Abschluss stellten sie ihre fünf Handlungsempfehlungen einigen politischen Vertretern vor.

Im Nachgang werden die Handlungsempfehlungen im Ausschuss II für Kultur, Beschäftigung, Wirtschaftsförderung und ländliche Entwicklung bearbeitet.



Die Pressevertreter des Jugendparlaments



Einblick in die gemeinsame Sitzung des Jugendparlaments mit den Politikern

PARLAMENT INTERNATIONAL UND INTERREGIONAL

Die Gestaltung der Außenbeziehungen des Parlaments basiert auf einer am 19. November 2012 beschlossenen Grundsatzerklärung, die am 2. Mai 2022 vom zuständigen Ausschuss aktualisiert wurde (Parlamentsdokument 205 (2021-2022) Nr. 1).

Die Auswärtigen Beziehungen teilen sich in fünf verschiedene Tätigkeitsfelder auf:

- 1. die gesetzgeberische Tätigkeit;**
- 2. die Subsidiaritätskontrolle;**
- 3. die Vertretung des Parlaments in Gremien;**
- 4. die Vernetzung des Parlaments;**
- 5. die Begleitung der Außenbeziehungen der Regierung.**

Den Außenbeziehungen wird eine grundlegende Bedeutung beigemessen. Sie sind vor allem unter der Prämisse des Mehrwerts auszuüben. Vielfältige Kontakte und Vernetzungen sollen die Position der Deutschsprachigen Gemeinschaft festigen, die Arbeit des Parlaments optimieren und neue Ideen entstehen lassen.

Zusammenarbeit und Austausch führen zu einer gegenseitigen Stärkung aller Partner. Auch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft will seinen Beitrag dazu leisten.

GESETZGEBERISCHE TÄTIGKEIT

Die gesetzgeberische Tätigkeit des Parlaments im Bereich der Außenbeziehungen beinhaltet die Bearbeitung und Verabschiedung von Zustimmungsdekreten und Dekreten zur Umsetzung von EU-Recht.

Zur Sicherung der Qualität der Gesetzgebungsarbeit ist eine enge Kooperation mit der Regierung unerlässlich. Entwürfe von Zustimmungsdekreten sollten mit dem notwendigen zeitlichen Vorlauf eingereicht werden, damit den Ausschüssen die Gelegenheit gegeben werden kann, die betroffenen Abkommen auch inhaltlich zu besprechen – dies, insofern sie nicht aufgrund ihrer geringen inhaltlichen Bedeutung für die Deutschsprachige Gemeinschaft direkt im Plenum behandelt werden.

Die Liste der in der Sitzungsperiode 2022-2023 verabschiedeten Zustimmungs- und Billigungsdekrete findet man im Kapitel „Arbeit im Plenum“.

SUBSIDIARITÄTSKONTROLLE

Dem Subsidiaritätsprinzip zufolge darf die EU nur dann tätig werden, wenn die gesteckten Ziele einer Maßnahme auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene nicht ausreichend erreicht werden können und daher eine europäische Regelung wirksamer ist. Darüber hinaus dürfen die von der EU ergriffenen Maßnahmen nicht über das zur Erreichung des Ziels erforderliche Maß hinausgehen (Verhältnismäßigkeitsgrundsatz). Durch die Einführung dieser beiden Prinzipien in die europäischen Verträge soll die Ausübung der Befugnisse so bürgernah wie möglich erfolgen.

Den nationalen Parlamenten wurde das Recht zugestanden, die in den EU-Organen vorgelegten Gesetzesinitiativen einer so genannten „Subsidiaritätskontrolle“ zu unterziehen und somit zu prüfen, ob die vorgeschlagene Maßnahme nicht besser auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene zu treffen wäre.

Aufgrund der Staatsstruktur haben die belgischen Parlamente am 29. März 2017 eine koordinierte Vorgehensweise in der Subsidiaritätskontrolle beschlossen⁶.

Im Bereich der Subsidiaritätskontrolle ist Kooperation notwendig, da es sich um ein recht komplexes Verfahren handelt. Ein Vergleich mit ähnlich strukturierten parlamentarischen Einrichtungen und die Kooperation mit Regierungseinrichtungen sind unerlässlich. Die Parlamentsverwaltung informiert sich über diverse Datenbanken (AdR Subsidiarity Monitoring Network oder IPEX).

VERTRETUNG DES PARLAMENTS IN GREMIEN

Innerbelgische Zusammenarbeit

Die Konferenz der belgischen Parlamentspräsidenten

Die Konferenz der Präsidenten der parlamentarischen Versammlungen setzt sich zusammen aus den Präsidenten der Abgeordnetenkammer, des Senats, des Flämischen Parlaments, des Parlaments der Französischen Gemeinschaft, des Wallonischen Parlaments, des Parlaments der Region Brüssel-Hauptstadt, des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Versamm-

⁶ Zusammenarbeitsabkommen vom 29. März 2017 zwischen dem Föderalstaat, den Regionen, den Gemeinschaften, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission über die Ausübung der Zuständigkeiten, die laut Vertrag der Europäischen Union, laut Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der dazugehörigen Protokolle den nationalen Parlamenten zugewiesen sind.



lung der Französischen Gemeinschaftskommission und der Versammlung der Flämischen Gemeinschaftskommission.

Die Konferenz trifft sich in regelmäßigen Abständen, um über Fragen der parlamentarischen Arbeit auszutauschen und gegebenenfalls eine Zusammenarbeit der parlamentarischen Gremien zu vereinbaren. Themen sind die Statute der Parlamentarier, die Arbeitsweise in den Parlamenten, die Statute des Verwaltungspersonals, die Vor- und Nachbereitung von Wahlen, die Subsidiaritätskontrolle usw.

In der Sitzungsperiode 2022-2023 hat der Präsident des Brüsseler Parlaments den Vorsitz inne. Die Konferenz trat insgesamt vier Mal zusammen.

Im Rahmen dieser Versammlungen berieten die Parlamentspräsidenten über diverse Fragen zum Statut der Abgeordneten und zur parlamentarischen Arbeitsweise. Es wurden auch verschiedene Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, die sich u. a. mit technischen Fragen, mit Bürgerbeteiligungsprozessen oder Arbeitsinstrumenten zur Information der Abgeordneten befassen, aber auch mit der Pensionsregelung von Abgeordneten, die im Jahr 2023 in allen Parlamenten thematisiert wurde.

Interparlamentarischer Dialog zum Thema Klima

Der Interparlamentarische Klimadialog wurde von den verschiedenen Parlamenten Belgiens 2017 ins Leben gerufen, um gemeinsam auf die Herausforderungen des Klimawandels reagieren zu können. Eine erste gemeinsame Erklärung wurde zur COP23 in Bonn veröffentlicht, weitere Stellungnahmen wurden in den folgenden Jahren verfasst.

Die Mitglieder des Interparlamentarischen Klimadialogs treffen sich seither in regelmäßigen Abständen, um sich über Entwicklungen auszutauschen und Fachleute anzuhören.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das im Rahmen der Zuständigkeit für den Bereich der Energie in begrenztem Maße in dieser Materie zuständig ist, wird durch den jeweiligen Parlamentspräsidenten vertreten.

Im November 2022 fand im ägyptischen Scharm-el-Sheikh die 27. UN-Klimakonferenz statt, kurz COP27. Auch wenn es den verschiedenen belgischen Parlamenten trotz intensiver Verhandlungen nicht gelungen ist, eine gemeinsame Stellungnahme zu dieser Konferenz

zu formulieren, fanden seitdem weiterhin verschiedene Anhörungen in dem Themenbereich statt, mit dem Bestreben einen neuen Text für die kommende COP28 in Dubai vorlegen zu können.

Internationale Zusammenarbeit

Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente CALRE



Die Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente vereint 72 Präsidenten gesetzgebender Regionalversammlungen aus der Europäischen Union. Seit der Gründungserklärung von Oviedo im Jahr 1997 besteht die Aufgabe der CALRE darin, die Grundsätze von Demokratie und Mitbestimmung im Rahmen der Europäischen Union zu vertiefen, die Werte und Prinzipien der regionalen Demokratie zu verteidigen und die Verbindungen zwischen den regionalen gesetzgebenden Versammlungen zu stärken.

Die CALRE versammelt Parlamente der Autonomen Gemeinschaften Spaniens, die Italienischen Regionalräte, die Gemeinschafts- und Regionalparlamente Belgiens, die österreichischen und deutschen Länderparlamente, das autonome Parlament der Ålandinseln (Finnland), die regionalen Versammlungen der Azoren und Madeiras (Portugal) sowie die Parlamente von Schottland, Wales und Nordirland (Vereinigtes Königreich).

Die CALRE verfügt über eine Plenarversammlung, die in der Regel einmal im Jahr tagt, sowie einen Ständigen Ausschuss, der das Plenum vor- und nachbereitet. Die Handlungsfelder der CALRE werden im Vorfeld in verschiedenen Arbeitsgruppen diskutiert:

- Strategie für nachhaltige Entwicklung der europäischen Regionen, Vorsitz Kanaren;
- Bessere Regulierung und Politikauswertung, Vorsitz Friaul-Julisch Venetien;
- Sprachliche und kulturelle Vielfalt, Vorsitz Valencia;
- Migrationspolitik, Vorsitz Madeira;
- Subsidiarität, Vorsitz Wallonisches Parlament;

- Stärkung der Frauenrechte und Bekämpfung von geschlechtsbasierte Gewalt, Vorsitz Emilia-Romagna;
- Legalität und Anti-Mafia-Kultur, Vorsitz Lomardei;
- Kohäsionspolitik, Vorsitz Venetien;
- Naturkatastrophen, Vorsitz Azoren;
- Gleichberechtigung und demografische Herausforderung, Vorsitz Extremadura;

Fünfundzwanzig Jahre nach der Unterzeichnung des Dokuments von Oviedo nahmen Vertreter von 24 Mitgliedsversammlungen am 6. und 7. Oktober 2022 an einer Veranstaltung zur Feier dieses Jubiläums in der Generaljunta Asturiens (Spanien) teil.

Die Arbeitssitzungen, die im Plenarsaal des asturischen Parlaments stattfanden, ermöglichten es den Vertretern, über die wichtigsten Grundsätze der Erklärung von Oviedo nachzudenken, insbesondere über:

- die Beteiligung der Regionalparlamente an der Ausarbeitung, Begleitung, Umsetzung und Bewertung der europäischen Politiken durch sektorale und europaspezifische Ausschüsse im Sinne einer aktiven Subsidiarität;
- die interparlamentarische Zusammenarbeit zwischen den Regionalparlamenten, mit den nationalen Parlamenten und mit dem Europäischen Parlament;
- die Beziehungen zum Europäischen Ausschuss der Regionen.

Im Anschluss an die Diskussionen wurde am 7. Oktober 2022 eine erneuerte Fassung der Erklärung von Oviedo in demselben Raum unterzeichnet, in dem sie 1997 unterzeichnet worden war.

Die Plenarversammlung der CALRE fand am 18. November 2022 in Namur statt.

Die Vertreter der Regionen erörterten Resolutionen zu

- soziales Europa,
- Europa der ökologischen und digitalen Übergänge,
- Europa der Freiheiten.

Seit Januar 2023 ist der Präsident des Brüsseler Parlaments Vorsitzender der CALRE. Er übernahm das Amt von dem als Präsident des Parlaments der Wallonie zurückgetretenen Kollegen, der dadurch auch sein Amt in der CALRE aufgeben musste.

In der Sitzungsperiode gab es durch den Präsidentenwechsel im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine entsprechende Veränderung in der Vertretung: Während Karl-Heinz Lambertz für das Parlament

in der Plenarsitzung von November 2022 anwesend war, nahm sein Amtsnachfolger Charles Servaty die Vertretung ab Januar 2023 wahr. Die nächste Plenarsitzung der CALRE wird voraussichtlich am 1. Dezember 2023 stattfinden.

Interregionaler Parlamentarierrat der Großregion IPR



Der Interregionale Parlamentarierrat der Großregion, IPR, wurde am 16. Februar 1986 von den Präsidenten der Parlamente der Großregion gegründet. Vertreten sind die französische Region Grand Est, Luxemburg, Rheinland-Pfalz, das Saarland sowie Wallonien und, seit 2007, die Französische Gemeinschaft Belgiens und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens.

Das Ziel ist es:

- die ökonomische, soziale und kulturelle Rolle der Großregion durch enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Regionen zu fördern,
- zu einer Perspektive der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Kompetenzbereichen der einzelnen Regionen beizutragen.

Die Mitglieder des IPR kommen in der Regel jährlich zweimal zu Plenarsitzungen zusammen, um über Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu beraten und um Empfehlungen anzunehmen, die von den Kommissionen des IPR vorgelegt und anschließend an die Exekutiven weitergeleitet werden.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird im IPR von Parlamentspräsident Charles Servaty (bis Januar 2023: Karl-Heinz Lambertz) und der Abgeordneten Liesa Scholzen vertreten. Der Parlamentspräsident ist Mitglied im Ständigen Ausschuss, der die Plenarsitzungen begleitet und über Verwaltungsfragen entscheidet.

Stellvertretende Mitglieder sind Gregor Freches und Patricia Creutz-Vilvoye.



Die Arbeit der IPR-Plenarversammlung wird in den Kommissionen vorbereitet, die in regelmäßigen Abständen tagen:

- Kommission 1: Wirtschaftliche Fragen
- Kommission 2: Soziale Fragen
- Kommission 3: Verkehr und Kommunikation
- Kommission 4: Umwelt und Landwirtschaft
- Kommission 5: Schulwesen, Ausbildung, Forschung und Kultur
- Kommission 6: Innere Sicherheit, Katastrophenschutz und Rettungsdienste
- COVID-19 ad-hoc Kommission

In seiner 68. Plenarsitzung am 9. Dezember 2022 in Metz befasste sich der IPR mit Fragen des Krisenmanagements, mit dem Programm der grenzüberschreitenden Strukturförderung INTERREG VI und den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf Europa. Die Vorsitzende der Regionalrates Grand Est gab ihr Amt als IPR-Präsidentin weiter an den rheinland-pfälzischen Landtagspräsidenten.

In der Plenarsitzung vom 30. Juni 2023 in Mainz verabschiedete der IPR folgende Empfehlungen:

- Perspektiven für eine gemeinsame Demokratiebildung in der Großregion,
- Die Dekarbonisierung von Wohngebäuden in der Großregion.

BeNeLux-Parlament



Das Benelux-Parlament ist eines der fünf Gremien der Benelux-Union (neben Ministerrat, Rat der hohen Beamten, Generalsekretariat und Gerichtshof).

Es ist ein beratendes Organ und kann in diesem Sinne informierend, beratend und stimulierend auf den entscheidungsbefugten Ministerrat einwirken.

Dazu kann es Stellungnahmen oder Empfehlungen zu folgenden Themenbereichen an die Regierungen der Mitgliedsländer richten:

- die Verwirklichung und die Arbeitsweise der Wirtschaftsunion zwischen den drei Staaten,
- die kulturelle Annäherung zwischen den drei Staaten,
- die Zusammenarbeit der drei Staaten in Bezug auf die Außenpolitik,
- die Vereinheitlichung des Rechts in den drei Staaten,
- (mit der Zustimmung der Regierungen) jede andere Frage von gemeinsamem Interesse.

Das Benelux-Parlament tagt regelmäßig. Etwa alle drei Monate findet eine Plenarsitzung statt, fast wöchentlich arbeiten die Parlamentsausschüsse an festgelegten Themen und Fragen.

Viele der Errungenschaften der Benelux-Zusammenarbeit sind auf Initiative des Benelux-Parlaments oder in Zusammenarbeit mit dem Parlament entstanden.

Die durch das Parlament bezeichnete Vertreterin im Benelux-Parlament ist Patricia Creutz-Vilvoye. In der Sitzungsperiode 2022-2023 endete ihr Vorsitz des Gremiums. Sie übernahm Ende 2022 wieder das Amt der Vizepräsidentin. Im April 2023 berichtete die Abgeordnete im zuständigen Parlamentsausschuss über die Arbeiten unter ihrem Vorsitz und hielt Rückblick auf eine arbeitsintensive Periode.

2021 und 2022 waren schwierige Jahre: 2021 litten die Länder noch immer unter den Auswirkungen der Coronavirus-Krise, 2022 brach der Krieg in der Ukraine aus und führte zu einer Wirtschaftskrise, die die Bedeutung der Zusammenarbeit und des Ideenaustauschs noch weiter unterstrich. Im Lichte der gegenseitigen Unterstützung orientieren sich die Prioritäten des Parlaments wie üblich an den Jahresplänen des Ministerkomitees der Benelux-Union; es werden strukturelle Kontakte mit dem Generalsekretariat der Union organisiert, wobei in diesem Zusammenhang auf die Treffen mit den Außenministern verwiesen werden kann. Auch die Anwesenheit des Benelux-Parlaments beim Gipfeltreffen der Minister stellt zweifellos einen Mehrwert dar.

Die drei wichtigsten Prioritäten der belgischen Präsidentschaft der Benelux-Union waren die Stärkung des Binnenmarktes, die Nachhaltigkeit der Gesellschaft und die Sicherheit. Weitere Prioritäten bestanden darin, dafür zu sorgen, dass die Benelux-Staaten gestärkt aus der Pandemie hervorgehen, sich für einen grünen, sicheren und wettbewerbsfähigen Benelux einzusetzen und Synergien mit den Nachbarregionen zu fördern.

Darauf aufbauend legte das Benelux-Parlament zentrale Themen fest, wie die Benelux-Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von COVID-19 auf verschiedenen Ebenen, die wirtschaftliche Erholung, Fake News und Desinformation, die Anpassung an das Klima, die Entwicklung und Erleichterung erneuerbarer Energien – mit besonderem Schwerpunkt auf Wasserstoff –, nachhaltige Mobilität, Fahrradpolitik und die Eisenbahnagenda. Auch der Gütertransport per Lkw und der Kampf gegen betrügerische Zeitarbeitsfirmen wurden ausführlich diskutiert.

Am 14. Oktober 2022 organisierte das Benelux-Parlament eine Tagung in Eupen, die sich mit dem Hochwasser und der Wasserwirtschaft beschäftigte. Morgens trafen sich namhafte Experten, um über den Hochwasserschutz auszutauschen, bevor es dann im Nachmittag zu Ortsgesprächen nach Dolhain ging.



Dezember 2022:
Patricia Creutz-Vilvoye mit Olena Kondratiuk,
Vizepräsidentin des Ukrainischen Parlaments
© Kevin Oeyen

Euregio Maas-Rhein



Die Euregio Maas-Rhein wurde im Jahr 1976 als Arbeitsgemeinschaft gegründet und ist einer der ältesten grenzüberschreitenden Kooperationsverbände. Hauptaufgabe der Euregio Maas-Rhein ist die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Sie ist dabei eine zentrale Ansprechpartnerin, Vermittlerin und Informationsträgerin und als solche bei den Bürgern, der Zivilgesellschaft und bei den lokalen und regionalen Behörden und Partnerschaften gut bekannt. Hürden abbauen, innovative Lösungen entwickeln, Vernetzen und Vermitteln gehören damit zu den Hauptaufgaben. Anhand konkreter Ergebnisse und jahrelanger Expertise vermarktet sie sich erfolgreich sowohl intern als auch auf internationaler Ebene. Die Euregio Maas-Rhein setzt sich aktiv für die Interessen der Bürger, Unternehmen, Organisationen, Kommunen und Städte im Grenzgebiet ein. Sie unterstützt die Zielgruppen dabei, die Chancen auf beiden Seiten der Grenze optimal zu nutzen und trägt dazu bei, den Wohlstand und das Wohlergehen

sowie das wechselseitige Verständnis der Menschen im Grenzgebiet unter Berücksichtigung kultureller Unterschiede zu fördern

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist seit 1992 eine Partnerregion der Euregio Maas-Rhein. Zu diesem grenzüberschreitenden Zweckverband gehören außerdem die belgischen Provinzen Lüttich und Limburg, die niederländische Provinz Limburg sowie der Zweckverband – Region Aachen.

Seit dem 4. April 2019 fungiert die Euregio Maas-Rhein als EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit). Dank der neuen Rechtsform hat der grenzüberschreitende Charakter ihrer Arbeit noch einmal einen wichtigeren Stellenwert erhalten. Der EVTZ ist ein Europa in Miniaturform mit all seinen Vor-, aber auch Nachteilen. Dank seiner Nähe zu den lokalen Akteuren bleibt der EVTZ jedoch immer an die Realität des Terrains gebunden und führt so seine Hauptaufgabe seit 1976 weiterhin fort: den Alltag aller Bürger der EMR in jeglichen Lebenslagen durch die Koordination von Projekten und Initiativen grenzüberschreitend zu erleichtern.

Der EVTZ hat seinen Sitz in der Gospertstraße 42 in Eupen. Die Arbeitssprachen des EVTZ sind Deutsch, Französisch und Niederländisch.

Die Organe des EVTZ sind:

- a) die Versammlung, gebildet aus Vertreterinnen und Vertretern seiner Mitglieder sowie beratenden Vertreterinnen und Vertretern,
- b) der Vorstand,
- c) eine Präsidentin/ein Präsident und zwei Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten aus dem Vorstand.

Der Versammlung sind folgende Kompetenzen vorbehalten:

- a) Annahme der Geschäftsordnung,
- b) Genehmigung des Beitritts neuer Mitglieder,
- c) Genehmigung des Haushalts und der Haushaltsrechnung,
- d) Festlegung und Fälligkeit der Jahresbeiträge der Mitglieder,
- e) Aufnahme von Darlehen,
- f) Änderung der Finanzierungsbedingungen des EVTZ,
- g) Beschreitung des Rechtswegs,
- h) Erwerb, Tausch und Veräußerung von Immobilien sowie Abschluss und Auflösung von Mietverträgen,
- i) Annahme oder Ablehnung von Spenden und Legaten,
- j) Änderung der Übereinkunft und der Satzung,
- k) Auflösung des EVTZ.

(Quelle: Satzung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit „Euregio Maas-Rhein“).

Liesa Scholzen, Gregor Freches, Sandra Houben-Meesen und Charles Servaty vertreten das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft im EVTZ.

Als EVTZ initiiert und unterstützt die Euregio Maas-Rhein Projekte aus dem Interreg - EMR Förderfonds. Die EU-Gelder werden für verschiedene Projekte genutzt, die die Euregio zusammenwachsen lässt. Das Ziel dieser Projekte ist meist, Wege zu eröffnen, die später strukturell weitergeführt werden.

Die EMR unterstützt kleine bürgernahe Projekte ebenso wie grenzüberschreitende Projekte größeren Ausmaßes, die durch den europäischen Fonds INTERREG gefördert werden.

Am 30. November 2022 und am 26. April 2023 fanden Sitzungen des EVTZ statt. Seit November 2022 liegt der Vorsitz in Händen der Partnerregion Niederländisch-Limburg. Themen der Sitzung waren der Arbeitsplan 2023, der Sachstand in der Akte des Einstein-Teleskops, die Förderung von Projekten durch den europäischen Interreg-Fonds und die Förderung sogenannter Mikro-Projekte über den EU-Fonds People to People. Ziel ist es, grenzüberschreitend Menschen zusammenzubringen, gemeinsame Chancen zu ergreifen und Hürden zu überwinden.

Europäischer Ausschuss der Regionen (AdR)



Europäischer Ausschuss der Regionen

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist, wie auf seiner Website beschrieben, „die Stimme der Regionen und Städte in der Europäischen Union (EU)“. Er vertritt die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der gesamten Europäischen Union und gibt Stellungnahmen zu neuen Rechtsvorschriften ab, die Auswirkungen auf die Regionen und Städte haben (70 % aller EU-Rechtsvorschriften).

Der AdR ist eine politische Versammlung und besteht aus 329 Mitgliedern und 329 Stellvertretern aus allen

EU-Staaten (gegliedert nach Parteien, mit einem Präsidenten an der Spitze), die auf kommunaler oder regionaler Ebene gewählt wurden, etwa als Bürgermeister oder als Präsident einer Region. Die Mitglieder kommen sechs Mal jährlich nach Brüssel, um Stellungnahmen zu vorgeschlagenen Rechtsvorschriften zu debattieren und Entschlüsse über weitere Maßnahmen zu verabschieden, die die EU ergreifen soll.

Die politischen Prioritäten des AdR wurden für die europäische Legislaturperiode 2020-2025 unter den Titel „Europas Bürgernähe stärken“ zusammengefasst. Der AdR definiert darin drei prioritäre Anliegen:

1. Die EU bürgernäher gestalten: Demokratie und die Zukunft der EU
2. Den tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel bewältigen – resiliente regionale und lokale Gemeinschaften schaffen
3. Zusammenhalt als unser Grundwert – ortsbezogene Maßnahmen – die EU in den Dienst ihrer Bürger und deren Wohnorte stellen

Neben Plenar- und Ausschusssitzungen organisiert der AdR zahlreiche Veranstaltungen, die das Netzwerk der Regionen und Städte stärken. Das Mandat des Vertreters der Deutschsprachigen Gemeinschaft nahm auch 2022-2023 Karl-Heinz Lambertz wahr.

Der AdR befasste sich in mehreren Initiativen mit der Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Gestaltung und Umsetzung der Nationalen Energie- und Klimapläne. Auch der Ukraine-Krieg war leider immer wieder Thema von Debatten, Resolutionen und Begegnungen auf höchster Ebene. Der AdR betonte in der Krise die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den im Osten an die Europäische Union angrenzenden Ländern.

Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates



Der Kongress der Gemeinden und Regionen wurde aus der Überzeugung geboren, dass die Gemeinden und später die Regionen in den Anfängen des europäischen Aufbaus eine Stimme bekommen sollten. Ursprünglich ein einfacher Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung im Jahr 1953, dann eine „Europäische Konferenz der Gebietskörperschaften“, wurde er 1994 zum „Kongress der Gemeinden und Regionen“. Der Kongress besteht aus zwei Kammern: die Kammer der Gemeinden und die Kammer der Regionen. Er hat 324 Vollmitglieder und 324 Stellvertreter, die alle für vier Jahre gewählt sind. Mehr als 150.000 Gemeinden und Regionen sind in den 47 Mitgliedstaaten des Europarates vertreten.

Die Stärkung der Gemeindedemokratie und die Tatsache, dass die Mitgliedstaaten deren zunehmende Rolle anerkannten, führte 1985 zur Annahme der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung. Hauptaufgabe des Kongresses ist die regelmäßige Überwachung der Umsetzung der Charta der kommunalen Selbstverwaltung in den Mitgliedstaaten.

Neben vielen anderen Themen hat der Kongress sich auch mit der Bürgerbeteiligung befasst. So ist das Online-Kompendium BePART ein neues Projekt, das gemeinsam vom Kongress, der Konferenz der NGOs und der Abteilung für Wahlen und partizipative Demokratie entwickelt wurde. Es wurde Anfang 2022 gestartet und bietet Behörden und NGOs die Möglichkeit, bewährte Verfahren zur erfolgreichen Umsetzung des Kodex auszutauschen.

Der Kongress verabschiedete mehrere Entschlüsse und Berichte zur Förderung der Beteiligung der Zivilgesellschaft. Er spielte auch eine führende Rolle bei der Ausarbeitung der Revidierten Europäischen Charta über die Beteiligung junger Menschen am Leben auf lokaler und regionaler Ebene.

Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften stehen bei der Reaktion auf die Krisen in Europa an vorderster Front und werden eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Entscheidungen spielen, die auf höchster politischer Ebene auf dem vierten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Europarates am 16. und 17. Mai in Reykjavik getroffen werden. Dies ist die Hauptbotschaft des „Aufrufs zum Handeln“ an die nationalen Regierungen, der am 15. Mai von den Vertretern von sieben europäischen Institutionen und Verbänden unterzeichnet wurde. Die Unterzeichnung dieses Dokuments fand auf der hochrangigen Konferenz zum Thema „Integration demokratischer Werte in die Territorien“ im Rathaus von Reykjavik statt.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist Teil der belgischen Delegation und wird zurzeit durch Karl-Heinz Lambertz vertreten.

Deutsch-österreichische Konferenz der Landtagspräsidenten

Seit Juni 2017 nimmt der Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft an der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtages sowie des Deutschen Bundestages und des deutschen und österreichischen Bundesrates unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens teil. Die Beobachterfunktion bietet die Gelegenheit, mit den Amtskollegen über

parlamentarische Themen zu diskutieren, über Best-Practice-Beispiele auszutauschen und gemeinsame Standpunkte zu wichtigen gesellschaftlichen Themen zu verabschieden.

Im Januar 2023 fand die Europakonferenz der deutschsprachigen Regionalparlamente statt, an der auch Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz teilnahm. Vorsitzländer für Deutschland und Österreich sind in diesem Jahr Nordrhein-Westfalen und Kärnten. Die Landtagspräsidentenkonferenz fordert in einer gemeinsamen Erklärung einen verstärkten Kampf gegen Antisemitismus in Europa. In ihrer Erklärung drücken die Teilnehmenden ihre Sorge über den wachsenden Antisemitismus aus, begrüßen die Strategie der Europäischen Kommission und fordern eine stärkere Beteiligung der Landesparlamente an grenzüberschreitenden Projekten im Kampf gegen den Antisemitismus.

Im Juni 2023 trafen sich die Vorsitzenden der Regionalparlamente in Ostwestfalen, um ihre Diskussionen zu Demokratie und Partizipation fortzuführen. Das Parlament war durch seinen neuen Vorsitzenden, Charles Servaty, vertreten. Die Teilnehmenden verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel „Demokratie unter Druck? Verantwortung und Chancen der Landesparlamente und ihrer Öffentlichkeitsarbeit in Zeiten sehr unterschiedlicher und oft sinkender Wahlbeteiligung“. Die Vorsitzenden der regionalen Parlamente waren sich darin einig, dass Bildungsangebote der Parlamente sowie persönliche Begegnungen mit Politikern unerlässlich im Kampf gegen Politikverdrossenheit und Misstrauen gegenüber politischen Institutionen sind.



Gruppenbild der Landtagspräsidentenkonferenz Ostwestfalen ©Landtag NRW Besim Mazhiqi

Treffen der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der deutschsprachigen Länder

Die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der deutschsprachigen Länder treffen sich seit 2016 jährlich zu einem informellen Austausch reihum in einem der Partnerländer. In diesem Jahr richtete das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft das Treffen am 17. und 18. Juli 2023 aus – stellvertretend für Belgien, in dem Deutsch als offizielle Landesprache anerkannt ist. Neben Parlamentspräsident Charles Servaty nahmen die Präsidentin des Deutschen Bundestags Bärbel Bas, der Präsident des Österreichischen Nationalrats Wolfgang Sobotka, der Präsident des Schweizer Nationalrats Martin Candinas, der Präsident der Luxemburger Abgeordnetenversammlung Fernand Etgen und der Präsident des Liechtensteiner Landtags Albert Frick teil. Beim Meinungsaustausch wurde die belgische Abgeordnetenversammlung durch deren Ehrenpräsident André Flahaut vertreten.

Zum Auftakt des Treffens erläuterte der ehemalige Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz das belgische Föderalismusmodell und skizzierte kurz das Autonomiestatut der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Zur Einführung in das Hauptthema ging Professor Dr. Andreas Fickers, Direktor des „Luxembourg Centre for Contemporary and Digital History“, auf die Hintergründe zur Entstehung und Verbreitung von Falschmeldungen ein. Zunächst wies er darauf hin, dass die Debatte um Fake News im Grunde so alt ist wie die zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufkommende moderne Massenpresse. Neu sei hingegen, dass sich im digitalen Zeitalter Falschmeldungen so schnell und so leicht erstellen und verbreiten lassen wie nie zuvor. Die Verbreitung von Fake News werde zudem durch einen „kulturellen Nährboden“ begünstigt, der sich aufgrund der diversen Krisen in den letzten Jahren entwickeln konnte, so die Analyse des Professors. Darüber hinaus befeuerte auch der in den sozialen Medien stattfindende Wettbewerb um Aufmerksamkeit sowie das von Algorithmen gesteuerte, selbstreferenzielle Informationsangebot im Internet die Verbreitung von Falschmeldungen. Um dieser, für die Demokratie durchaus bedrohlichen Entwicklung entgegenzuwirken, empfahl Professor Fickers, massiv in die Medienkompetenz einerseits und in die politische Bildung der Jugendlichen andererseits zu investieren. Im anschließenden Meinungsaustausch erörterten die Präsidentinnen und Präsidenten die Möglichkeiten, die sich zur Bekämpfung von Fake News bieten. Dabei wurde deutlich, dass die Parlamente zwar bereits zahlreiche, interessante Projekte und Initiativen zur politischen Bildung entwickelt haben, diese jedoch ausgebaut und vor allem auch bedarfsgerecht ausgerichtet werden müssen. Darüber hinaus müsse auch die Frage nach einer adäquaten Regulierung der digitalen Informations- und Kommunikationsplattformen gestellt und insbesondere unter Berücksichtigung der Grundfreiheiten beantwortet werden. Alle Anwesenden waren sich einig, dass das Phänomen der Falschmeldungen und deren Bekämpfung zu den vorrangig zu bearbeitenden politischen Prioritäten gehört.



Treffen der Parlamentspräsidenten
am 17. und 18. Juli 2023.

Von links nach rechts: Martin Candinas (Schweizer Nationalrat), Fernand Etgen (Luxemburger Abgeordnetenversammlung), Charles Servaty (Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft), Bärbel Bas (Deutscher Bundestag), Albert Frick (Landtag Liechtenstein), Wolfgang Sobotka (Österreichischer Nationalrat)

Parlamentspräsident Charles Servaty nutzte das Treffen im Übrigen dazu, den Gästen einen Einblick in die sozio-kulturelle und wirtschaftliche Attraktivität der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu ermöglichen. So stand zu Beginn des Treffens ein Besuch des international tätigen Unternehmens Puratos und dessen weltweit einmaligen Sauerteigbibliothek auf dem Programm. Im Anschluss erläuterte der Ehrenvorsitzende des Geschichts- und Museumsvereins „Zwischen Venn und Schneifel“ die wechselvolle Geschichte der Region und der Stadt Sankt Vith, bevor das Agora Theater sein beeindruckendes Stück „Hannah Arendt auf der Bühne“ aufführte.

VERNETZUNG DES PARLAMENTS

Der Aufbau von Netzwerken und die Schaffung von Synergien sind im Bereich der auswärtigen Beziehungen von großer Bedeutung.

Das Parlament pflegt durch die Teilnahme an bestehenden Strukturen (siehe Vertretung in Gremien) und durch direkte Kontakte gute Beziehungen zu anderen Parlamenten, zu Einrichtungen, aber auch zu Personen. Diese gilt es aufrechtzuerhalten und auszubauen. Der Blick über den Tellerrand ist dabei nicht nur auf die direkten Nachbarn zu richten, sondern auch auf entferntere Regionen in Europa mit ähnlichen Herausforderungen.

Neben den Kontakten auf politischer und administrativer Ebene werden weiterhin gemeinsame Sitzungen und Studienreisen angestrebt. Der Ausbau direkter persönlicher Kontakte und ein aktiver Meinungs austausch optimieren die interne Entscheidungsfindung, stärken die Außendarstellung und die Position des Parlaments und der Deutschsprachigen Gemeinschaft an sich innerbelgisch und über die Landesgrenzen hinaus.

BEGLEITUNG DER AUSSEN-BEZIEHUNGEN DER REGIERUNG

Die Zusammenarbeit des Parlaments und der Regierung im Bereich Außenbeziehungen legt den Fokus auf mögliche Synergien. Der Austausch wird ausgerichtet auf die Einbindung des Parlaments in institutionelle und thematische Bereiche. Die Regierung informiert das Parlament über anstehende Kooperationsabsichten und berichtet nach Abschluss eines Abkommens über dessen Inhalt. Auch das Parlament informiert unter denselben Prämissen die Regierung über seine auswärtigen Kontakte.

In Zukunft sollen noch regelmäßiger und anlassbezogen Informations- und Meinungs austausche erfolgen. Zur Ergänzung übermittelt die Regierung dem Parlament die Tagesordnungen und Beschlussfassungen des föderalen Konzentrationausschusses. Auch die zuständigen Verwaltungen arbeiten enger zusammen bzw. informieren sich gegenseitig über neue Entwicklungen und Projekte.

PERMANENTER BÜRGERDIALOG

in Ostbelgien

SACHSTAND

Nachdem das Parlament im Februar 2019 das Dekret zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedet hatte, war die Institutionalisierung von permanenter Bürgerbeteiligung in Ostbelgien in die Wege geleitet worden.

Der erste Bürgerrat war im September 2019 eingesetzt worden und konnte somit die erste Bürgerversammlung zum Thema „Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“ in den Monaten März 2020 bis September 2020 organisieren. Seitdem sind bereits mehrere Bürgerversammlungen organisiert worden und haben bereits mehrere Mitgliederwechsel im Bürgerrat stattgefunden. Es folgt eine Beschreibung der Ereignisse in der letzten Sitzungsperiode.

Berichte zu allen Sitzungen von Bürgerrat und Bürgerversammlung findet man auf der Internetseite www.buergerdialog.be.

Alle Bürgerversammlungen wurden auch von Mitarbeitern der UCL Louvain ausgewertet. Dazu haben entsprechende Mitarbeiter als stille Beobachter an den Sitzungen teilgenommen und Fragebögen von den teilnehmenden Bürgern ausfüllen lassen. Entsprechende Auswertungsberichte wurden dem Parlament und dem Bürgerrat zugestellt.

Die erste Bürgerversammlung zum Thema „Pflege“

Am 30. März 2022 fand die Abschlussveranstaltung zum Thema „Pflege“ statt. Ergebnis ist der Abschlussbericht, das **Parlamentsdokument 101 (2021-2022) Nr. 3**. Damit ist die Bürgerversammlung abgeschlossen. In dieser hier beschriebenen Sitzungsperiode fanden demnach keine Sitzungen mehr zur Bürgerversammlung „Pflege“ statt.

Die zweite Bürgerversammlung zum Thema „Inklusive Bildung“

Nachdem die teilnehmenden Bürger Empfehlungen zum Thema an die Politik überreicht und sich zur möglichen Umsetzung mit den Politikern am 14. Oktober 2021 ausgetauscht hatten, startete das sogenannte „Umsetzungsjahr“. Während dieser Phase war es



Bürgerdialog
in Ostbelgien

Aufgabe des Bürgerrats (zweiter Bürgerrat), die Umsetzung der Empfehlungen durch die Politik nachzuverfolgen.

Am 13. Oktober 2022 fand schließlich die Abschlussveranstaltung zum Thema „Inklusive Bildung“ statt. In einer dritten öffentlichen Ausschusssitzung diskutierten die Teilnehmer an der Bürgerversammlung mit den Vertretern von Regierung und Parlament die tatsächliche Umsetzung ihrer Bürgerempfehlungen. Ergebnis ist der Abschlussbericht, das **Parlamentsdokument 155 (2022-2023) Nr. 3**.

In der Plenarsitzung vom 30. Januar 2023 wurde dieses Dokument abschließend debattiert.

Die dritte Bürgerversammlung zum Thema „Bezahlbares Wohnen“

Mit der zweiten öffentlichen Ausschusssitzung am 1. Juli 2022 und der Veröffentlichung des entsprechenden Berichts (**Parlamentsdokument 186 (2021-2022) Nr. 2**) hatte in der vorherigen Sitzungsperiode das „Umsetzungsjahr“ zu diesen Bürgerempfehlungen begonnen. Während dieser Phase wird es Aufgabe des Bürgerrats (vierter und fünfter Bürgerrat) sein, die Umsetzung der Empfehlungen durch die Politik nachzuverfolgen.

Vor diesem Hintergrund hielt der zuständige 5. Bürgerrat am 10. Mai 2023 ein informelles Zwischentreffen mit dem Vorsitzenden des zuständigen Ausschusses (seines Zeichen Parlamentspräsident) und dem zuständigen Minister ab. Es folgten weitere Fragen an den Minister in Form einer schriftlichen Stellungnahme. Nach Erhalt der entsprechenden Antworten wertet der



Bürgerrat aus, ob die Abschlusssitzung zur Bürgerversammlung „Bezahlbares Wohnen“ stattfinden kann. Die dritte öffentliche Ausschusssitzung könnte somit voraussichtlich im Herbst 2023 stattfinden, um Rückblick auf die Umsetzung der Bürgerempfehlungen zu halten.

Die vierte Bürgerversammlung zum Thema „Digitale Fähigkeiten“

In dieser Sitzungsperiode fanden die Mitgliedertreffen der vierten Bürgerversammlung zum Thema „Digitale Fähigkeiten“ statt. Mit einer Terminfolge in den Monaten September bis November 2022 gab es somit den ersten regulären Durchlauf einer Bürgerversammlung ohne Corona-Bedingungen.

Am 19. November 2022 überreichten die Bürger ihre Empfehlungen an die Politik und stellten sie in einer ersten öffentlichen Ausschusssitzung am 6. Dezember 2022 inhaltlich vor. Die Bürgerempfehlungen sind nachzulesen im **Parlamentsdokument 240 (2022-2023) Nr. 1**.

Am 28. Februar 2023 fand die zweite öffentliche Ausschusssitzung statt, auf der der zuständige Fachausschuss eine erste Stellungnahme zur möglichen Umsetzung der Bürgerempfehlungen abgab. Diese ist nachzulesen im **Parlamentsdokument 240 (2022-2023) Nr. 2**.

Damit startete das sogenannte „Umsetzungsjahr“, in dem der fünfte Bürgerrat die Aufgabe haben wird, die Umsetzung der Bürgerempfehlungen durch die Politik nachzuverfolgen. Im Frühjahr 2024 wird voraussichtlich Rückblick gehalten (dritte öffentliche Ausschusssitzung).

Die fünfte Bürgerversammlung zum Thema „Integration von Zuwanderern“

Die Treffen der teilnehmenden Bürger an der Bürgerversammlung zum Thema „Integration von Zuwanderern“ fanden in den Monaten April bis Juni 2023 statt.

Am 3. Juni 2023 überreichten die Bürger ihre Empfehlungen an die Politik und stellten diese in einer ersten öffentlichen Ausschusssitzung am 21. Juni 2023 inhaltlich vor. Die Bürgerempfehlungen sind nachzulesen im **Parlamentsdokument 277 (2022-2023) Nr. 1**.

Die zweite öffentliche Ausschusssitzung zur Vorstellung der Stellungnahmen der zuständigen Fachausschüsse bezüglich einer möglichen Umsetzung der Bürgerempfehlungen findet voraussichtlich im Herbst 2023 statt. Ab dann wird der zuständige Bürgerrat im Rahmen des Umsetzungsjahres seine Arbeit zur Nachverfolgung der Empfehlungen beginnen.



Die Mitglieder der fünften Bürgerversammlung

Der Bürgerrat

Der Bürgerrat ist im Gegensatz zur Bürgerversammlung das permanente Gremium des Bürgerdialogs. Die Mitglieder versammeln sich etwa einmal im Monat und treffen organisatorische Entscheidungen. So legen sie beispielsweise das Diskussionsthema einer jeden Bürgerversammlung fest. Aber auch die Nachverfolgung der Umsetzung durch die Politik liegt in ihrer Verantwortung.

Der Bürgerrat setzt sich aus 24 Bürgern zusammen, die vorher bereits an einer Bürgerversammlung teilgenommen haben und somit schon wissen, wie der Bürgerdialog abläuft. Ein Mandat beträgt rund 18 Monate; alle 6 Monate (bzw. nach Abschluss einer Bürgerversammlung) wird ein Drittel der Mitglieder ausgetauscht. Ehemalige Mitglieder der abgeschlossenen Bürgerversammlungen rücken dann in den Bürgerrat nach.

Im September 2022 nahm der vierte Bürgerrat seine Sitzungstätigkeit nach der Sommerpause wieder auf. Er startete mit der Arbeit zur Nachverfolgung der Bürgerempfehlungen „Wohnen“, indem eine Delegation des Bürgerrats an den Sitzungen von Ausschuss I teilnahm, auf denen die sogenannte Orientierungsnote der Regierung im Vorfeld der Erstellung eines Dekretentwurfs zum Wohnungswesen debattiert wurde.

Im Januar 2023 wählte der vierte Bürgerrat aus den Vorschlägen der breiten Öffentlichkeit, die im Rahmen des Aufrufs durch den Bürgerrat im Frühjahr 2022 eingereicht worden waren, das Diskussionsthema für die fünfte Bürgerversammlung aus, die im Frühjahr 2023 startete: „Integration von Menschen mit Migrations-

hintergrund in Ostbelgien“. Neben der Themenwahl leitete der vierte Bürgerrat auch das entsprechende Losverfahren zur Ermittlung der Teilnehmer in die Wege.

Im März 2023 fand der nächste Mitgliederwechsel statt, sodass Mitglieder aus der vierten Bürgerversammlung nachrückten und der fünfte Bürgerrat eingesetzt wurde. Zum ersten Mal gab es mehr Bewerber als freie Plätze, sodass unter den Bewerbern ausgelost werden musste. Das führte dazu, dass wieder eine gute Durchmischung hinsichtlich Alter, Geschlecht und Wohnort im Bürgerrat erreicht werden konnte.

Dieser fünfte Bürgerrat organisierte somit die fünfte Bürgerversammlung und führte die Nachverfolgung der Umsetzung der Bürgerempfehlungen „Wohnen“ fort. Dazu nahm er weiterhin an den entsprechenden Ausschusssitzungen teil und organisierte ein Austauschgespräch mit den zuständigen Politikern im Mai 2023. Zuletzt bat er die Regierung um eine Stellungnahme zu den noch unbesprochenen Empfehlungen. Er wird voraussichtlich im Frühherbst 2023 vor der entsprechenden Abschlussitzung darüber beraten.

Zudem startete er die Nachverfolgung der Umsetzung der Bürgerempfehlungen „Digitalisierung“, indem er die zuständigen Politiker zu einem Austauschgespräch einlud, das im Herbst 2023 stattfinden würde. Auch die vom dritten Bürgerrat initiierte Arbeit zur Öffentlichkeitsarbeit rund um den Bürgerdialog und die Umsetzung der Social-Media-Strategie führte der fünfte Bürgerrat fort.

Im Herbst 2023 wird voraussichtlich der sechste Bürgerrat eingesetzt.



Der Bürgerrat im Mai 2023

50 JAHRE PARLAMENT – 50 JAHRE AUTONOMIE



Am 23. Oktober 2023 jährt sich zum 50. Mal die konstituierende Sitzung der ersten parlamentarischen Einrichtung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Seit einem halben Jahrhundert verfügen die deutschsprachigen Belgier über eine Volksvertretung mit Handlungsspielräumen, die im Laufe der Zeit stetig gewachsen sind. Zehn Jahre später, am 30. Januar 1984, wurde auch die erste Regierung eingesetzt. Und am 10. März 1974 wurde der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft zum ersten Mal direkt gewählt.

Vereint unter dem Stichwort „50 Jahre Autonomie“ nehmen sowohl Legislative als auch Exekutive ihre eigenen Jahrestage zum Anlass, verschiedene Veranstaltungen zu organisieren.

Das 50-jährige Jubiläum wird genutzt, um auf die Entwicklung der Autonomie zurückzublicken und um über Chancen und Herausforderungen zu diskutieren. Selbstverständlich wird der „runde Geburtstag“ auch angemessen gefeiert.

Die Projekte, die bereits in der vorherigen Ausgabe des Tätigkeitsberichts vorgestellt wurden, nehmen Form an und sind auch in der Sitzungsperiode 2022-2023 weitergeführt worden, denn das Parlament hat sich vorgenommen, am Ende der Legislaturperiode mit verschiedenen Veranstaltungen auf das Jubiläum hinzuweisen.

Es werden Publikationen erscheinen, an denen die Parlamentsverwaltung arbeitet, darunter ein Buch zur parlamentarischen Ereignisgeschichte. Höhepunkte des Veranstaltungskalenders sind sicherlich der Tag der offenen Tür am 10. September 2023 und die Festsitzung am 23. Oktober 2023, dem eigentlichen Jahrestag des 50-jährigen Bestehens der parlamentarischen Einrichtung.

Höhepunkt in der Sitzungsperiode 2022-2023 war die Organisation eines Jugendparlaments, bei dem die Teilnehmer an einem Wochenende über die parlamentarische Arbeit informiert wurden. Am 19. März 2023 endete das Jugendparlament mit einer Zusammenkunft im Plenarsaal des Parlaments. Dabei wurde intensiv ausgetauscht.

Im Frühjahr 2023 endete auch die Runde des Parlaments durch die Ortschaften. Insgesamt neunmal begegneten Abgeordnete Bürgern aus den ostbelgischen Gemeinden und hörten, was die Bewohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschäftigt. Die Frage, was die Gemeinden bewegt, war auch Thema von Gesprächen der Fraktionsvertreter mit den neun Gemeinde- und ÖSHZ-Räten im Frühsommer 2023. Im Herbst wird der Austausch mit verschiedenen Einrichtungen fortgeführt.

ANLAGE I – REGIERUNGSKONTROLLE

Abkürzungen:

BIF Bulletin Interpellationen und Fragen

AF Aktuelle Frage

DF Dringende Frage

Stand der Angaben: 12.09.2023

MÜNDLICHE FRAGEN 2022-2023

Nr.	Datum	Fragesteller	Fraktion	Gegenstand der Frage	Befragter Minister	Gremium	BIF
1106	19.09.2022	C. Kraft	CSP	AF: Schwierigkeiten der Gemeinden bei der Begleichung der hohen Energierechnungen	O. Paasch	Plenum	33
1107	26.09.2022	C. Kraft	CSP	AF: Empfohlener Aufnahmestopp für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine	A. Antoniadis	Plenum	33
1108	03.10.2022	A. Mockel	Ecolo	Energetische Sanierung und Mietpreisregulierung von Mietwohnungen	A. Antoniadis	AI	33
1109	03.10.2022	A. Mockel	Ecolo	Erhöhung der Gehaltstabelle des Generalsekretärs des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Entwicklung der Entschädigungen der Mitglieder der Regierung	O. Paasch	AI	33
1110	04.10.2022	P. Spies	SP	Auszeichnung für hochqualitative Wandererlebnisse	I. Weykmans	All	33
1111	04.10.2022	G. Freches	PFF	Informationsveranstaltung für Vereine zu den Satzungsanpassungen und Versicherungen	I. Weykmans	All	33
1112	04.10.2022	C. Kraft	CSP	Frauen- und gemischtgeschlechtliche Teams im Amateurfußball	I. Weykmans	All	33
1113	04.10.2022	A. Mockel	Ecolo	Inkrafttreten der neuen Regelung zum sogenannten Künstlerstatut	I. Weykmans	All	33
1114	04.10.2022	A. Mockel	Ecolo	Unterschied zwischen der Entlohnung von Männern und Frauen	I. Weykmans	All	33
1115	04.10.2022	P. Spies	SP	Europäische Woche des Sports 2022	I. Weykmans	All	33
1116	04.10.2022	P. Spies	SP	Finanzielle Situation der Kulturstätten	I. Weykmans	All	33
1117	04.10.2022	J. Grommes	ProDG	Nationalpark Hohes Venn	I. Weykmans	All	33
1118	04.10.2022	D. Stiel	Vivant	Erneuerung der Fenster am BRF-Funkhaus	I. Weykmans	All	33
1119	04.10.2022	P. Spies	SP	Einführung eines Kirchenbegleitplans	I. Weykmans	All	33
1120	05.10.2022	J. Huppertz	CSP	Alltagsbegleiter	A. Antoniadis	AIV	33
1121	05.10.2022	J. Huppertz	CSP	Hilfe für krebserkrankte junge Menschen	A. Antoniadis	AIV	33
1122	05.10.2022	J. Huppertz	CSP	Förderung des Netzwerks zur Bekämpfung von Armut nach strukturellen Lösungen zur Bewältigung der Energiekrise	A. Antoniadis	AIV	33
1123	05.10.2022	C. Servaty	SP	Bevorstehende Einführung des Pflegegelds der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	33
1124	05.10.2022	I. Voss-Werding	Ecolo	Gesundheitsprävention während der Energiekrise	A. Antoniadis	AIV	33
1125	05.10.2022	I. Voss-Werding	Ecolo	Entkriminalisierung des Drogenkonsums	A. Antoniadis	AIV	33
1126	05.10.2022	I. Voss-Werding	Ecolo	Finanzierungsschlüssel der Öffentlichen Sozialhilfezentren	A. Antoniadis	AIV	33
1127	05.10.2022	D. Stiel	Vivant	Rückstände von mRNA-Impfstoffen in der Muttermilch	A. Antoniadis	AIV	33

1128	05.10.2022	G. Freches	PFF	Sprachkompetenzen im Pflegesektor	A. Antoniadis	AIV	33
1129	05.10.2022	D. Stiel	Vivant	Überlastung der ÖSHZ durch die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine	A. Antoniadis	AIV	33
1130	06.10.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Reduzierung der Schulbesuchskosten im Sekundarschulwesen	L. Klinkenberg	AIII	33
1131	06.10.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Reform der Lehrergrundausbildung	L. Klinkenberg	AIII	33
1132	06.10.2022	K. Elsen	ProDG	Lehrerstatut in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIII	33
1133	06.10.2022	S. Pauels	CSP	Ernennungsstopp im öffentlichen Dienst	L. Klinkenberg	AIII	33
1134	06.10.2022	S. Pauels	CSP	Deutschunterricht in den frankofonen Nachbargemeinden	L. Klinkenberg	AIII	33
1135	06.10.2022	S. Pauels	CSP	Schwierige Suche nach Praktikumsstellen für Studenten der Bildungswissenschaften	L. Klinkenberg	AIII	33
1136	06.10.2022	E. Jadin	PFF	Brandschutz in den Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIII	33
1137	06.10.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Recht der Lehrkräfte auf Nichterreichbarkeit	L. Klinkenberg	AIII	33
1138	06.10.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Führungsteams in der Schulleitung	L. Klinkenberg	AIII	33
1139	17.10.2022	A. Mockel	Ecolo	AF: Angekündigte Aussetzung von Wohnräumen im Winter 2022	A. Antoniadis	Plenum	33
1140	07.11.2022	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Beteiligung der Deutschsprachigen Gemeinschaft an der NewB-Bank und Folgen des Austritts dieses Unternehmens aus dem Bankgeschäft	O. Paasch	AI	34
1141	07.11.2022	R. Heiners	ProDG	Aufgabe des Bankengeschäfts von NewB und Investitionen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	34
1142	07.11.2022	A. Mockel	Ecolo	Vereinfachung der Genehmigungsverfahren zum Bau von Windkraftanlagen	A. Antoniadis	AI	34
1143	07.11.2022	A. Mockel	Ecolo	Vermögensoffenlegung der Kirchenfabriken	O. Paasch	AI	34
1144	07.11.2022	A. Mockel	Ecolo	Erweiterung der Industriezone St. Vith II	A. Antoniadis	AI	34
1145	07.11.2022	F. Cremer	ProDG	Entwicklungen hinsichtlich einer siebten Staatsreform	O. Paasch	AI	34
1146	07.11.2022	R. Heiners	ProDG	Unzureichende Fördermittel bei Agra-Ost	O. Paasch	AI	34
1147	08.11.2022	G. Freches	PFF	Beihilfen für Sportvereine	I. Weykmans	AII	34
1148	08.11.2022	A. Mockel	Ecolo	Auszeichnung "Gelungene Umbauten Ostbelgien"	I. Weykmans	AII	34
1149	08.11.2022	A. Mockel	Ecolo	Förderung von geteilten Führungspositionen als Mittel zur Bekämpfung des Führungskräfte mangels	I. Weykmans	AII	34
1150	08.11.2022	D. Stiel	Vivant	Kurzarbeit	I. Weykmans	AII	34
1151	08.11.2022	P. Spies	SP	Ehrenamt in Ostbelgien	I. Weykmans	AII	34
1152	08.11.2022	D. Stiel	Vivant	Energiekosten im Horeca-Sektor	I. Weykmans	AII	34
1153	09.11.2022	L. Scholzen	ProDG	Betreuungssituation beeinträchtigter Personen ab dem 21. Lebensjahr	A. Antoniadis	AIV	34
1154	09.11.2022	C. Servaty	SP	Fehlende Wohnangebote für mehrfach beeinträchtigte Menschen über 21 Jahre	A. Antoniadis	AIV	34
1155	09.11.2022	J. Grommes	ProDG	Kinesitherapeuten in Ostbelgien	A. Antoniadis	AIV	34
1156	09.11.2022	G. Freches	PFF	Psychische Gesundheit der ostbelgischen Bevölkerung	A. Antoniadis	AIV	34

1157	09.11.2022	D. Stiel	Vivant	Grippeimpfung	A. Antoniadis	AIV	34
1158	09.11.2022	J. Huppertz	CSP	Unterstützung von nicht verheirateten Eltern- teilen nach dem Ableben des Partners oder der Partnerin	A. Antoniadis	AIV	34
1159	10.11.2022	S. Pauels	CSP	Neue Themen in den Rahmenplänen	L. Klinkenberg	AIII	34
1160	10.11.2022	A. Mertes	Vivant	Inhalte der Workshops des AGORA-Theaters im Rahmen der Theaterpädagogik	L. Klinkenberg	AIII	34
1161	10.11.2022	L. Scholzen	ProDG	"Einschreibegebühr an der Autonomen Hoch- schule"	L. Klinkenberg	AIII	34
1162	10.11.2022	K. Elsen	ProDG	Zukunft des Standorts der Kinderkrippe in der Eupener Unterstadt	L. Klinkenberg	AIII	34
1163	10.11.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Psychologen im ostbelgischen Unterrichts- wesen	L. Klinkenberg	AIII	34
1164	10.11.2022	A. Mertes	Vivant	Strukturreform der beruflichen Ausbildung	L. Klinkenberg	AIII	34
1165	10.11.2022	C. Kraft	CSP	Neutralität der Sekundarschulwahl	L. Klinkenberg	AIII	34
1166	10.11.2022	C. Kraft	CSP	BVA-Anträge im Unterrichtswesen	L. Klinkenberg	AIII	34
1167	10.11.2022	C. Kraft	CSP	Kostenlose Hausaufgabenbetreuung	L. Klinkenberg	AIII	34
1168	10.11.2022	C. Kraft	CSP	Unterricht mit digitalen Endgeräten	L. Klinkenberg	AIII	34
1169	10.11.2022	C. Kraft	CSP	Erhöhung der Funktionszuschüsse für die Schulen in der Deutschsprachigen Gemein- schaft	L. Klinkenberg	AIII	34
1170	10.11.2022	K. Neycken- Bartholemy	SP	Zugang zum Medizinstudium	L. Klinkenberg	AIII	34
1171	10.11.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Zulassung zum Amt des Förderpädagogen	L. Klinkenberg	AIII	34
1172	10.11.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Rahmenbedingungen der Lehrbefähigungen CAP und CAP+	L. Klinkenberg	AIII	34
1173	28.11.2022	F. Cremer	ProDG	Nächste Interreg-VI-Förderperiode	O. Paasch	AI	35
1174	28.11.2022	C. Servaty	SP	Investitionsplan der Öffentlichen Wohnungs- baugesellschaft Ostbelgien	A. Antoniadis	AI	35
1175	28.11.2022	R. Heiners	ProDG	Neue Entwicklungen im Bankengeschäft von NewB	O. Paasch	AI	35
1176	29.11.2022	J. Grommes	ProDG	Kleine und mittlere Unternehmen	I. Weykmans	AII	35
1177	29.11.2022	D. Stiel	Vivant	Seminar der Frauenliga zum Vermögensaufbau mit Aktien	I. Weykmans	AII	35
1178	29.11.2022	F. Cremer	ProDG	Archäologisches Areal „An der Burg“ in St. Vith	I. Weykmans	AII	35
1179	29.11.2022	P. Spies	SP	Programm Bel'J	I. Weykmans	AII	35
1180	30.11.2022	J. Huppertz	CSP	Pflegegeld für Senioren	A. Antoniadis	AIV	35
1181	30.11.2022	I. Voss- Werdning	Ecolo	Schwachstellen im neuen Pflegegeldsystem der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	35
1182	30.11.2022	D. Stiel	Vivant	Kritik der Krankenkassen am Dekret über das Pflegegeld für Senioren	A. Antoniadis	AIV	35
1183	30.11.2022	C. Servaty	SP	Energiepauschale zugunsten der Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	AIV	35
1184	30.11.2022	J. Huppertz	CSP	Zukunft des kommunalen Zweckverbandes Vivias und Auslastung der Wohn- und Pflege- zentren für Senioren in der Eifel	A. Antoniadis	AIV	35
1185	30.11.2022	D. Stiel	Vivant	Lohngefälle im Pflegesektor	A. Antoniadis	AIV	35

1186	30.11.2022	F. Cremer	ProDG	Finanzielle Situation der beiden ostbelgischen Krankenhäuser	A. Antoniadis	AIV	35
1187	30.11.2022	S. Pauels	CSP	Angebote des Beratungs- und Therapiezentrum in der Eifel	A. Antoniadis	AIV	35
1188	30.11.2022	J. Grommes	ProDG	Rückerstattung von Hebammenhonoraren	A. Antoniadis	AIV	35
1189	01.12.2022	A. Mertes	Vivant	Organisation zusätzlicher Unterrichtszeit	L. Klinkenberg	AIII	35
1190	01.12.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Bezahlung der Dozenten an der Autonomen Hochschule	L. Klinkenberg	AIII	35
1191	01.12.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Berücksichtigung des Inklusionsgedankens bei der Planung von neuen Schulinfrastrukturen	L. Klinkenberg	AIII	35
1192	01.12.2022	L. Scholzen	ProDG	Abschaffung der Weihnachtsprüfungen im Gemeinschafts-unterrichtswesen	L. Klinkenberg	AIII	35
1193	01.12.2022	C. Kraft	CSP	Zeitplan zum Vollstatut der Tagesmütter	L. Klinkenberg	AIII	35
1194	01.12.2022	C. Kraft	CSP	Konzept zu verpflichtenden Erste-Hilfe-Kursen in den Schulen	L. Klinkenberg	AIII	35
1195	01.12.2022	S. Pauels	CSP	Fusion des Zentrums für Förderpädagogik mit der Grundschule des Königlichen Athenäums St. Vith	L. Klinkenberg	AIII	35
1196	16.01.2023	R. Nelles	CSP	Sozialer Wohnungsbau in Flandern	A. Antoniadis	AI	36
1197	16.01.2023	R. Heiners	ProDG	Verteilung der 87,7 Millionen Euro aus dem europäischen Solidaritätsfonds für den Wiederaufbau nach der Flut	O. Paasch	AI	36
1198	16.01.2023	R. Heiners	ProDG	Vorbereitung einer Unterlassungsklage gegen den Kartensperrdienst Card Stop	O. Paasch	AI	36
1199	16.01.2023	C. Servaty	SP	Unterlassungsklage gegen Card Stop	O. Paasch	AI	36
1200	16.01.2023	A. Mockel	Ecolo	Ehrenamtliche Aufnahme von Geflüchteten oder Pflegebedürftigen in Privathaushalten	A. Antoniadis	AI	36
1201	16.01.2023	A. Mockel	Ecolo	Beratungen mit den Gemeindegremien über die Haushalte der Kirchenfabriken	O. Paasch	AI	36
1202	16.01.2023	F. Cremer	ProDG	Demoskopische Befragungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	36
1203	16.01.2023	E. Jadin	PFF	Mobilität im ländlichen Raum	O. Paasch	AI	36
1204	17.01.2023	A. Mockel	Ecolo	Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Arbeitsvermittlung	I. Weykmans	AII	36
1205	17.01.2023	G. Freches	PFF	Projekt Nationalpark Hohes Venn	I. Weykmans	AII	36
1206	17.01.2023	J. Grommes	ProDG	Verband deutschsprachiger Turnvereine	I. Weykmans	AII	36
1207	17.01.2023	P. Spies	SP	Zukunft des Museums „Baugnez44“	I. Weykmans	AII	36
1208	18.01.2023	C. Servaty	SP	Geplantes Infrastrukturvorhaben für betreutes bzw. begleitetes Wohnen	A. Antoniadis	AIV	36
1209	18.01.2023	D. Stiel	Vivant	Vorgezogene Pensionen und Laufbahnunterbrechungen über Zeitkredit im Krankenhaus Eupen	A. Antoniadis	AIV	36
1210	18.01.2023	J. Huppertz	CSP	Personalsituation im Eupener St.-Nikolaus-Hospital	A. Antoniadis	AIV	36
1211	18.01.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	Einsetzung eines Beirats für Menschen mit Beeinträchtigung	A. Antoniadis	AIV	36
1212	18.01.2023	G. Freches	PFF	Weiteres Vorgehen in Sachen Corona-Impfung nach der Schließung der Corona-Impfzentren von Eupen und St. Vith	A. Antoniadis	AIV	36
1213	18.01.2023	J. Grommes	ProDG	Unterstützung beim Zugang zur Gesundheitsversorgung	A. Antoniadis	AIV	36

1214	19.01.2023	L. Scholzen	ProDG	Unterstützungsmaßnahmen für Studierende im Hinblick auf den erfolgreichen Abschluss des Studiums	L. Klinkenberg	AIII	36
1215	19.01.2023	K. Neycken-Bartholemy	SP	Kinderbetreuung unter einem einzigen Träger	L. Klinkenberg	AIII	36
1216	19.01.2023	L. Göbbels	ProDG	Schulverwaltungsprogramm Skolengo	L. Klinkenberg	AIII	36
1217	19.01.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Übersicht über alle Unterstützungsangebote im Unterrichtswesen und die entsprechenden Verantwortlichen	L. Klinkenberg	AIII	36
1218	19.01.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Senkung der Altersgrenze für die Aufnahme in eine Förderschule	L. Klinkenberg	AIII	36
1219	19.01.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Absicherung der Pensionen des Personals der neuen Einrichtungen öffentlichen Interesses	L. Klinkenberg	AIII	36
1220	19.01.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Institut für Schulentwicklung in Ostbelgien	L. Klinkenberg	AIII	36
1221	19.01.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Betreuungsschlüssel in der Kleinkindbetreuung	L. Klinkenberg	AIII	36
1222	09.02.2023	K. Elsen	ProDG	Senkung des Kindergarteneintrittsalters ab dem Schuljahr 2024-2025	L. Klinkenberg	AIII	37
1223	09.02.2023	L. Scholzen	ProDG	Einführung des Studiengangs „Bachelor in Sozialer Arbeit“	L. Klinkenberg	AIII	37
1224	09.02.2023	K. Neycken-Bartholemy	SP	Ausbildung zum Kinderbetreuer	L. Klinkenberg	AIII	37
1225	13.02.2023	R. Nelles	CSP	Vorschlag der Verankerung einer Schuldenbremse in der Verfassung	O. Paasch	AI	37
1226	13.02.2023	R. Nelles	CSP	Ausgabenüberprüfung (Spending Review)	O. Paasch	AI	37
1227	13.02.2023	R. Nelles	CSP	Fördergebietskarte 2022-2027 für staatliche Investitionsbeiträgen	O. Paasch	AI	37
1228	13.02.2023	R. Nelles	CSP	Fördermittel für Agra-Ost	O. Paasch	AI	37
1229	13.02.2023	K.-H. Lambertz	SP	Programm REPowerEU	A. Antoniadis	AI	37
1230	13.02.2023	A. Mockel	Ecolo	Persönliche Auskünfte über Mietkandidaten	A. Antoniadis	AI	37
1231	13.02.2023	F. Cremer	ProDG	Projekte im Interreg-Programm der Großregion und im Programm der Interreg Maas-Rhein im Förderzeitraum 2014-2020	O. Paasch	AI	37
1232	14.02.2023	R. Nelles	CSP	Dienstleistungsschecks	I. Weykmans	All	37
1233	14.02.2023	G. Freches	PFF	Beschäftigungssituation von Frauen	I. Weykmans	All	37
1234	14.02.2023	A. Mockel	Ecolo	Auftragsvergabe betreffend das Glasfaserprojekt	I. Weykmans	All	37
1235	14.02.2023	L. Göbbels	ProDG	Organisation der Jugendlager im Sommer	I. Weykmans	All	37
1236	14.02.2023	D. Stiel	Vivant	Stand der Akte „Eyneburg“	I. Weykmans	All	37
1237	14.02.2023	P. Spies	SP	Einstufung der Musikvereine	I. Weykmans	All	37
1238	14.02.2023	P. Spies	SP	Inklusion im Sport und Unterstützung des Begleitenden Sportclubs	I. Weykmans	All	37
1239	15.02.2023	L. Göbbels	ProDG	Personalsituation im Zentrum für sozialpädagogische Kinder- und Jugendbetreuung (Zentrum Mosaik)	A. Antoniadis	AIV	37
1240	15.02.2023	J. Huppertz	CSP	Urteil des Verfassungsgerichtshofs zum Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 23. April 2018 über die Familienleistungen	A. Antoniadis	AIV	37
1241	15.02.2023	L. Scholzen	ProDG	Verbesserung der Attraktivität des Berufsbilds Sozialarbeiter/Sozialassistent	A. Antoniadis	AIV	37

1242	15.02.2023	D. Stiel	Vivant	Insektenpulver in Lebensmitteln	A. Antoniadis	AIV	37
1243	15.02.2023	D. Stiel	Vivant	Krankentransport	A. Antoniadis	AIV	37
1244	15.02.2023	D. Stiel	Vivant	Verbale oder tätliche Angriffe auf Ärzte	A. Antoniadis	AIV	37
1245	15.02.2023	J. Grommes	ProDG	Hilfen für die Opfer der Erdbebenkatastrophe im türkisch-syrischen Grenzgebiet	A. Antoniadis	AIV	37
1246	27.02.2023	J. Huppertz	CSP	AF: Aufklärung der Verbraucher über dubiose Praktiken im Finanz- bzw. Investmentbereich	A. Antoniadis	Plenum	37
1247	13.03.2023	R. Nelles	CSP	Ergebnisse der Bürgerbefragung zur nächsten Staatsreform	O. Paasch	AI	38
1248	13.03.2023	K.-H. Lambertz	SP	Weiterentwicklung des Autonomiestatuts der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	38
1249	13.03.2023	L. Scholzen	ProDG	Ausweitung des kostenlosen GrenzEcho-Abonnements auf ostbelgische Auszubildende	O. Paasch	AI	38
1250	13.03.2023	A. Mockel	Ecolo	Auswirkung der geplanten Steuerreform auf die Gemeinschafts- und Gemeindefinanzen	O. Paasch	AI	38
1251	13.03.2023	A. Mockel	Ecolo	Nutzung der App TikTok	O. Paasch	AI	38
1252	13.03.2023	A. Mockel	Ecolo	Ausweisung von Hochwasser-Risikogebieten und Bereitstellung von Finanzmitteln für die Umsetzung diesbezüglicher Maßnahmen	A. Antoniadis	AI	38
1253	13.03.2023	A. Mockel	Ecolo	Erweiterung des Gewerbegebiets St.Vith II und Ostbelgien Leben 2040	A. Antoniadis	AI	38
1254	13.03.2023	G. Freches	PFF	Ausbau des 5G-Netzes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	I. Weykmans	All	38
1255	14.03.2023	A. Mockel	Ecolo	Networkmarketing nach dem Schneeballprinzip	I. Weykmans	All	38
1256	14.03.2023	D. Stiel	Vivant	Rückgang der privaten Ausgaben für kulturelle Veranstaltungen	I. Weykmans	All	38
1257	14.03.2023	P. Spies	SP	Vierte Ausgabe des HEC Liège Business Game	I. Weykmans	All	38
1258	14.03.2023	P. Spies	SP	Erhöhung der Nutzungsgebühren von Sportinfrastrukturen aufgrund der aktuellen Energiepreise	I. Weykmans	All	38
1259	14.03.2023	P. Spies	SP	„KulturPass“ für Jugendliche	I. Weykmans	All	38
1260	15.03.2023	J. Huppertz	CSP	Besetzung des Beirats für Menschen mit Beeinträchtigung	A. Antoniadis	AIV	38
1261	15.03.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	Initiative "Gesundes Ostbelgien"	A. Antoniadis	AIV	38
1262	15.03.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	Zentrum für ukrainische Flüchtlinge in Worriken: Stand der Dinge	A. Antoniadis	AIV	38
1263	15.03.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	Zwangseinweisungen in die Psychiatrie	A. Antoniadis	AIV	38
1264	15.03.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	Änderungen des Codes 207 für Asylbewerber	A. Antoniadis	AIV	38
1265	15.03.2023	D. Stiel	Vivant	Bereitschaftsdienste der Apotheken	A. Antoniadis	AIV	38
1266	15.03.2023	D. Stiel	Vivant	Gesundheitsversorgung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	38
1267	15.03.2023	D. Stiel	Vivant	Reduzierung des Einsatzes von Bioziden	A. Antoniadis	AIV	38
1268	15.03.2023	J. Huppertz	CSP	Medikamentenmangel	A. Antoniadis	AIV	38
1269	16.03.2023	L. Göbbels	ProDG	Empfehlungen der Teilnehmer der Aktion „Zug der Demokratie“ zu Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen des Schulbauprogramms II	L. Klinkenberg	All	38
1270	16.03.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs durch Lehrerzufriedenheit	L. Klinkenberg	All	38

1271	16.03.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Verwaltungsrat des künftigen Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kleinkindbetreuung	L. Klinkenberg	AIII	38
1272	16.03.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Analyse des Aufgabenspektrums der Dozierenden der Autonomen Hochschule	L. Klinkenberg	AIII	38
1273	16.03.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Aktion „Zora Zisch, die Verkehrsschlange“ im Rahmen der Europäischen Woche der Mobilität	L. Klinkenberg	AIII	38
1274	16.03.2023	S. Pauels	CSP	Religions- und Moralunterricht	L. Klinkenberg	AIII	38
1275	16.03.2023	S. Pauels	CSP	Teilnahme am EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch	L. Klinkenberg	AIII	38
1276	16.03.2023	S. Pauels	CSP	Einfluss von ChatGPT auf den Unterricht	L. Klinkenberg	AIII	38
1277	16.03.2023	K. Neycken-Bartholemy	SP	Aufstockung der Lehrlingsentschädigung und ihre steuerlichen Auswirkungen	L. Klinkenberg	AIII	38
1278	16.03.2023	K. Neycken-Bartholemy	SP	Aufwertung des Lehrerberufs auf EU-Ebene	L. Klinkenberg	AIII	38
1279	16.03.2023	K. Elsen	ProDG	Fachberatung für politisch-demokratische Bildung	L. Klinkenberg	AIII	38
1280	16.03.2023	J. Huppertz	CSP	Schimmelpyramide im César-Franck-Athenäum Kelmis	L. Klinkenberg	AIII	38
1281	16.03.2023	A. Mertes	Vivant	Reform der Schnupperwochen	L. Klinkenberg	AIII	38
1282	16.03.2023	C. Kraft	CSP	Grundausbildung von Tagesmüttern und Tagesvätern	L. Klinkenberg	AIII	38
1283	16.03.2023	C. Kraft	CSP	Von der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht anerkannte Weiterbildungsmöglichkeiten	L. Klinkenberg	AIII	38
1284	16.03.2023	C. Kraft	CSP	Prämien für zeitaufwändige und qualitativ hochstehende Weiterbildungen im Bildungswesen	L. Klinkenberg	AIII	38
1285	16.03.2023	C. Kraft	CSP	Prävention von Konflikten an Schulen in Zusammenhang mit dem Tausch von Sammelbildchen	L. Klinkenberg	AIII	38
1286	27.03.2023	J. Huppertz	CSP	AF: Programm für Menschen, bei denen die Corona-Impfung schwere gesundheitliche Schäden verursacht hat	A. Antoniadis	Plenum	38
1287	03.04.2023	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Stand der Dinge hinsichtlich der Finanzierung der Flutschäden auf dem Gebiet der Stadt Eupen	O. Paasch	AI	
1288	03.04.2023	R. Nelles	CSP	Stand der Dinge hinsichtlich der Umgehungsstraße N62 nach Aussprache mit dem zuständigen Minister der Wallonischen Region	A. Antoniadis	AI	
1289	03.04.2023	R. Heiners	ProDG	Weitere Vorgehensweise der Regierung bezüglich der Umgehungsstraße N62	A. Antoniadis	AI	
1290	03.04.2023	K.-H. Lambertz	SP	EU-Normen für die Energieeffizienz von Gebäuden	A. Antoniadis	AI	
1291	03.04.2023	L. Scholzen	ProDG	Label „Made in Ostbelgien“	O. Paasch	AI	
1292	03.04.2023	A. Mockel	Ecolo	Qualitativ hochwertige Bankdienstleistungen	O. Paasch	AI	
1293	03.04.2023	A. Mockel	Ecolo	Umsetzung des Klimaschutzpfades der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	
1294	04.04.2023	G. Freches	PFF	Heranführung junger Menschen an Medienberufe	I. Weykmans	All	
1295	04.04.2023	G. Freches	PFF	Angepasste Regeln für Jugendlager	I. Weykmans	All	
1296	04.04.2023	A. Mockel	Ecolo	Zugänglichkeit der Kultur- und Freizeitinfrastruktur	I. Weykmans	All	
1297	04.04.2023	A. Mockel	Ecolo	Verlosung von Interrail-Tickets	I. Weykmans	All	
1298	04.04.2023	P. Spies	SP	Auswirkungen künstlicher Intelligenz auf die Arbeitswelt	I. Weykmans	All	

1299	04.04.2023	P. Spies	SP	Föderaler Gesetzentwurf betreffend die qualifizierten Helfer (aidants qualifiés)	I. Weykmans	All
1300	05.04.2023	J. Huppertz	CSP	Long-COVID-Angebote	A. Antoniadis	AIV
1301	05.04.2023	J. Huppertz	CSP	Pflegefamilien	A. Antoniadis	AIV
1302	05.04.2023	J. Huppertz	CSP	Demenzdorf Süssendell bei Stolberg	A. Antoniadis	AIV
1303	05.04.2023	J. Huppertz	CSP	Obdachlosigkeit in Ostbelgien	A. Antoniadis	AIV
1304	05.04.2023	L. Scholzen	ProDG	Zählung von Wohnungs- und Obdachlosen durch die König-Baudouin-Stiftung	A. Antoniadis	AIV
1305	05.04.2023	D. Stiel	Vivant	Obdach- und Wohnungslosigkeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV
1306	05.04.2023	K.-H. Lambertz	SP	Interföderaler Plan 2023-2025 zur Bekämpfung des schädlichen Alkoholkonsums	A. Antoniadis	AIV
1307	05.04.2023	D. Stiel	Vivant	Übernahme von Pflegeaufgaben durch qualifizierte Hilfskräfte	A. Antoniadis	AIV
1308	05.04.2023	J. Grommes	ProDG	Brustkrebsbehandlung in Ostbelgien	A. Antoniadis	AIV
1309	06.04.2023	K.-H. Lambertz	SP	Umsetzung der Reform des Regionalzentrums für Kleinkindbetreuung	L. Klinkenberg	AIII
1310	06.04.2023	K.-H. Lambertz	SP	Inhalt des Tätigkeitsberichts 2022 des Rats für Erwachsenenbildung	L. Klinkenberg	AIII
1311	06.04.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Statut der Tageseltern ab 2024	L. Klinkenberg	AIII
1312	06.04.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Vernetzung von Schulen, Standorten der außerschulischen Betreuung und Standorten der Hausaufgabenbetreuung	L. Klinkenberg	AIII
1313	06.04.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Schaffung einer paragemeinschaftlichen Einrichtung für das Förderschulwesen	L. Klinkenberg	AIII
1314	06.04.2023	A. Mertes	Vivant	Erste-Hilfe-Kurse in den Schulen und im Zentrum für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand	L. Klinkenberg	AIII
1315	06.04.2023	S. Pauels	CSP	Prioritäten bezüglich der Empfehlungen der Bildungsexperten Piller und Born	L. Klinkenberg	AIII
1316	06.04.2026	A. Jerusalem	Ecolo	Stipendiensystem für Studierende, die ihr Studium außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft absolvieren	L. Klinkenberg	AIII
1317	24.04.2023	P.Spies	SP	AF: Perspektiven der Kirchenfabriken	O. Paasch	Plenum
1318	08.05.2023	K.-H. Lambertz	SP	Rahmenbedingungen für den Haushaltspfad der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI
1319	08.05.2023	M.Balter	Vivant	Reform der EU-Haushaltsregeln	O. Paasch	AI
1320	08.05.2023	F. Cremer	ProDG	Nichteinhaltung der Sprachengesetzgebung durch den Dienstleister Reprobél	O. Paasch	AI
1321	08.05.2023	A. Mockel	Ecolo	Energiekataster für öffentliche Gebäude	A. Antoniadis	AI
1322	08.05.2023	A. Mockel	Ecolo	Made in Ostbelgien und Nachhaltigkeit	O. Paasch	AI
1323	08.05.2023	A. Mockel	Ecolo	Audit des Rechnungshofs zur Industrie- und Gewerbegebietspolitik	A. Antoniadis	AI
1324	08.05.2023	K.-H. Lambertz	SP	Auswirkungen der wallonischen Gesetzgebung betreffend den Erdaushub auf die Deutschsprachige Gemeinschaft	A. Antoniadis	AI
1325	08.05.2023	M.Balter	Vivant	Klimaplan der Wallonischen Region	A. Antoniadis	AI
1326	09.05.2023	D. Stiel	Vivant	Aktion „Machet auf das Tor!“	I. Weykmans	All
1327	09.05.2023	G. Freches	PFF	Airbnb-Angebot in Ostbelgien	I. Weykmans	All

1328	09.05.2023	G. Freches	PFF	Interreg-Projekt youRegion	I. Weykmans	All
1329	09.05.2023	L. Göbbels	ProDG	Umsetzung der Kampagne „Sprache zeigt Respekt“ des RDJ und der Jugendinfo	I. Weykmans	All
1330	09.05.2023	J. Grommes	ProDG	Teilnahme von Jugendlichen ab 16 Jahren an der Wahl zum Europäischen Parlament 2024	I. Weykmans	All
1331	09.05.2023	F. Cremer	ProDG	Fortschritt der Arbeiten auf dem Areal der archäologischen Fundstätte in St. Vith	I. Weykmans	All
1332	09.05.2023	P. Spies	SP	Fazit der Aktionswochen Fachkräfte	I. Weykmans	All
1333	09.05.2023	D. Stiel	Vivant	Neue Gesetzgebung für Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht	I. Weykmans	All
1334	09.05.2023	P. Spies	SP	Erlangung des Führerscheins durch junge Erwachsene	I. Weykmans	All
1335	10.05.2023	J. Huppertz	CSP	Hilfe für Frauen in Not	A. Antoniadis	AIV
1336	10.05.2023	J. Grommes	ProDG	Beschäftigung von Rentnern und Studenten im Pflegebereich zu steuerlich vorteilhaften Konditionen	A. Antoniadis	AIV
1337	10.05.2023	J. Huppertz	CSP	Grenzüberschreitende Kooperation zwischen ostbelgischen und rheinland-pfälzischen Krankenhäusern	A. Antoniadis	AIV
1338	10.05.2023	J. Huppertz	CSP	Zusammenarbeit mit Rheinland-Pfalz bezüglich des Kindergelds	A. Antoniadis	AIV
1339	10.05.2023	J. Huppertz	CSP	Aufklärung von Investitionsbetrug	A. Antoniadis	AIV
1340	10.05.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	Biorhythmus von Kindern und Jugendlichen in Bezug auf Bildschirmzeiten	A. Antoniadis	AIV
1341	10.05.2023	D. Stiel	Vivant	Hotline für Impfgeschädigte	A. Antoniadis	AIV
1342	11.05.2023	J. Huppertz	CSP	Evaluierung des Fahrschuldekrets	L. Klinkenberg	AIV
1343	11.05.2023	L. Göbbels	ProDG	Hausunterricht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV
1344	11.05.2023	K. Elsen	ProDG	Schnupperwochen in der DG	L. Klinkenberg	AIV
1345	11.05.2023	K. Elsen	ProDG	Schulverwaltungssoftware Skolengo	L. Klinkenberg	AIV
1346	11.05.2023	L. Scholzen	ProDG	Ergebnisse der DELF-Testung	L. Klinkenberg	AIV
1347	11.05.2023	A. Mertes	Vivant	Verwendung digitaler Technologien durch Schüler im schulischen Kontext	L. Klinkenberg	AIV
1348	11.05.2023	K. Neycken-Bartholemy	SP	Sensibilisierung für einen respektvollen Sprachgebrauch im Unterrichtswesen	L. Klinkenberg	AIV
1349	11.05.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Rettung des Tagesmütterhauses Marienkäfer	L. Klinkenberg	AIV
1350	11.05.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Mentorenausbildung	L. Klinkenberg	AIV
1351	11.05.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Maßnahmen der Regierung in Bezug auf zukunftsfähige Schulküchen	L. Klinkenberg	AIV
1352	11.05.2023	C. Kraft	CSP	Alternative Nachprüfungsmodelle	L. Klinkenberg	AIV
1353	11.05.2023	C. Kraft	CSP	Forderung des Jugendparlaments nach einem Schülerausweis	L. Klinkenberg	AIV
1354	11.05.2023	C. Kraft	CSP	Schwimmunterricht in den Nordgemeinden	L. Klinkenberg	AIV
1355	11.05.2023	S. Pauels	CSP	Gleichstellung und Anerkennung von Diplomen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV
1356	11.05.2023	S. Pauels	CSP	Neuberechnung der Arbeitszeit einer Lehrkraft im Unterrichtswesen	L. Klinkenberg	AIV
1357	22.05.2023	J. Huppertz	CSP	AF: Wiedereinrichtung der Entbindungsstation im Eupener St. Nikolaus-Hospital	A. Antoniadis	Plenum

1358	05.06.2023	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Einstein-Teleskop	O. Paasch	AI
1359	05.06.2023	A. Mockel	Ecolo	Konsultierung der DG zum wallonischen Raumentwicklungsschema	A. Antoniadis	AI
1360	05.06.2023	A. Mockel	Ecolo	2. Rentensäule für vertraglich Angestellte im öffentlichen Dienst	O. Paasch	AI
1361	05.06.2023	A. Mockel	Ecolo	Zusammenarbeit IWEPS und Organisation von Expertise in der DG	O. Paasch	AI
1362	05.06.2023	F. Cremer	ProDG	Entscheidung über den Standort für das zukünftige Einstein-Teleskop	O. Paasch	AI
1363	05.06.2023	M. Balter	Vivant	Äußerungen des Ministerpräsidenten zur theoretischen Führerscheinprüfung	O. Paasch	AI
1364	05.06.2023	K.-H. Lambertz	SP	Festlegung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Kommunalwahlen im Oktober 2024	O. Paasch	AI
1365	06.06.2023	A. Mockel	Ecolo	Aktuelle Herausforderungen an LOS	I. Weykmans	All
1366	06.06.2023	A. Mockel	Ecolo	Vier Tage-Woche auf 38 Stunden-Basis in Ostbelgien	I. Weykmans	All
1367	06.06.2023	A. Mockel	Ecolo	Dorfentwicklung und ländliche Entwicklung in der DG	I. Weykmans	All
1368	06.06.2023	J. Grommes	ProDG	Seitens der Wallonischen Region gewährter höherer Zuschuss für das Hohe Venn	I. Weykmans	All
1369	06.06.2023	D. Stiel	Vivant	Aufnahmestopp in den Tierheimen	I. Weykmans	All
1370	06.06.2023	P. Spies	SP	Kulturerbe erfassen	I. Weykmans	All
1371	06.06.2023	P. Spies	SP	Sportlehrer fordern mehr Sportunterricht	I. Weykmans	All
1372	07.06.2023	J. Huppertz	CSP	Häusliche Pflege – Streikaktion des Personals	A. Antoniadis	AIV
1373	07.06.2023	J. Huppertz	CSP	Anpassung des Kindergeldes	A. Antoniadis	AIV
1374	07.06.2023	K.-H. Lambertz	SP	Geplante Verbesserungen im Pflegesektor	A. Antoniadis	AIV
1375	07.06.2023	K.-H. Lambertz	SP	Unterschiede zwischen den grenzüberschreitenden Rettungsdiensten im Norden und im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV
1376	07.06.2023	J. Huppertz	CSP	Steigerung der Zahl der Allgemeinmediziner	A. Antoniadis	AIV
1377	07.06.2023	J. Huppertz	CSP	Informationskampagne zur Patientensicherheit	A. Antoniadis	AIV
1378	07.06.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	Anpassungen im System „Pflegegeld Senioren“	A. Antoniadis	AIV
1379	07.06.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	BelRai-Screening	A. Antoniadis	AIV
1380	07.06.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	Gesundes Essen in den WPZS der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV
1381	07.06.2023	D. Stiel	Vivant	Risiko des Augeninfarkts nach mRNA-Impfung	A. Antoniadis	AIV
1382	08.06.2023	A. Mertes	Vivant	Traktor-Führerschein	L. Klinkenberg	AIII
1383	08.06.2023	S. Pauels	CSP	Erwerb des Traktorführerscheins	L. Klinkenberg	AIII
1384	08.06.2023	A. Jerusalem	Ecolo	BVA-Stunden und Sonderaufträge für das kommende Schuljahr	L. Klinkenberg	AIII
1385	08.06.2023	L. Scholzen	ProDG	Lesekompetenz in der Grundschule	L. Klinkenberg	AIII
1386	08.06.2023	C. Kraft	CSP	Ergebnisse der IGLU-Studie 2021	L. Klinkenberg	AIII
1387	08.06.2023	K. Elsen	ProDG	Senkung des Schulpflichtalters	L. Klinkenberg	AIII

1388	08.06.2023	K. Neycken-Bartholemy	SP	Erste Hilfe in der Schule – das Konzept Juniorhelfer	L. Klinkenberg	AIII
1389	08.06.2023	C. Kraft	CSP	Alternative Modelle des Schulschwimmens – die Transportkosten	L. Klinkenberg	AIII
1390	26.06.2023	C. Kraft	CSP	Letztwöchiges Treffen zwischen den Ministerinnen Weykmans und Klinkenberg und besorgten Sportlehrern	L. Klinkenberg	Plenum
1391	26.06.2023	F. Mockel	Ecolo	Erstelltes "strategisches Schema für das Wersertal" infolge der Überschwemmungskatastrophe im Juli 2021	A. Antoniadis	Plenum
1392	11.09.2023	K.-H. Lambertz	SP	Besetzung von Leitungspositionen im öffentlichen Dienst der DG	O. Paasch	AI
1393	11.09.2023	M. Balter	Vivant	Erhalt von Geldautomaten in ländlichen Gebieten und seine diesbezüglichen Äußerungen dazu	O. Paasch	AI
1394	11.09.2023	M. Balter	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 337 bezüglich Gründächern auf öffentlichen Gebäuden	A. Antoniadis	AI
1395	11.09.2023	L. Scholzen	ProDG	Verkehrssicherheitskampagne zum Schulstart	O. Paasch	AI
1396	11.09.2023	F. Mockel	Ecolo	Verweigerung der Städtebaugenehmigung für eine Asylbewerberunterkunft in Büllingen	A. Antoniadis	AI
1397	11.09.2023	F. Mockel	Ecolo	widersprüchliche Handhabung bei Genehmigungen von Schottergärten ab 8m ² und privaten Parkplätzen bis 300m ²	A. Antoniadis	AI
1398	11.09.2023	R. Heiners	ProDG	Pilotprojekte der Gemeinden zum integrierten Energie- und Klimaplan	O. Paasch	AI
1399	11.09.2023	F. Mockel	Ecolo	Zeitweilige Aufhebung der Mietpreisindexierung von energiefressenden Wohnungen	A. Antoniadis	AI
1400	12.09.2023	G. Freches	PFF	Besetzung von Papierlosen für Mangelberufe	I. Weykmans	All
1401	12.09.2023	G. Freches	PFF	Neue Maßnahmen zur Begleitung von Arbeitssuchenden	I. Weykmans	All
1402	12.09.2023	F. Mockel	Ecolo	Initiative "Weniger Wohnraum, mehr Lebensqualität"	I. Weykmans	All
1403	12.09.2023	F. Mockel	Ecolo	Wechsel an der Spitze von Go Fiber	I. Weykmans	All
1404	12.09.2023	F. Mockel	Ecolo	Nachhaltigkeit im Event-Sektor	I. Weykmans	All
1405	12.09.2023	D. Stiel	Vivant	Kreative Ferienangebote für Kinder und Jugendliche	I. Weykmans	All
1406	12.09.2023	K. Elsen	ProDG	Wirtschaft macht Schule	I. Weykmans	All
1407	12.09.2023	P. Spies	SP	Glasfaserausbau	I. Weykmans	All
1408	12.09.2023	P. Spies	SP	Projekt Q-BoOST	I. Weykmans	All
1409	12.09.2023	P. Spies	SP	Tage des offenen Denkmals	I. Weykmans	All
1410	13.09.2023	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Medizinische Behandlung in der Muttersprache	A. Antoniadis	AIV
1411	13.09.2023	L. Scholzen	ProDG	Medizinische Versorgung in deutscher Sprache	A. Antoniadis	AIV
1412	13.09.2023	D. Stiel	Vivant	Aussagen des Ministers zur medizinischen Versorgung in der Muttersprache	A. Antoniadis	AIV
1413	13.09.2023	D. Stiel	Vivant	Bereitschaftsdienste der Apotheken	A. Antoniadis	AIV
1414	13.09.2023	D. Stiel	Vivant	Gesundheitsberuf Praxisassistent	A. Antoniadis	AIV
1415	13.09.2023	K.-H. Lambertz	SP	Aktualisierung der elektronischen Fußfesseln in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV

1416	13.09.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	Prävention während Hitzewellen	A. Antoniadis	AIV
1417	13.09.2023	F. Cremer	ProDG	Bevorstehende Schließung der Tagespflegestätte im Seniorenheim Sankt Franziskus in Eupen	A. Antoniadis	AIV
1418	13.09.2023	J. Grommes	ProDG	Grenzüberschreitende Notfallversorgung	A. Antoniadis	AIV
1419	13.09.2023	J. Grommes	ProDG	Kindergeld für "Menas"	A. Antoniadis	AIV
1420	14.09.2023	K. Neycken-Bartholemy	SP	Mobbingprävention in der Schule - Information zum Schuljahresbeginn	L. Klinkenberg	AIII
1421	14.09.2023	L. Scholzen	ProDG	Neues Berufsbild "assistants de pratique" im belgischen Gesundheitswesen	L. Klinkenberg	AIII
1422	14.09.2023	K. Elsen	ProDG	DuO-Ausbildungsförderung für Mangelberufe	L. Klinkenberg	AIII
1423	14.09.2023	L. Göbbels	ProDG	Ausstattung der Sekundarschüler und Lehrlinge mit Laptops	L. Klinkenberg	AIII
1424	14.09.2023	C. Kraft	CSP	Flächendeckende Laptop-Ausstattung der DG-Sekundarschulen	L. Klinkenberg	AIII
1425	14.09.2023	A. Mertes	Vivant	Schulaufsicht bei außerschulischen Aktivitäten	L. Klinkenberg	AIII
1426	14.09.2023	C. Kraft	CSP	Werbeaktivitäten der Schulen zwecks Steigerung der Anmeldungen	L. Klinkenberg	AIII
1427	14.09.2023	C. Kraft	CSP	Sachstand zur angekündigten Betriebskrippe	L. Klinkenberg	AIII
1428	14.09.2023	C. Kraft	CSP	Bewertung von Kleiderordnung und Schuluniform	L. Klinkenberg	AIII
1429	14.09.2023	C. Kraft	CSP	Bilanzziehung der kostenlosen Menstruationsprodukte: Resonanz aus den Schulen	L. Klinkenberg	AIII
1430	14.09.2023	S. Pauels	CSP	Zeitplan der Gesamtvision 2040	L. Klinkenberg	AIII
1431	14.09.2023	S. Pauels	CSP	Sachstand zum Institut für Schulentwicklung	L. Klinkenberg	AIII
1432	14.09.2023	S. Pauels	CSP	Sachstand der kostenlosen Hausaufgabenschule	L. Klinkenberg	AIII
1433	14.09.2023	S. Pauels	CSP	Middle Manager im Primarschulwesen	L. Klinkenberg	AIII
1434	14.09.2023	S. Pauels	CSP	Ergebnisse der VERA-8-Erhebung	L. Klinkenberg	AIII

SCHRIFTLICHE FRAGEN 2022-2023

Frage Nr.	Datum	Fragesteller	Fraktion	Thema	Befragter Minister	Antwort	BIF
282	05.09.2022	A. Mertens	Vivant	Elterneinsprüche bei Sitzenbleiben	L. Klinkenberg	06.10.2022	33
283	05.09.2022	A. Mertens	Vivant	Ankauf von weiteren Masken und Antigen-Selbsttests zum Schulstart	L. Klinkenberg	06.10.2022	33
284	22.09.2022	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 280 zum Thema Doomscrolling	I. Weykmans	24.10.2022	33
285	27.09.2022	C. Kraft	CSP	Ernennungsstopp im Ministerium	O. Paasch	28.10.2022	33
286	27.09.2022	C. Kraft	CSP	Erhöhung der Gemeindedotation	O. Paasch	28.10.2022	33
287	28.09.2022	J. Huppertz	CSP	Steigende Zahlen von Studierenden, die eine finanzielle Unterstützung beantragen	L. Klinkenberg	28.10.2022	33
288	04.10.2022	J. Grommes	ProDG	Energie in unseren Industrieparks	A. Antoniadis	10.11.2022	34
289	06.10.2022	A. Mockel	Ecolo	Gehälter bzw. Entschädigungen der Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	18.11.2022	34
290	11.10.2022	J. Huppertz	CSP	Gehaltstabellen im Pflegesektor	A. Antoniadis	22.11.2022	34
291	18.10.2022	M. Balter	Vivant	Kreativ Geld verdienen 2022	I. Weykmans	30.11.2022	35
292	19.10.2022	M. Balter	Vivant	Mangelernährung in den Wohn- und Pflegezentren (WPZs) als Nachfrage zu unseren schriftlichen Fragen Nrn. 205 und 252	A. Antoniadis	30.11.2022	35
293	26.10.2022	M. Balter	Vivant	Nachfrage zur mündlichen Frage Nr. 320 (Ecolo) zum Leader-Projekt "Generation Zero Watt"	L. Klinkenberg	05.12.2022	35
294	27.10.2022	M. Balter	Vivant	Zusatzstoffe in der Nahrung und Etikettierung von Lebensmitteln als Nachfrage zu unserem Resolutionsvorschlag vom 13.09.2016	A. Antoniadis	07.12.2022	35
295	07.11.2022	S. Pauels	CSP	Unbesetzte Personalstellen im Unterrichtswesen	L. Klinkenberg	12.12.2022	35
296	07.11.2022	A. Mertens	Vivant	Flächendeckender Glasfaserausbau in Ostbelgien	I. Weykmans	12.12.2022	35
297	17.11.2022	D. Stiel	Vivant	Home-Office und Co-Working in der Energiekrise	I. Weykmans	21.12.2022	35
298	17.11.2022	J. Huppertz	CSP	Warteliste bei der Bearbeitung von Anträgen bei der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben (DSL)	A. Antoniadis	21.12.2022	35
299	17.11.2022	J. Huppertz	CSP	Umwandlung von Kurzzeit- in Langzeitpflegeplätze in Altenheimen	A. Antoniadis	21.12.2022	35
300	21.11.2022	K. Elsen	ProDG	Schulische Berufsorientierung	I. Weykmans	21.12.2022	35
301	21.11.2022	G. Freches	PFF	Tourismus Destination Ostbelgien	I. Weykmans	21.12.2022	35
302	23.11.2022	M. Balter	Vivant	Nutzung des Klosters Heidberg in den Jahren 2020, 2021 und 2022	O. Paasch	23.12.2022	35
303	06.12.2022	D. Stiel	Vivant	Impfen ohne Impfzentrum	A. Antoniadis	13.01.2023	36
304	14.12.2022	A. Mertens	Vivant	Von der DG anerkannte Kulturproduzenten	I. Weykmans	24.01.2023	36
305	12.01.2023	A. Mockel	Ecolo	Inventarisierung und mögliche Rückgabe von Werken aus der Kolonialzeit	I. Weykmans	14.02.2023	37
306	16.01.2023	G. Freches	PFF	Wirtschaftswissen leicht gemacht	L. Klinkenberg	14.02.2023	37
307	16.01.2023	E. Jadin	PFF	Zertifizierung/Anerkennung von erworbenen Fähigkeiten durch ukrainische Flüchtlinge	L. Klinkenberg	14.02.2023	37
308	23.01.2023	G. Freches	PFF	Benotungssysteme in den Primarschulen der DG	L. Klinkenberg	27.02.2023	37
309	23.01.2023	G. Freches	PFF	Schulbau-Moderator	L. Klinkenberg	27.02.2023	37

310	01.02.2023	M. Balter	Vivant	Gebäude Haus Klötzerbahn 27	O. Paasch	13.03.2023	37
311	02.02.2023	A. Mertes	Vivant	Schulbauprojekt PPP II	L. Klinkenberg	13.03.2023	38
312	02.02.2023	D. Stiel	Vivant	Steigende Zahl Invaliden in der DG	A. Antoniadis	10.03.2023	38
313	13.02.2023	D. Stiel	Vivant	Schließung von Krankenhausbetten wegen Fachkräftemangels	A. Antoniadis	20.03.2023	38
314	17.02.2023	J. Huppertz	CSP	Kosten im Rahmen des Verfahrens um das Dekret über die Familienleistungen	A. Antoniadis	28.03.2023	38
315	23.02.2023	D. Stiel	Vivant	Fußfesseln	A. Antoniadis	28.03.2023	38
316	27.02.2023	D. Stiel	Vivant	Zählung von Wohnungslosen in der DG	A. Antoniadis	27.03.2023	38
317	07.03.2023	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Aufstellen von Werbebannern und Plakatwechslern	A. Antoniadis	12.04.2023	
318	09.03.2023	M. Balter	Vivant	Nachfrage zum Thema Burnout	A. Antoniadis	12.04.2023	
319	09.03.2023	M. Balter	Vivant	Nachfrage zu unserer schriftlichen Frage Nr. 33 zum Thema Diabetes	A. Antoniadis	12.04.2023	
320	13.03.2023	D. Stiel	Vivant	Sparen	A. Antoniadis	13.04.2023	
321	29.03.2023	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 276 zum Thema Mitfahrbänke	A. Antoniadis	05.05.2023	
322	29.03.2023	D. Stiel	Vivant	Steigende Zahl der Invaliden in der DG	I. Weykmans	05.05.2023	
323	29.03.2023	D. Stiel	Vivant	Jugendtreffs in der DG	I. Weykmans	05.05.2023	
324	04.05.2023	D. Stiel	Vivant	Entwicklung der Krankentage im Ministerium	O. Paasch		
325	05.05.2023	A.Mertes	Vivant	Betreuung kranker Kinder	L. Klinkenberg		
326	05.05.2023	M. Balter	Vivant	Allgemeinärzte haben eine zu hohe Arbeitsbelastung	A. Antoniadis		
327	05.05.2023	A. Mertes	Vivant	Inhalte der Webseite Ostbelgienlive	O. Paasch		
328	08.05.2023	D. Stiel	Vivant	Kontrolle der Arbeitslosen	I. Weykmans		
329	12.05.2023	E. Jadin	PFF	Verein zur Förderung auf vier Hufen VoG	A. Antoniadis		
330	15.05.2023	K. Neycken-Bartholemy	SP	(Cyber-)Mobbing in der Schule	L. Klinkenberg		
331	15.05.2023	A. Mertes	Vivant	Bezahlung nach Diplomen in der Sekundarstufe des Unterrichtswesens	L. Klinkenberg		
332	16.05.2023	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Finanzierung der Flutschäden auf dem Gebiet der Stadt Eupen	O. Paasch		
333	17.05.2023	A. Mertes	Vivant	Gendern in der DG	L. Klinkenberg		
334	23.05.2023	J. Huppertz	CSP	Studie zur Erstellung eines räumlichen Leitbildes nach der Zuständigkeitsübernahme der Raumordnung durch die DG	O. Paasch		
335	26.05.2023	J. Huppertz	CSP	Personal der Ministerkabinette	O. Paasch		
336	30.05.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Gehaltstabellen im Unterrichtswesen	L. Klinkenberg		
337	30.05.2023	G. Freches	PFF	Gründächer für öffentliche Gebäude	A. Antoniadis		
338	31.05.2023	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zum Thema Luftverschmutzung und damit verbundene Risiken für Kinder	A. Antoniadis		
339	31.05.2023	M. Balter	Vivant	Schadstoffbelastung bei Kindern	A. Antoniadis		
340	02.06.2023	S. Pauels	CSP	Die Stundenspanne im ostbelgischen Schulsystem: Zeitraum 2019-2023"	L. Klinkenberg		

341	08.06.2023	A. Mertes	Vivant	Dachausbau des hinteren Teils des Ministeriumsgebäudes an der Gospertstraße 1	O. Paasch
342	08.06.2023	E. Jadin	PFF	Geldautomat des Bankverbundes Batopin im ländlichen Raum	O. Paasch
343	08.06.2023	E. Jadin	PFF	Wartezeiten bei Blutspenden von homosexuellen Männern	A. Antoniadis
344	14.06.2023	D. Stiel	Vivant	demoskopische Befragung 2022 in der DG	O. Paasch
345	27.06.2023	D. Stiel	Vivant	Bettnässen bei Kindern	A. Antoniadis
346	30.06.2023	D. Stiel	Vivant	Bildschirmzeit für Kinder	A. Antoniadis
347	14.07.2023	D. Stiel	Vivant	Lockerung von Gentechnikregeln der EU-Kommission	A. Antoniadis
348	14.07.2023	J. Huppertz	CSP	Kostenentwicklung im Masterplan Eifel	A. Antoniadis
349	14.07.2023	J. Huppertz	CSP	Lebensmittelbanken	A. Antoniadis
350	14.07.2023	J. Huppertz	CSP	Sorgen des Raerener ÖSZH	A. Antoniadis
351	14.07.2023	J. Huppertz	CSP	Wartelisten WPZS	A. Antoniadis
352	14.07.2023	D. Stiel	Vivant	Statistikportal der DG	A. Antoniadis
353	19.07.2023	J. Huppertz	CSP	Aus- bzw. Überlastung des Frauenhauses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis
354	19.07.2023	J. Huppertz	CSP	Eingliederungseinkommen	A. Antoniadis
355	19.07.2023	J. Huppertz	CSP	Gehaltstabellen im Pflegesektor	A. Antoniadis
356	19.07.2023	J. Huppertz	CSP	Kindergeld	A. Antoniadis
357	19.07.2023	J. Huppertz	CSP	Bezahlbarkeit eines Platzes in einem Wohn- und Pflegezentrum	A. Antoniadis
358	19.07.2023	M. Balter	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 251 zum Thema endokrine Disruptoren	A. Antoniadis
359	19.07.2023	R. Nelles	CSP	Langzeitarbeitslose - Unterstützung (Dermagne-Projekt "territoire de soutien aux chômeurs de longue durée")	A. Antoniadis
360	12.07.2023	S. Stiel	Vivant	Grenzecho-Artikel "ÖSHZ-Präsidenten läutet erneut Alarmglocken"	A. Antoniadis
361	07.08.2023	G. Freches	PFF	Geoblocking und die Vergabe von IP-Adressen in Bezug auf den Glasfaserausbau in den neun Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft	I. Weykmans
362	10.08.2023	S. Stiel	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 46 vom 2. März 2020 zum Thema „Ministerium zieht immer mehr Lehrer aus den Schulen ab“	L. Klinkenberg
363	17.08.2023	M. Balter	Vivant	Sprachgebrauch bei der Notrufnummer 112	A. Antoniadis
364	24.08.2023	D. Stiel	Vivant	Impfung gegen Bronchiolitis, grünes Licht von der EU-Kommission	A. Antoniadis
365	30.08.2023	M. Balter	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 319 bezüglich der Anlegung eines Fahrradweges in der Aachener Straße Eupen Richtung deutsche Grenze	I. Weykmans
366	01.09.2023	M. Balter	Vivant	Nachfrage zum Thema Kirchenfabriken	O. Paasch
367	04.09.2023	G. Freches	PFF	Tourismusstatistiken	I. Weykmans
368	07.09.2023	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zu Vivias und den WPZS	A. Antoniadis
369	11.09.2023	A. Mertes	Vivant	Aufklärungsunterricht/Sexualpädagogik in der DG	L. Klinkenberg

370	14.09.2023	D. Stiel	Vivant	Impfkampagne im Herbst 2023	A. Antoniadis
371	15.09.2023	G. Freches	PFF	DuO Ausbildungsförderung	L. Klinkenberg
372	15.09.2023	G. Freches	PFF	Pflegeassistent	A. Antoniadis
373	15.09.2023	G. Freches	PFF	Pflegeassistent	L. Klinkenberg

INTERPELLATIONEN 2022-2023

	Datum	Interpellant	Fraktion	Thema	Minister	Gremium	BIF	
28	01.12.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Nachteilsausgleich und Bewertung	L. Klinkenberg	AIII	35	1
31	19.01.2023	A. Mertes	Vivant	IT-Konzept und Digitalisierung des Unterrichtswesens in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIII	36	1
30	18.01.2023	D. Stiel	Vivant	Bedarf an Unterstützung für das ÖSHZ Eupen zur Sicherung des Wohn- und Pflegezentrums St. Joseph Eupen	A. Antoniadis	AIV	36	1
29	01.12.2022	J. Huppertz	CSP	Finanzielle Situation des Wohn- und Pflegezentrums für Senioren St. Joseph in Eupen	A. Antoniadis	AIV	36	1



PARLAMENT

der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

Platz des Parlaments 1
B-4700 EUPEN
T +32 (0)87/31 84 00
F +32 (0)87/31 84 01
info@pdg.be
www.pdg.be